

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

210 · April 2008

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 291

Essay

ANDREAS HEYER
Die Utopie des ewigen Lebens.
Condorcets Selbstbestimmung zwischen Aufklärung
und Revolution 293

Marxistisches Denken

KOLJA MÖLLER
Inspiration durch Gramsci: Hegemoniepolitik und
Die Linke heute 310

ISABEL RAUBER
Macht und Hegemonie.
Betrachtungen aus Lateinamerika 321

KLAUS MARETZKY
Adventismus: ein Stück unbewältigter Vergangenheit
im Marxismus?
Zu Friedrich Tombergs Sozialismus-Konzept 326

MARIO KESSLER
Zwischen Genfer Exil und Nachkriegsdeutschland.
Hans Mayer, Ossip Flechtheim und Ernst Engelberg
zum 30. Januar 1933 338

Interview

MARCEL BOIS, FLORIAN WILDE
»Viele Fragen sind noch heute relevant«
Ein Interview mit Philipp Kufferath und Jan Schalauske,
den Autoren einer neuen Broschüre über den SDS –
den Sozialistischen Deutschen Studentenbund 346

Gesellschaft: Analysen & Alternativen

- HUBERT FETZER
Nachhaltiges Energiesystem und Sozialismus 353
- JÜRGEN LEIBIGER
Chancengerechtigkeit, Entwicklung, Ausbeutung 361

Festplatte

- WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 374

Bücher & Zeitschriften

- Michael Heine, Hansjörg Herr, Cornelia Kaiser:
Wirtschaftspolitische Regime westlicher Industrienationen
(ARNDT HOPFMANN) 376
- Bernd Greiner:
Krieg ohne Fronten – Die USA in Vietnam
(MARCUS SCHWARZBACH) 377
- Chris Holmsted Larsen:
Tiden arbejder for os – DKP og Vietnamkriegen 1963-1973.
(Die Zeit arbeitet für uns – Die DKP und der Vietnamkrieg)
(PETER BIRKE) 378
- Michael Eckardt:
Medientheorie vor der Medientheorie.
Überlegungen im Anschluß an Georg Klaus
(HELMUT METZLER) 380
- Summaries 382
- An unsere Autorinnen und Autoren 384
- Impressum 384

Helmut Bock 80

Am 9. März 2008 beging der Historiker Helmut Bock, langjähriger Autor von UTOPIE kreativ, seinen 80. Geburtstag. Wir gratulieren ganz herzlich.

Die Redaktion

VorSatz

Vor fast 20 Jahren konnte man in Abwandlung der bekannten Eingangsworte des Kommunistischen Manifestes formulieren: »Ein Gespenst kam um in Europa«. Das ist nun wieder völlig anders, man kann ganz munter positiv auf diese Worte Bezug nehmen: »Ein Gespenst geht um in Europa« – das Gespenst der LINKEN. »Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet«, der Papst und Putin, Merkel und Sarkozy, italienische Nationalisten und der bayrische Verfassungsschutz, dazu natürlich Bush und alle neoliberalen Globalisierer. Aus dieser Tatsache geht hervor: Die LINKE »wird bereits von allen europäischen Mächten als eine Macht anerkannt«.

In Deutschland hat es in den letzten Monaten drei Landtagswahlen gegeben, alle im Westen, in Hessen, Niedersachsen und schließlich in Hamburg. Sie brachten wie die Wahlen in Bremen im Mai 2007 auf den ersten Blick wenig Veränderungen. Es ist bei der Vormachtstellung der so genannten »großen« Parteien geblieben. Und doch entwickelte sich in den herrschenden politischen und wirtschaftlichen Eliten sowie bei den selbsternannten Meinungsmachern lawinenartig das blanke Entsetzen: Die LINKE ist in Fraktionsstärke in alle diese – westdeutschen – Länderparlamente gewählt worden. Besonders brillant formulierte es Angela Merkel: Die LINKE sei nun in Parlamente von Flächenländern eingezogen! Für sie, eine Ostdeutsche, war es bisher offenbar Nebensache, dass die Linken schon seit 1990 als Linkspartei und PDS in allen Landesparlamenten östlich der Elbe sitzen. Das hat sie wohl unter dem Stichwort »Regionalpartei« einfach abgehakt. Nun ist die LINKE aber auch im Westen als wirklicher Faktor in den politischen Kräfteverhältnissen angekommen, das signalisiert eine dauerhafte Veränderung in den politischen Strukturen in der Bundesrepublik insgesamt.

Die gegenwärtige Aufgeregtheit ist mehr als ein Sturm im Wasserglas. Man fragt sich geradezu, worüber die medial agierenden Politikerinnen und Politiker nebst ihrem journalistischen Anhang wohl reden würden, wenn es die LINKE nicht gäbe. Wobei vorzugsweise über sie geredet wird, nicht etwa mit ihr. Die Formel eines Überganges von einem Vier-Parteien-System zu einem Fünf-Parteien-System wird strapaziert, als sei es neu oder außergewöhnlich, dass es politische Kräfte links von der Sozialdemokratie gibt. In den meisten europäischen Ländern und zum Beispiel auch in Lateinamerika ist das eine Normalität. Zugleich entlarvt sich dieses Gerede als Ideologieprodukt. Die Realität ist von einem »System« weit entfernt, dies

würde ja Beziehungen und Kommunikation implizieren. Der Status ist die demonstrative Nicht-Beziehung, die LINKE wird in der Tat als »Gespenst« behandelt, sie geistert durch Interviews und Talkshows. Das Gezänk über die LINKE ist in Wahrheit eine Waffe im Kampf der bundesdeutschen Alt-Parteien untereinander, es geht darum, wer weniger an Positionen verliert.

Hier sei die These vertreten, dass der Aufstieg der Linken nun auch im Westen nicht allein Resultat linker Politik ist. Sicher spielen auch politische Angebote und Personen eine Rolle, aber es ist vor allem das Ergebnis der Politik der herrschenden Eliten in den vergangenen 10 bis 15 Jahren. Knapp zwei Jahrzehnte nach der Implosion des Staatssozialismus in Europa, die ja alles Linke nach unten drückte, erfährt das »Gespenst« eine Wiederbelebung. Nahezu be-soffen vom Siegestaumel haben sich die herrschenden Eliten in den kapitalistischen Metropolen daran gemacht, ohne alle Schamgrenzen Sozialabbau zu betreiben.

In Deutschland kommen nahezu 80 Prozent der Staatseinnahmen aus Steuern der Lohnabhängigen und anderer Bezieher kleiner bis mittlerer Einkommen, vor allem aus den Lohnsteuern und aus einer Reihe indirekter Steuern – von der Mehrwertsteuer bis zur Tabaksteuer. Die andere Seite wurde mit der Liechtensteinaffäre schlagartig verdeutlicht: Ein erheblicher Teil der herrschenden Eliten begeht in großem Umfang Steuerhinterziehung, sie betrügen den eigenen Staat.

Im europäischen Vergleich ist Deutschland das Land, in dem in den letzten zehn Jahren die Schere zwischen Arm und Reich am weitesten auseinander gegangen ist. Dass die soziale Situation in Deutschland zunehmend problematischer wird, ist mittlerweile auch von Beobachtern wahrgenommen worden, die ansonsten einer gesellschaftskritischen Sicht weitgehend unverdächtig sind. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat Anfang März eine Analyse veröffentlicht, nach der die Mittelschichten schrumpfen und es Anzeichen für eine dauerhafte Polarisierung der Einkommen gibt. Zwischen 2000 und 2006 sei der Anteil der Mittelschicht von 64 Prozent auf 56 Prozent zurückgegangen. Der Anteil der Armen sei von knapp 18 Prozent auf reichlich 23 Prozent angestiegen. Die Reichen vermehren sich auch, aber nur von 18 auf 20 Prozent. Auch wenn die Definitionen für die Kriterien als problematisch angesehen werden müssen (Mittelschicht wird bestimmt zwischen 70 und 150 Prozent des Einkommensmittels, in Zahlen zwischen 1 100 € und 2 500 € – mit 1 100 € Einkommen hat man aber wohl eher ein dürftiges Auskommen), so zeigt die Analyse doch den realen Trend auf: Die Abstiege sind deutlich häufiger als die Aufstiege. Das Armutsrisiko reicht weit in die Mittelschichten hinein. Insbesondere Hartz IV hat die Geschwindigkeit sozialer Abstiege erheblich beschleunigt. Besonders betroffen sind Alleinerziehende und Paare mit Kindern.

Im politischen Raum wird die LINKE verstärkt als der Akteur wahrgenommen, der die reale Entwicklung deutlich beim Namen nennt, sich für die Benachteiligten engagiert und Veränderungen entwirft. Diese verstärkte Wahrnehmung hat den Aufstieg mit bewirkt, sie ist zugleich eine entscheidende Herausforderung.

DIETMAR WITTICH

ANDREAS HEYER

Die Utopie des ewigen Lebens

Condorcets Selbstbestimmung zwischen Aufklärung und Revolution

Neben dem Grafen von Mirabeau und Abbé Emmanuel-Joseph Sieyès ist Marie-Jean-Antoine-Nicolas Caritat, Marquis de Condorcet einer der wenigen Teilnehmer der Französischen Revolution, die bereits vor 1789 bekannt und einflussreich waren. Als Mitglied der Académie Française besaß seine Stimme ebenso Gewicht, wie sein reformerisches Wirken im Rahmen des absolutistischen Staatsapparats einige Aufmerksamkeit erregte. Mit seinen mathematischen und philosophischen Studien war Condorcet auch als Wissenschaftler hervorgetreten. Doch was hat ihn bewogen, sich der Revolution anzuschließen, ja, in mehreren Funktionen aktiv an deren Ausgestaltung mitzuwirken? Die Beantwortung dieser Frage verweist bereits auf das wichtigste Dokument aus der Feder Condorcets. Von 1793 bis zu seinem ein Jahr später erfolgten Tod arbeitete er mit aller Energie an seinem letzten Werk, dem *Entwurf einer historischen Darstellung der Fortschritte des menschlichen Geistes, Esquisse d'un tableau historique des progrès de l'esprit humain*.¹ Diese Studie verbindet wie kaum ein anderes Buch des 18. und 19. Jahrhunderts die geschichtsphilosophische Reflexion mit dem utopischen Diskurs der Neuzeit und soll daher hier analysiert und auf seine Aussagen sowie Thesen hin überprüft werden. Zuvor ist jedoch ein kurzer Blick auf die Biographie Condorcets zu werfen, da sie sein Schreiben und Denken nicht nur beeinflusst, sondern zentral geprägt hat.

Condorcet wurde am 17. September 1743 als Sohn eines Offiziers, der dem alten französischen Adel entstammte, geboren.² Seine Erziehung und schulische Bildung erhielt er am von den Jesuiten geführten Collège de Navarre, wo er bereits im Alter von 16 Jahren mit mathematischen Studien auf sich aufmerksam machte. Er konnte seinen Vater überzeugen und schlug nicht die militärische Laufbahn ein, sondern begann eine wissenschaftliche Karriere. Im Zuge dieser Entwicklung ergaben sich für Condorcet Kontakte zu den literarischen und universitären Kreisen, mit d'Alembert, Helvétius und Turgot setzten sich einflussreiche Vertreter der Aufklärung für ihn ein. Bereits 1770 trugen ihm seine Arbeiten erste Anerkennung ein: er wurde in die Académie des Sciences in Paris aufgenommen und 1785 zum Sekretär auf Lebenszeit ernannt. In den 70er Jahren verließ er dann das Gebiet der Mathematik und wandte sich neben philosophischen und literarischen Fragen auch seinen einflussreichen volkswirtschaftlichen Studien zu. Er war ein, wenn man so will, »typischer« Vertreter der Aufklärung, ein *homme de lettre*, der auf vielen Gebieten tätig war. Gleichzeitig sind seine Schriften ein Abbild

Andreas Heyer – Jg. 1974, Dr. phil., Politikwissenschaftler am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Publikationen u. a.: *Die Utopie steht links! Ein Essay* (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 26), Berlin 2006. Zuletzt in UTOPIE kreativ: *Ursprung und Gehalt des Utopie-Begriffs* von Karl Mannheim, Heft 197 (März 2007).

1 Verwendet wird die von Wilhelm Alff besorgte Edition. Condorcet: *Entwurf einer historischen Darstellung der Fortschritte des menschlichen Geistes*, herausgegeben und eingeleitet von Wilhelm Alff, Frankfurt am Main 1976. In der Folge wird Condorcets Werk in Klammern im laufenden Text zitiert.

2 Die Ausführungen zur Biographie Condorcets richten sich nach Wilhelm Alff: Condorcets Lebensdaten, in: Condorcet: Entwurf, S. 229-231, siehe FN 1, Rolf Reichardt: Reform und Revolution bei Condorcet. Ein Beitrag zur späten Aufklärung in Frankreich, Frankfurt am Main 1973, sowie Robert Alt: Die bürgerliche Revolution in Frankreich und ihre Erziehungsprogramme, in: Ders. (Hrsg.): Erziehungsprogramme der französischen Revolution. Mirabeau, Condorcet, Lepeletier, Berlin, Leipzig 1949, S. 5-30.

3 Es dauerte noch einige Jahrzehnte, bis dieses Projekt verwirklicht wurde. Zwar legte man innerhalb der Revolution (am 26. 3. 1791) einheitliche Maße und Gewichte fest, doch bereits Napoleon kehrte wegen zahlreicher Probleme und Umstellungsschwierigkeiten wieder zu den alten Bräuchen zurück. Erst um 1840 setzte sich dann das metrische System in Frankreich endgültig durch.

4 Die Physiokraten vertraten seit der Mitte des 18. Jahrhunderts die Idee des freien und unbeschränkten Handels aller Güter und Dienstleistungen. Die absolutismuskritische Stoßrichtung dieses Ansatzes liegt ebenso auf der Hand wie die Gefährdungspotentiale einer Ökonomie, die das Überleben größerer Bevölkerungsteile nur durch staatliche Interventionen (z. B. Stützung des Brotpreises) garantieren konnte. Vgl. zur Aufklärung und zu den Physiokraten meine Ausführungen: Die französische Aufklärung um 1750. Band 1: Die Diskurse der Jahrhundertmitte zwischen Tradition und Innovation, Berlin 2005.

der Epoche, in der er stand, ihrer Probleme, Hoffnungen und Wünsche – aber auch der inneren Zerrissenheit. Seit der Mitte des Jahrhunderts hatte die Französische Aufklärung einen solchen Problemdruck entfaltet, dass nun, knapp zwanzig Jahre später, deutlich sichtbar wurde, dass das Ancien Régime zu seiner weiteren Existenz dringend reformiert werden musste. Ludwig XV. konnte die offenen Fragen nicht länger ignorieren und berief in den 70er Jahren mehrere Aufklärer als Minister und Berater in sein Kabinett, so unter anderem Turgot und Necker. Zwar scheiterte dieser Versuch innerhalb weniger Jahre fast vollständig an den Widerständen des Hofes. Es gelang nicht, die Privilegienstruktur des Absolutismus zu durchbrechen und etwa eine gerechtere Steuerpolitik einzuführen. Für einige der späteren Revolutionäre war diese Zeit aber ein erster Kontakt mit der Macht. So auch für Condorcet, der unter dem als Finanzminister (1774-1776) agierenden Anne-Robert-Jacques Turgot zum Generalinspektor des Münzwesens ernannt wurde. Des Weiteren arbeitete er gemeinsam mit d'Alembert an den Berechnungen für ein Kanalnetz, das Frankreich und Paris durchziehen sollte. Und er war an dem Projekt zur Einführung einheitlicher Maße und Gewichte beteiligt.³ Die Zusammenarbeit mit Turgot führte zur Annäherung Condorcets an die physiokratische Wirtschaftstheorie, deren Prinzipien er noch während der Revolution vertrat.⁴ Auch wenn die Reformversuche nicht erfolgreich waren, so können wir doch feststellen, dass Condorcet von seinem Engagement profitierte – 1782 wurde er in die Académie Française aufgenommen.

Nach dem Misslingen der Reformbestrebungen verschärfte sich die Krisen des absolutistischen Frankreichs weiter. Der Schriftsteller und Philosoph Denis Diderot hat die Problemlagen der damaligen Zeit gleichsam seismographisch in seinem bekannten Roman *Jacques der Fatalist und sein Herr* festgehalten. Spätestens 1788 lag das Land nieder, mehrere Missernten führten zu ernstzunehmenden Engpässen bei der Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Grundnahrungsmitteln (vor allem die Stützung des Brotpreises stellte noch in der Revolution eines der größten Probleme dar). Gleichzeitig aber erlebte das dekadente Leben der begünstigten Schichten einen neuen Aufschwung. Paris wurde zum Inbegriff des Lasters und der luxuriösen Verschwendung, überholte in seinen Ausschweifungen sogar noch den Hof von Versailles. Ludwig XVI. sah sich, um einer innenpolitischen Pattsituation mit den Parlamenten zu entkommen, nach eigenem Ermessen gezwungen, die Generalstände einzuberufen. Condorcet arbeitete in dieser Zeit eng mit Sieyes zusammen, der durch seine bekannte Schrift *Was ist der Dritte Stand?* dem Ancien Régime den Todesstoß versetzt hatte. Da er jedoch mit seiner Kandidatur für den Adel scheiterte, bezog sich sein hauptsächliches Wirken auf die Pariser Stadtverwaltung und die redaktionelle Betreuung der *Chronique de Paris*. Daneben gründete er gemeinsam mit Sieyes und anderen Vertretern der Aufklärung die Société de 1789⁵, die die Prinzipien einer gemäßigten Revolution vertrat und sich von radikalen Gleichheitsforderungen ebenso abgrenzte wie sie die Errungenschaften des Umbruchs auf das gehobene Bürgertum beschränkt sehen wollte. Dokument dieser Geisteshaltung ist nicht nur die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte,

sondern auch die Verfassung von 1791, die ein striktes und hartes Zensuswahlrecht vorsah. Die Freundschaft zu Thomas Paine, der sich schon an der Amerikanischen Revolution beteiligt hatte und sich in Frankreich aufhielt, führte zum Bruch Condorcets mit dem gemäßigten Flügel der Revolution. 1791 wurde er Abgeordneter der Gesetzgebenden Versammlung, 1792 Mitglied des Konvents. Condorcet arbeitete nun vor allem in der Unterrichtskommission, als deren Sprecher und Leiter er fungierte. In diesem Rahmen entstanden mehrere Schriften zur Umgestaltung des Unterrichtswesens. Deren Ergebnisse und Thesen fasste Condorcet in einer Rede zusammen, die er am 20. und 21. Juni 1792 hielt und auf die wir daher hier zurückgreifen können.⁶ Gleichzeitig war er auch im Verfassungsausschuss aktiv, dem die Aufgabe oblag, eine neue Verfassung für die Republik zu erarbeiten. Condorcets Entwurf wurde jedoch abgelehnt, so dass er sich in der Folge stärker der Gironde anschloss, d. h. teilweise zu seinen früheren politischen Vorstellungen zurückkehrte. Am 17. Januar 1793 stimmte er gegen die Hinrichtung des Königs und ging gleichzeitig auf Distanz zu den Jakobinern sowie zur Verschärfung des Terrors, welche Robespierre und Danton im Wohlfahrtsausschuss vorantrieben. Dieses Verhalten führte in letzter Konsequenz zu einem Haftbefehl gegen Condorcet, der jedoch fliehen konnte und in Frankreich untertauchte. In den folgenden Monaten arbeitete er an dem bereits angesprochenen *Entwurf einer historischen Darstellung der Fortschritte des menschlichen Geistes*. Am 25. März 1794 verließ er sein sicheres Versteck und irrte in geistiger Verwirrung einen Tag später durch die Steinbrüche von Montrouge, wo er verhaftet wurde. Bereits am 28. März erlag er im Gefängnis den Folgen der Erschöpfung der letzten Monate und starb.

Es kann als wesentliches Merkmal der Biographie Condorcets gelten, dass er den Umgang mit der Macht nicht scheute. Denn er beteiligte sich ja nicht nur an den Reformbestrebungen der 70er Jahre, sondern spielte danach in den unterschiedlichen Institutionen der Revolution eine wichtige Rolle. Freilich ist auch festzustellen, dass Condorcet, wenn er seinen Willen nicht durchsetzen konnte, sich oftmals zurückzog oder gar das politische Lager wechselte. Dem korrespondiert allerdings, dass ihm von außen zumeist andere Rollen und Meinungen zugeschrieben wurden als er eigentlich vertrat. So galt er lange Zeit als Jakobiner, obwohl er sich zu diesem Zeitpunkt bereits der Gironde angenähert hatte. Diese Fehleinschätzung überrascht umso mehr, als er von den Jakobinern explizit kritisiert wurde. So führte vor allem Robespierre mehrfach aus, dass Condorcet für ihn ein Mann des alten Adels sei, der versuche, die Privilegien seines Standes zu verteidigen und den weiteren Fortschritt der Revolution zu blockieren. In einer Ansprache am 7. Mai 1794 sagte er in diesem Sinne: »Ihr kleinen und eitlen Männer, errötet, wenn es euch möglich ist. Die Wunder, die diese Epoche der menschlichen Geschichte unsterblich machten, sind ohne euch und sogar gegen eure Bemühungen vollbracht worden; der gesunde Menschenverstand ohne Intrige, und der Geist ohne Bildung haben Frankreich auf diese erhabene Stufe gehoben, die eure Niedrigkeit erschreckt und eure Nichtigkeit überwältigt. Mancher Handwerker hat eine gründliche Kenntnis der Menschenrechte bewiesen, wäh-

5 Die Société de 1789 wurde im Mai 1790 gegründet. Neben Sieyes und Condorcet gehörte ihr unter anderem auch La Fayette an, der offen für die Konterrevolution agierte und einer der engsten Vertrauten des Königs war. Erklärtes politisches Ziel war die Durchsetzung einer konstitutionellen Monarchie.

6 Condorcet: Bericht über die allgemeine Organisation des öffentlichen Unterrichtswesens, in: Robert Alt (Hrsg.): Erziehungsprogramme der französischen Revolution, Leipzig 1949, S. 61-118. Zitiert wird im laufenden Text in Klammern, davor findet sich das Kürzel »U«.

7 Maximilien Robespierre: Ausgewählte Texte, herausgegeben und eingeleitet von Carlo Schmid, 2. Auflage, Berlin 1989, S. 682 f.

rend die Bücherschreiber, die schon 1788 beinahe republikanisch waren, im Jahre 1793 starrsinnig die Sache der Könige verteidigten. Mancher Arbeiter verbreitete die Erkenntnis der Philosophie auf dem Lande, während der Akademiker Condorcet, einstmals ein großer Mathematiker in den Augen der Literaten und ein großer Literat in den Augen der Mathematiker, seither ängstlicher Verschwörer und von allen Parteien verachtet, unaufhörlich daran arbeitete, die Aufklärung durch den tückischen Wust seiner bezahlten Fragmente zu verschleiern.«⁷ Ein jeder Versuch, Condorcets Persönlichkeit nachzuvollziehen und zu begreifen, sieht sich (gegen Robespierres Vermutung) vor die Tatsache gestellt, dass dieser in zwei Denksystemen gleichsam zu Hause war. Erstens fühlte er sich wissenschaftlich und intellektuell immer der Aufklärung verpflichtet. Genau deren Prinzipien führten ihn aber zweitens in die Mitte der Revolution, die für ihn vor allem ein dynamisches System darstellte, innerhalb dessen permanent für eine bessere und in ihren Fortschritten fast unbegrenzte Vervollkommnung zu kämpfen sei. Dies verdeutlicht vor allem sein bereits angesprochener *Entwurf einer historischen Darstellung der Fortschritte des menschlichen Geistes*, dem wir uns in der Folge zuzuwenden haben.

Condorcet unterteilt in seinem Werk die Geschichte der Menschheit in zehn Epochen. Es rezipiert, dies kann gesagt werden, die Fortschrittstheorien der Aufklärung ebenso wie die einschlägigen geschichtsphilosophischen Argumentationsketten. Doch Condorcet, dies ist sein innovativer Beitrag zur utopischen Tradition, führte die vorhandenen Ansätze in seinem *Entwurf* nicht nur zusammen, sondern ergänzte sie vielmehr um einen entscheidenden Faktor: den kühnen und ausschweifenden Blick in die Zukunft. Die ersten acht der geschilderten Epochen zeigen den gedachten Verlauf der Menschheitsentwicklung bis zum Zerfall des Mittelalters und der damit einsetzenden Herausbildung des bürgerlich liberalen Kapitalismus, dem ein religiöser und politischer Überbau entsprach. Es war ja genau jene Übergangs- und Krisenzeit, darauf hat Karl Kautsky in seiner Analyse der *Utopia* von Thomas Morus (1516 erschienen) hingewiesen, der das utopische Denken stimulierte, ja: provozierte.⁸ In diesem Licht gewinnt die Interpretation der Epoche der Aufklärung durch Condorcet ihr Profil. Für ihn war sie vor allem mit der Idee der Rückkehr des Individuums zu seinem Status als Bürger verbunden, d. h. sie beschreibe den Weg der Transformation vom Bourgeois zum Citoyen. Damit wird bereits deutlich, dass Condorcet die Unterdrückungs- und Repressionspotentiale der absolutistischen Staaten des 18. Jahrhunderts eindeutig und hart kritisierte. Dem steht die Alternative der Vervollkommnung und freien Entfaltung des einzelnen Individuums und des gesamten Menschengeschlechts antagonistisch gegenüber. Die hier von Condorcet in Anlehnung an Jean-Jacques Rousseau vertretenen Überlegungen gehören seitdem zum elementaren Bestandteil einer jeden selbstreflexiven »Linken«. Condorcet schrieb: »Der Mensch muss also in vollkommener Freiheit seine Fähigkeiten entfalten, über seine Reichtümer verfügen und seinen Bedürfnissen nachkommen können. Das allgemeine Interesse einer jeden Gesellschaft, weit entfernt, die Einschränkung des Gebrauchs der Freiheit zu befehlen, verbietet vielmehr, sie anzu-

8 Kautskys Werk ist eine der wichtigsten Schriften aus dem marxistischen Lager zur Utopieproblematik und noch heute eine lesenswerte Analyse des Zerfalls der mittelalterlichen Welt sowie der damit einhergehenden Durchsetzung und theoretischen Begründung des Kapitalismus. Kautsky, Karl: Thomas More und seine Utopie, 3. Aufl., Berlin 1947.

tasten; und auch auf diesem Gebiet der öffentlichen Ordnung ist die Sorge, einem jeden die Rechte zu garantieren, die ihm von Natur zukommen, zugleich die einzig nützliche Politik, die einzige Pflicht der gesellschaftlichen Macht und das einzige Recht, das der allgemeine Wille legitimerweise den Individuen gegenüber ausbilden kann.« (152) Doch nicht nur die Freiheit als Möglichkeit der vollständigen Selbstentfaltung kann als Grundlage des Denkens Condorcets interpretiert werden. Daneben stand für ihn immer auch die Idee der Gleichheit. Beide ergänzen sich gegenseitig und weisen dadurch in eine positiv besetzte Zukunft. Die Epoche der Aufklärung habe zahlreiche Ideen und Theorien vertreten, die zum Bestand eines jeden Menschen und aller Nationen gehören sollten, da sie direkt die Sphären der Moral, der Sitten und der Kultur prägen – verstanden als Kitt der Gesellschaft und notwendige Bedingungen gesellschaftlichen Zusammenlebens. »Ein allgemeines Wissen von den natürlichen Rechten des Menschen; selbst die Ansicht, dass diese Rechte weder abgeschafft werden können noch einer besonderen Vorschrift bedürfen; der nachdrücklich geltend gemachte Wunsch nach Freiheit des Denkens und Schreibens, Freiheit des Handels und der Industrie, nach Erleichterung der Lasten des Volkes, nach Ächtung des Strafgesetzes gegen andersgläubige Religionen sowie nach Abschaffung der Folter und barbarischer Hinrichtungsarten; der Wunsch nach einer mildereren Strafgesetzgebung, einer Rechtspflege, die den Unschuldigen volle Sicherheit gewährt, nach einem einfacheren, der Vernunft und der Natur gemäßeren bürgerlichen Gesetzbuch; die Gleichgültigkeit gegenüber den Religionen, die endlich dem Aberglauben und den politischen Erfindungen zugezählt werden; der Hass gegen Heuchelei und Fanatismus; die Verachtung der Vorurteile; der Eifer für die Verbreitung der Aufklärung – all diese grundsätzlichen Dinge gingen nach und nach aus den Werken der Philosophen in alle Gesellschaftsklassen ein, innerhalb derer der Unterricht über das Erlernen des Katechismus und des Schreibens hinausging; sie wurden zum allgemeinen Bekenntnis, zum Symbol all derer, die weder Machiavellisten noch Schwachköpfe waren.« (161 f.)

Condorcets Interpretation der Aufklärung verweist bereits auf jene Faktoren, die ihn bewegt haben, sich der Revolution aktiv und in vorderster Reihe anzuschließen. Sein Wirken seit 1789 ist mit Hilfe seiner These zu interpretieren, dass die Revolution kein Selbstzweck werden dürfe. Vielmehr seien permanent neue Horizonte zu erschließen, die Aufklärung und Bildung zu vervollkommen und die Tendenzen der Herausbildung von neuen (und alten) Vorurteilen und Privilegien zu verhindern. Die zentralen Ziele der Revolution sind damit benannt: Erstens die Verwirklichung der tatsächlichen Gleichheit und zweitens die Durchsetzung der Freiheit. »Man wagte es also nicht länger, die Menschen in zwei verschiedene Rassen aufzuteilen, von denen die eine zum Regieren, die andere zum Gehorchen bestimmt ist, die eine zu lügen, die andere getäuscht zu werden; und man sah sich genötigt anzuerkennen, dass alle das gleiche Recht haben, Aufklärung über alle ihre Interessen zu erlangen, alles über die Wahrheit zu wissen, und dass keine der Gewalten, die sie selbst über sich setzen, das Recht haben kann, ihnen irgendeine Wahrheit vorzu-

9 Condorcet spielt hier auf die vertragstheoretischen Schriften von Algernon Sidney, John Locke und Jean-Jacques Rousseau an. Wichtig ist, dass sich auch Rousseau selbst im *Contrat social* in die damit angerissene Tradition des englischen Staatsdenkens um 1700 stellte.

10 So führte Robespierre unter anderem aus: »Ludwig war der König, nun aber ist die Republik gegründet; die berühmte Frage, die euch beschäftigt, ist allein durch diese Worte schon entschieden. Ludwig ist wegen seiner Verbrechen abgesetzt worden; er bezeichnete das französische Volk als Rebellen; er hat zur Bestrafung dieses Volkes seine Mityrannen herbeigerufen; aber die Siege und das französische Volk haben entschieden, dass er allein der Rebell war: Ludwig kann also nicht gerichtet werden; er ist bereits verurteilt; oder aber die Republik kann nicht freigesprochen werden. Wenn man jetzt vorschlägt, einen Prozess gegen Ludwig XVI. zu beginnen, ganz gleich welcher Art er sein könnte, dann ist das ein Rückschritt zum königlichen und konstitutionellen Despotismus; es handelt sich um eine konterrevolutionäre Idee, denn sie läuft darauf hinaus, der Revolution selbst einen Prozess zu machen. Wenn Ludwig tatsächlich Gegenstand eines Prozesses sein kann, dann kann er auch freigesprochen werden; er kann unschuldig sein; was sage ich: er wird solange als unschuldig betrachtet, bis er abgeurteilt ist; aber wenn Ludwig freigesprochen wird, wenn er für unschuldig gehalten werden kann, was wird dann aus der Revolution?« Quelle, s. FN 7, S. 320.

enthalten. Diese Prinzipien, für die der edelmütige Sidney⁹ mit seinem Blut bezahlte, denen Locke das Ansehen seines Namens lieh, wurden später von Rousseau noch unzweideutiger, ausführlicher und machtvoller entwickelt, und Rousseau gebührt der Ruhm, sie unter die Zahl jener Wahrheiten aufgenommen zu haben, die nicht mehr vergessen oder angefochten werden dürfen.« (151) Die Garantien der Umsetzung dieser Forderungen seien eine republikanische Verfassung und allgemeine Gesetze, die keine Ausnahmen kennen. Genau deshalb wendete sich Condorcet aber gegen die Hinrichtung von Ludwig XVI. Denn auch er unterliege den für alle geltenden Gesetzen. Ihm dürfe also kein per se politischer Prozess gemacht werden, wie Robespierre und die Jakobiner einforderten, sondern ausschließlich ein bürgerlicher. Mit dieser Argumentation umging Condorcet freilich die gewichtige These Robespierres, dass der König nicht zivilrechtlich verantwortlich sei, da dann für ihn die Unschuldsvermutung gelte, was wiederum bedeute, dass die Revolutionäre schuldig sein könnten.¹⁰ Eine wichtige Gemeinsamkeit verband freilich beide Politiker – sie gingen davon aus, dass die Revolution in den realhistorischen Prozessen des 18. Jahrhunderts ihren Ursprung habe. Condorcet schrieb: »Verglich man die geistige Stimmung, die ich oben skizzierte, mit dem gleichzeitigen politischen Regierungssystem, so war leicht vorauszusehen, dass eine große Revolution unfehlbar eintreten musste; und es war unschwer zu erkennen, dass sie nur auf zweierlei Art herbeigeführt werden konnte: entweder musste das Volk selbst die Grundsätze der Vernunft und der Natur, die ihm die Philosophie wertvoll gemacht hatte, einführen, oder die Regierungen mussten sich beeilen, dem Volk zuvorzukommen und ihr Vorgehen mit der öffentlichen Meinung in Einklang zu bringen. In einen Fall musste die Revolution umfassender sein und rascher, aber stürmischer vor sich gehen, im anderen Falle langsamer, unvollständiger, dafür aber ruhiger: in einem Fall waren Freiheit und Glück durch vorübergehende Übel zu erkaufen; im anderen vermied man diese Übel, vielleicht aber verzögerte man auf lange den Genuss eines Teils der Wohltaten, die diese Revolution freilich mit Sicherheit bringen musste. Die Verderbtheit und Unwissenheit der Regierungen zogen den ersten Weg vor; und der rasche Triumph der Vernunft und der Freiheit hat das Menschengeschlecht gerächt.« (164 f.) Doch nicht nur die Abgründe und Verfehlungen des Ancien Régime motivierten die Revolution. Hinzu tritt, diese Entwicklungen in ein größeres Konzept einbindend, die geschichtsphilosophische Perspektive. In Übereinstimmung mit Thomas Paine und Denis Diderot betonte auch Condorcet die Signalwirkung der Amerikanischen Revolution für Europa. Nun könne mittels der Möglichkeiten der Philosophie und der Geschichte bestimmt werden, wann es auf dem Kontinent zu Umbrüchen kommen müsste.¹¹ »Die amerikanische Revolution musste sich deshalb bald über Europa ausbreiten; und wenn es in Europa ein Volk gab, in welchem das Interesse der Sache der Amerikaner mehr als anderswo für die Verbreitung ihrer Schriften und Grundsätze sorgte, ein Volk, das gleichzeitig das aufgeklärteste und unfreieste war; ein Land, in welchem die Philosophen in höchstem Maße wahrhaft aufgeklärt waren und die Regierung durch eine um so beleidigendere und gründlichere Unwissenheit

sich auszeichnete; ein Volk, in welchem die Gesetze so tief unter dem Niveau des Geistes der Nation standen, dass diese kein Nationalstolz, kein Vorurteil mit seinen althergebrachten Institutionen verband – war dann dies Volk nicht durch die Natur der Dinge dazu bestimmt, der von den Freunden der Menschheit mit so viel Hoffnung und Ungeduld erwarteten Revolution den ersten Anstoß zu geben? Deshalb musste die Revolution in Frankreich beginnen.« (166 f.) Condorcet hat die Dynamik der Revolution in all ihren Facetten betont und verteidigt, auch der Irrwege, sah er in ihr doch den direkten Motor des permanenten Fortschritts. Daneben stand seine Forderung, dass ihre Prinzipien immer wieder neu zu kodifizieren seien, d. h. in verschriftlicher Form allen zur Einsicht und – wichtiger noch – zur Diskussion sowie kritischen Überprüfung zur Verfügung stehen sollten.

Den weitaus interessantesten Aspekt des Werkes von Condorcet haben wir freilich bisher ausgespart. In der *Zehnten Epoche: Von den künftigen Fortschritten des menschlichen Geistes* (193-222) seines Entwurf unternahm er einen Ausblick in die Zukunft, der im 18. Jahrhundert seinesgleichen sucht. Dabei imaginierte er eine Gesellschaft, die in allen Bedingungen ihres Seins besser, glücklicher und vollkommener ist als die Gegenwart. Die Revolution erscheint nun als entscheidendes Durchgangsstadium zur Erringung bzw. Freisetzung derjenigen Potenzen, welche die Elemente des alternativen Szenarios gleichsam vorgeprägt enthalten. Die unglaublichen Möglichkeiten der Zukunft lassen sich ihm zufolge aus den Trends der Gegenwart ableiten und werden fast zwangsläufig eintreten – das ist die Konsequenz einer radikal zu Ende gedachten Geschichtsphilosophie, die sich daher selbst utopisch auflädt. Die Entwicklung der Menschheit könne, so Condorcet programmatisch, analog zu den Naturwissenschaften, gleichsam mathematisch (das 18. Jahrhundert sprach von »more geometrico«) berechnet werden. Zur Anwendung dieser Methode bedürfe es nur des Einblicks in die Gesetze der Geschichte. Was wie eine Vorwegnahme des vom Marxismus propagierten wissenschaftlichen Sozialismus klingt, ist freilich von diesem zu unterscheiden. Denn Condorcet setzte in vollem Umfang auf die zentrale Kategorie der Erfahrung, die in ihrer Anwendung und Weiterentwicklung als Aufklärung den Menschen dazu anrege, seine eigene Vervollkommnung ebenso wie die aller Individuen und Völker, der Staaten und Gesellschaften und nicht zuletzt der dazu erforderlichen Hilfsmittel immer weiter voranzutreiben.¹² »Muss nicht endlich das Menschengeschlecht besser werden, sei es infolge neuer Entdeckungen in Wissenschaft und Technik, wodurch zugleich die Mittel des privaten Wohlstandes und der allgemeinen Wohlfahrt notwendigerweise anwachsen; sei es durch die Fortschritte in den Grundsätzen des Verhaltens und der praktischen Moral; sei es endlich durch die wirkliche Vervollkommnung der intellektuellen, moralischen und physischen Anlagen, die gleichfalls die Folge der Vervollkommnung entweder der Werkzeuge sein kann, welche die Kraft dieser Anlagen steigern und ihren Gebrauch lenken, oder die Folge der Vervollkommnung der natürlichen Organisation des Menschen selber?« (194) Die Grundlage der Theorien Condorcets ist, dies zeigten die bisherigen Ausführungen, der seiner selbst bewusst ge-

11 Der Historiker Reinhart Koselleck hat diese Entwicklungen auf die Formel des dialektischen Verhältnisses von Kritik und Krise gebracht, wobei freilich sein konservativer Versuch der Diskreditierung der Aufklärung die innovativen Momente der ansonsten wichtigen Studie überlagert: Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt, 7. Auflage, Frankfurt am Main 1992.

12 Diese These hat der bekannte Aufklärungsforscher Panajotis Kondylis in seinem lesenswerten Buch überzeugend vertreten, vgl. Kondylis, Panajotis: Die Aufklärung im Rahmen des neuzeitlichen Rationalismus, Stuttgart 1986, hier S. 464 f.

wordene und aktiv im Jetzt handelnde Mensch, dem für diese Aufgaben die Möglichkeiten der säkularen Vernunft zur Verfügung stehen. Diese anthropologische Prämisse evidiert die Gemeinsamkeiten mit dem utopischen Diskurs der Neuzeit – nicht zuletzt, da sie als Chiffre erscheint, der Schlüsselbegriffe wie Aufklärung und Vorurteile entsprechen bzw. gegenüberstehen.

Motiviert wird der Fortschritt bei Condorcet durch die Kritik jener Stützmächte des Ancien Régime, die schon die Aufklärer des 18. Jahrhunderts bekämpften: Adel und Kirche.¹³ Diese behinderten die Entwicklung der Menschheit, verdummten die Leute, schafften Sklaven und Unterdrückung. Der freie und aufgeklärte Mensch, verantwortlich für sich selbst, Träger seines eigenen Schicksals und damit Gestalter der Welt – er ist der Mensch, der die Zukunft verbürge. »Sie wird also kommen, die Zeit, da die Sonne hienieden nur noch auf freie Menschen scheint, Menschen, die nichts über sich anerkennen als ihre Vernunft; da es Tyrannen und Sklaven, Priester und ihre stumpfsinnigen oder heuchlerischen Werkzeuge nur noch in den Geschichtsbüchern und auf dem Theater geben wird; da man sich mit ihnen nur noch befassen wird, um ihre Opfer zu beklagen und die, die sie zum Narren machten; um im Gefühl des Schreckens über ihre Untaten sich in heilsamer Wachsamkeit zu erhalten und den Blick zu schärfen für die ersten Keime des Aberglaubens und der Tyrannei, damit diese unter dem Gewicht der Vernunft erstickt werden können, sobald es ihnen gelingen sollte, wieder hervorzubrechen!« (198 f.) Der politischen Emanzipation korrespondiere die wirtschaftliche Freiheit, der Fortschritt auf beiden Gebieten bedinge sich gegenseitig. Gesteuert wird die These der Vorteile eines freien weltumspannenden Handels und gemeinsamen Arbeitens, Produzierens und Tauschens von Condorcet über eine Kritik am Ancien Régime. So wie die wirtschaftliche Sphäre während des Absolutismus Teil der Unterdrückung und Repression war, bedeute die Aufklärung der Menschen (und die damit verbundene Macht der Vernunft) die Freiheit des Handels. »Verfolgt einmal die Geschichte unserer Unternehmungen, unserer Niederlassungen in Afrika oder Asien! Und was werdet ihr sehen? Unsere Handelsmonopole, unsere Verrätereien, unsere grausame Missachtung der Menschen anderer Farbe oder anderen Glaubens, die Frechheit unserer widerrechtlichen Anmaßungen, die maßlose Bekehrungssucht und die Intrigen unserer Priester! Ihr werdet sehen, wie all dies das Gefühl der Achtung und des Wohlwollens zerstört, welches uns die Überlegenheit unserer Aufklärung und die Vorteile unseres Handels zunächst eingebracht hatten. Allein es besteht kein Zweifel, dass der Augenblick nahe ist, da wir uns diesen Völkern nicht länger als Verbrecher und Tyrannen zeigen, sondern ihnen nützliche Helfer oder edelmütige Befreier sein werden.« (195 f.) Der freie Handel ist nach Condorcet das wirtschaftliche Kardinalmittel zur Beteiligung aller Völker und Menschen am Prozess des Fortschritts. Entscheidend aber ist, dass diese ökonomischen Änderungen auf die Politik, ja, auf den Menschen selbst zurückschlagen. »Dann werden die Europäer sich auf einen freien Handel beschränken; sie werden zu aufgeklärt sein über die eigenen Rechte, um noch der Rechte anderer Völker zu spotten; sie werden deren Unabhängigkeit achten, die sie bis jetzt mit soviel

13 Die folgenden zwei Absätze orientieren sich an meinen Ausführungen: Condorcet und das schwere Erbe der Aufklärung, in: Heyer, Andreas: Studien zur politischen Utopie. Theoretische Reflexionen und ideengeschichtliche Annäherungen, Hamburg 2005, S. 95-124.

Verwegenheit verletzt haben. ... Die Freiheit wird sie dort festhalten; der Ehrgeiz wird sie nicht mehr zurückrufen; und die Räuberkolonien werden zu Kolonien von Bürgern, die in Afrika und Asien die Grundsätze und das Beispiel der Freiheit, die Aufklärung und die Vernunft Europas verbreiten werden. An die Stelle der Mönche, die diesen Völkern nichts als schmähhlichen Aberglauben brachten und sie zum Aufruhr veranlassten, indem sie mit neuer Herrschaft drohten, wird man Menschen treten sehen, die es sich angelegen sein lassen, diese Nationen mit den Wahrheiten bekannt zu machen, die ihrem Glücke nützen; Menschen, die bestrebt sind, sie über ihre Interessen so gut wie über ihre Rechte aufzuklären.« (196 f.) Damit wird ein entscheidendes Kriterium der Abhandlung Condorcets sichtbar. Analog zu Georg Forster (*Ansichten vom Niederrhein*) dachte er Zivilisation und Fortschritt von Europa aus. Für alle entdeckten und noch zu entdeckenden Völker sei dieser Umstand ein Glück, da sie so an der allgemeinen Aufwärtsbewegung und der europäischen Entwicklung partizipieren könnten. Sowohl Forster als auch Condorcet sicherten ihre Fortschrittskonzeptionen derart stark ab, dass die Anerkennung der Fremdartigkeit anderer Völker, ihrer eigenen Organisation oder anderen Kultur nicht möglich ist. Die europäische Aufklärung bilde die Speerspitze des Fortschritts, wer ihr nicht folge, laufe in die falsche Richtung. »In diesen unermesslichen Ländern wird es zahlreiche Völker geben, die anscheinend nur darauf warten, von uns die Mittel zu erhalten, die sie zu ihrer Zivilisation benötigen, die hoffen, in den Europäern Brüder zu finden, um deren Freunde und Schüler zu werden; man wird dort auf Völker treffen, die von geweihten Despoten oder brutalen Eroberern unterdrückt werden und die seit vielen Jahrhunderten schon nach ihren Befreiern rufen: anderswo werden fast wilde Stämme sein, die ein raues Klima von den Wohlthaten einer höheren Zivilisation fernhält, während eben dies Klima zugleich diejenigen abschreckt, die sie mit den Vorteilen der Zivilisation bekannt machen möchten; oder man wird auf Erobererhorden treffen, deren einziges Gesetz ihre Stärke, deren einziges Handwerk der Raub ist. Die Fortschritte der beiden letztgenannten Völkerklassen werden langsamer und zugleich stürmischer erfolgen; vielleicht werden sie auch in dem Maß zu einer kleineren Zahl zusammenschmelzen, indem sie von den zivilisierten Nationen zurückgedrängt werden, um unmerklich zu verschwinden oder in ihnen aufzugehen.« (197) Die Gefahren und Bedrohungspotentiale einer entfesselten Wirtschaft haben weder Condorcet noch Forster gesehen. Es war Denis Diderot, der auf sie aufmerksam machte. In seiner anarchistischen Utopie *Nachtrag zu Bougainvilles Reise*, die er in den 70er Jahren geschrieben hatte, schilderte er, wie die in jenen Jahren entdeckte Insel Tahiti und die dortigen Einwohner Opfer der europäischen Politik wurden. Selbst wenn Europa in Gestalt eines Seefahrers nur kurze Zeit Anker wirft und sich neu verproviantiert, so lässt es doch »Geschenke« zurück, die denen während der Eroberung Amerikas durch die Konquistadoren nicht nachstehen: Religion, Neid, Ausdifferenzierungen, Geschlechtskrankheiten – um nur einige zu nennen. Das sind die Schattenseiten des Kapitalismus, des freien Handels, der nicht reflexiv hinterfragten eurozentristischen Perspektive.

14 Diese Kritik war in der Mitte der 90er Jahre des 18. Jahrhunderts durchaus verbreitet. So findet sie sich unter anderem auch bei verschiedenen deutschen Beobachtern der Revolution. Genannt seien hier nur Gustav Graf von Schlabrendorf und Georg Kerner. Vgl. zu diesem Themenkomplex meinen Aufsatz: Georg Kerner. Vom Revolutionär zum Armenarzt, in: UTOPIE kreativ, Heft 145 (November 2002), S. 1031-1036.

Der Motor des Fortschritts liegt nach Condorcet in den bestehenden Ungleichheiten zwischen den Individuen ebenso wie zwischen den Völkern und Nationen. Zwar sei die Differenz teilweise natürlich und ergebe sich aus der Sache selbst. Aber jene Ungleichheiten, die man überall erblicke, müssten ausschließlich als Produkte des gesellschaftlichen Seins interpretiert und könnten damit abgebaut und permanent zurückgedrängt werden. In diesem Sinne erscheint die Gleichheitsforderung Condorcets als wichtiges Erbe der französischen Aufklärung, zielt sie doch direkt auf die Strukturen des Ancien Régime, aber auch auf die neuen Privilegien und Stände, die sich in der Französischen Revolution herausgebildet hatten.¹⁴ Und sie ist nur in der Tradition richtig zu interpretieren, in die sie sich selbst stellt: Condorcet tritt an diesem Punkt bewusst das Erbe Rousseaus an. »Beim Durchgehen der Geschichte der Gesellschaften werden wir Gelegenheit haben, aufzuzeigen, dass oft eine große Kluft besteht zwischen den Rechten, die das Gesetz den Bürgern zuerkennt, und den Rechten, deren die Bürger sich tatsächlich erfreuen; zwischen jener Gleichheit, die durch politische Institutionen gestiftet wurde, und derjenigen, die zwischen den Individuen wirklich besteht: es wird uns auffallen, dass dieser Unterschied eine der Hauptursachen war für die Beseitigung der Freiheit in den Republiken der Antike, für die Wirren, denen sie ausgesetzt waren, und Schwäche, die sie fremden Tyrannen auslieferte. Jener Unterschied hat hauptsächlich drei Gründe: die Ungleichheit des Reichtums; die Ungleichheit der Lage, in welcher derjenige lebt, dessen eigene gesicherte Unterhaltsmittel sich auf seine eigene Familie vererben, gegenüber der Lage dessen, bei dem diese Mittel von der Dauer seines Lebens oder vielmehr von dem Teil seines Lebens abhängen, in dem er arbeitsfähig ist; schließlich die Ungleichheit des Unterrichts.« (199) Die größtmögliche Gleichheit ist das Ziel des Condorcetschen Fortschrittsparadigmas. Dadurch wird auch deutlich, dass die bei ihm vorhandenen natürlichen Differenzen kein aristotelisches Argument darstellen, sondern lediglich zur Absicherung der permanenten Weiterentwicklung dienen. Ja, es gebe Ungleichheiten – bei der Begabung, Kraft, Intelligenz etc. –, aber diese rechtfertigten weder politische oder wirtschaftliche Ausgrenzungsprozesse noch seien sie statisch. Denn sie könnten zwar nicht völlig aufgehoben, jedoch durch zahlreiche Maßnahmen ausgeglichen werden. Und die künstlichen, erst durch die Strukturen von Staat und Gesellschaft erzeugten Ungleichheiten wären durch eben diese vermeidbar. Neben die Kategorie der Verantwortung tritt in einem nächsten Schritt dann der Begriff der Aufklärung als zwingend notwendige Vorstufe praktischer Vernunft und bürgerlicher Moral. »Unterscheiden sich dann die Bewohner eines Landes nicht mehr durch gröberen oder feineren Sprachgebrauch; lassen sie alle sich von der eigenen Einsicht leiten; sind sie nicht länger auf eine mechanische Beherrschung technischer Vorgänge und auf bloße Berufsroutine beschränkt; sind sie in den kleinsten Angelegenheiten, bei der geringsten Belehrung nicht mehr von geschickten Leuten abhängig, welche sie durch ihre Überlegenheit notwendig in der Hand haben, dann muss daraus eine wirkliche Gleichheit sich ergeben; denn der Unterschied im Wissen oder in den Talenten kann dann keine Schranke mehr setzen zwischen Men-

schen, deren Empfindungen, deren Begriffe, deren Sprache sie einander verstehen lässt – was nicht ausschließt, dass die einen den Wunsch haben, von den anderen unterrichtet zu werden, ohne zugleich notwendig von ihnen gegängelt zu sein; dass sie die Aufgeklärtesten mit der Aufgabe betrauen wollen, sie zu regieren, ohne dass dies notwendig mit blindem Vertrauen geschehen würde. Dann erst wird Überlegenheit zum Vorteil selbst für die, die sie nicht haben; sie wird für sie da sein, nicht gegen sie.« (202 f.) Doch nicht nur der Staat ist bei Condorcet als Träger des Fortschritts und Institution zum Abbau der Ungleichheiten in der Pflicht. Denn diesem Wirken von »oben« entspricht das freiwillige und autarke Engagement der Individuen, gleichsam von »unten«. »Wir werden deutlich machen, dass diese Einrichtungen, die im Namen der gesellschaftlichen Macht gegründet und zu einer ihrer größten Wohltaten werden können, auch das Ergebnis privater Zusammenschlüsse sein können, die ohne Gefahr erfolgen, sobald die Grundsätze, wonach diese Einrichtungen sich organisieren sollen, einmal volkstümlicher geworden sind und die Irrtümer, die eine große Zahl solcher Assoziationen bisher vernichtet haben, sie nicht mehr bedrohen werden.« (201) Mit dieser These begründete Condorcet als einer der ersten jene Tradition, die dann von so unterschiedlichen Theoretikern wie Proudhon, Kropotkin oder Fourier weitergeschrieben wurde. Condorcet antizipierte jedoch nicht nur die Überlegungen zur freiwilligen Assoziation der Menschen von »unten«. Er erkannte darüber hinaus auch den kausalen Zusammenhang zwischen Fortschritt, Bedürfnisbefriedigung und qualitativer sowie quantitativer Ausdehnung der Menschheit. Seine Ausführungen zu diesem Thema verweisen auf den Kern einer jeden sozialistischen Theorie oder Utopie. »Wenn wir uns nun den Techniken zuwenden, deren Theorie von eben diesen Wissenschaften abhängt, so werden wir sehen, dass ihr Fortschritt, welcher dem dieser Theorie folgen muss, keine anderen Grenzen haben kann als eben dieser; dass die technischen Verfahrensweisen derselben Vervollkommnung, denselben Vereinfachungen zugänglich sind wie die wissenschaftlichen Methoden; dass die Werkzeuge, die Maschinen und Werkstühle die Kraft und Geschicklichkeit des Menschen fortwährend vermehren und zugleich die Produkte besser und feiner machen, wobei überdies die Zeit und die Arbeitsleistung, die zu ihrer Herstellung aufgewendet werden müssen, abnehmen; dass dann die Hindernisse, die dem Fortschritt noch entgegenstehen, die Zufälle, die man vorherzusehen, denen man vorzubeugen lernt, und die Wirkungen verschwinden werden, die von ungesunden Arbeiten, Gewohnheiten und Klimaten ausgehen.« (207) Es liegt auf der Hand, dass Condorcet an dieser Stelle auf den technischen und industriellen Fortschritt abzielt, der, befreit von den bisherigen gesellschaftlichen und staatlichen Bedingungen, sein Potential voll ausschöpfe und zum Segen für die ebenfalls befreite Menschheit werde. Arbeitszeitreduzierung und Freizeitgewinn bei verbessertem hygienischen Umfeld fallen zusammen mit einer gesteigerten Produktion und erhöhter Bedürfnisbefriedigung – gleichberechtigt für alle. Wenn das politische System sich ändere, dann wirken diese Wandlungen auf den Menschen, die Gesellschaft, die Sphäre der Kultur etc. zurück. Die ungehinderte Vervollkommnung

der Individuen werde gesichert, komme nun zum vollen Durchbruch. Weiter schrieb er: »Eine immer kleinere Bodenfläche wird dann eine Masse von Nahrungsmitteln erzeugen können, die von größerem Nutzen oder höherem Wert sind; man wird mehr genießen und doch zugleich weniger konsumieren; man wird weniger Ausgangsmaterial benötigen, um mehr zu produzieren, und das Produzierte wird im Gebrauch haltbarer sein. Man wird für jeden Boden die Produkte zu wählen wissen, die größeren Bedürfnissen entsprechen, und unter den Produkten, die dem gleichen Bedürfnis dienen, diejenigen, welche eine größere Masse befriedigen und dabei weniger Arbeit und tatsächlichen Verzehr erfordern. So werden ohne irgendwelche Opfer die Mittel der Enthaltung und der Sparsamkeit im Verbrauch zugleich mit den Fortschritten jener Verfahrensweisen wachsen, die der Erzeugung, Zubereitung und Verarbeitung der verschiedenen Grundstoffe dienen. So wird nicht nur die gleiche Bodenfläche mehr Menschen ernähren können; es wird auch jeder weniger mühsam und auf produktivere Weise beschäftigt sein und seine Bedürfnisse besser befriedigen können. Durch diesen Fortschritt der Industrie und der Wohlfahrt jedoch, woraus ein günstigeres Verhältnis zwischen den Fähigkeiten des Menschen und seinen Bedürfnissen sich ergibt, wird jede Generation, sei es durch eben diesen Fortschritt, sei es durch die Erhaltung der Produkte früheren Fleißes, zu reichem Genuss und danach, infolge der physischen Konstitution des Menschengeschlechts, zu einer Vermehrung der Zahl der Individuen eingeladen.« (207 f.)

Damit sich der Fortschritt auf allen Gebieten menschlicher Aktivität entfalten und potenzieren kann, verlegte Condorcet dessen Grundlagen in die Anthropologie. In diesem Sinne überrascht es nicht, dass sich sein Wirken in der Französischen Revolution nicht nur auf Verfassungs- und Staatsfragen beschränkte, sondern vor allem dem Bildungswesen galt. Wir haben bereits darauf verwiesen, dass er am 20. und 21. Juni 1792 im zuständigen Ausschuss eine längere Rede hielt, die seine Konzeption der Wissensakkumulation und -vermittlung – die als Gesetzentwurf vorlag – darstellte.¹⁵ Für Condorcet ist die Bildung, hier steht er ganz auf dem Boden der Aufklärung, die sicherste Grenze gegen Fanatismus, Tyrannei und Aberglauben, der beste Garant für Demokratie und Fortschritt. Die ersten Worte seiner Rede lauten: »Allen Angehörigen des Menschengeschlechts die Mittel darzubieten, dass sie für ihre Bedürfnisse sorgen und ihr Wohlergehen sicherstellen können, dass sie ihre Rechte kennenzulernen und auszuüben, ihre Pflichten zu begreifen und zu erfüllen vermögen; jedem die Gelegenheit zu verschaffen, dass er seine beruflichen Geschicklichkeiten vervollkommen und die Fähigkeiten zur Ausübung sozialer Funktionen erwerben kann, zu denen berufen zu werden er das Recht hat, dass er das ganze Ausmaß seiner Talente zu entfalten imstande ist; und durch dies alles unter den Bürgern eine tatsächliche Gleichheit herzustellen und die durch das Gesetz zuerkannte politische Gleichheit zu einer wirklichen zu machen; das muss das erste Ziel eines nationalen Unterrichtswesens sein; und für ein solches Sorge zu tragen, ist unter diesem Gesichtspunkt für die öffentliche Gewalt ein Gebot der Gerechtigkeit.« (U 63) Die Bildung aller sei Teil der sich weiter ent-

15 Condorcet: Bericht über die allgemeine Organisation des öffentlichen Unterrichtswesens, siehe FN 6.

wickelnden Aufklärung. Sie bedinge die Ausprägung der »körperlichen, geistigen und moralischen Fähigkeiten« (U 63) und leite die Individuen bei ihrer Vervollkommnung an. Es ist überraschend, aber Condorcet sprach bereits von der freien Entfaltung des Einzelnen, die er gegen die repressiven und unterdrückenden Gewalten und Institutionen von Staat und Gesellschaft setzte. Damit antizipierte er, dies kann gesagt werden, am Ende des 18. Jahrhunderts bereits jene Überlegungen, die dann so unterschiedliche Denker wie Gustav Landauer, Herbert Marcuse oder Max Adler vertraten. Dem einzelnen Menschen komme die entscheidende Rolle beim Fortschritt der gesamten Menschheit zu und damit bei der Verbreitung und Ausdehnung der Prinzipien der Revolution auf alle Völker und Nationen. So sollen die Lyzeen (Universitäten) auch an den Grenzen Frankreichs errichtet werden, damit auf diese Weise ein Wissens- und Meinungsexport erfolgen kann, der in den anderen Ländern die revolutionären Grundsätze verbreiten helfen soll. »Einige dieser Lyzeen werden so gelegen sein, dass man an sie junge Leute aus anderen Ländern zieht. Der geschäftliche Nutzen, der sich daraus ergibt, ist für ein großes Volk unbedeutend; jedoch der Vorteil, Freiheit und Gleichheit in größerem Umfange verbreiten zu können, dazu der Ruf, den der Zustrom von Ausländern einem Volke verschafft, die zu ihm kommen, um dort ihr Wissen zu bereichern, weiterhin die Freunde, die sich dieses Volk unter jenen jungen Menschen sichern, die in seiner Mitte ausgebildet worden sind, außerdem der ungeheure Gewinn, die Verbreitung seiner Sprache zu fördern, und schließlich die Brüderlichkeit, die daraus zwischen den Nationen erwachsen kann, alle diese Gesichtspunkte einer edleren Nützlichkeit dürfen nicht außer acht gelassen werden.« (U 89) Weitaus wichtiger aber ist, dass Condorcet auch bei seiner Bildungskonzeption vom Gedanken der Gleichheit und der freien Entfaltung ausging. Alle haben das Recht, ohne jegliche Bezahlung¹⁶ Wissen zu erwerben, die Auswahlkriterien für die höheren Bildungsinstitutionen beruhen allein auf den Fähigkeiten und bisherigen Erfolgen. Damit ist nicht nur eine explizite Kritik am Absolutismus geleistet, des Weiteren vertrat Condorcet die These, dass nur auf diese Weise die »natürlichen Ungleichheiten« sukzessive zurückgedrängt werden könnten. »Was die anderen Stufen anbetrifft, so ist für das Gemeinwohl von Bedeutung, dass man den Kindern der armen Klassen, die ja bei weitem in der Mehrzahl sind, die Möglichkeit gibt, ihre Gaben zu entwickeln; das ist nicht nur ein Weg, dem Vaterland mehr Bürger zur Verfügung zu stellen, die fähig sind, ihm zu dienen, den Wissenschaften mehr Männer zu verschaffen, die zu ihrem Fortschritt beizutragen vermögen, sondern darüber hinaus ist es ein Mittel, jene Ungleichheit zu vermindern, die aus dem Unterschied des Besitzes stammt, die Klassen, die dieser Unterschied zu scheiden strebt, miteinander zu vermischen. Die Ordnung der Natur schuf in der Gesellschaft keine andere Ungleichheit als die der Bildung und die des Reichtums; dadurch, dass Ihr für eine weitere Verbreitung der Bildung sorgt, schwächt Ihr sogleich die Wirkungen dieser beiden Ursachen eines Standesunterschiedes. Der Vorteil einer gediegenen Ausbildung wird weniger spürbar, sobald es nicht mehr ausschließlich mit dem Übergewicht, das der Reichtum verleiht, Hand in Hand

16 Condorcet hat den Zusammenhang von Bildung und sozialer Stellung explizit benannt: »Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts muss vor allem in ihrer Beziehung mit der sozialen Gleichheit betrachtet werden. Zu den öffentlichen Ausgaben steuert der Arme seinem Vermögen gemäß oder selbst noch weniger bei, falls die Steuern nach einem guten System erhoben werden, und er genießt die Vorteile eines kostenlosen Unterrichts in höherem Maße.« (U 93)

17 Babeuf sprach zumeist von »tatsächlicher« oder »faktischer Gleichheit«, d. h. jenen Homogenitätsversuchen, die umgesetzt werden sollten. Damit wies er etwa die »Gleichheit vor dem Gesetz« zurück, da diese nicht in der Realität konkret ausgestaltet werde. Vgl. grundlegend Gracchus Babeuf: *Die Verschwörung für die Gleichheit. Rede über die Legitimität des Widerstands*, hrsg. v. John Anthony Scott, Hamburg 1988.

geht, und er kann nicht mehr gefährlich sein; der Vorzug, reich geboren zu sein, wird aufgehoben durch die Gleichheit, ja die Überlegenheit an Bildung, um die sich natürlicherweise diejenigen bemühen sollen, die einen Grund mehr dafür haben, eine solche anzustreben.« (U 91) Wir gehen sicherlich nicht fehl, wenn Condorcet hier als ein Theoretiker interpretiert wird, dem es um die Verwirklichung dessen ging, was Gracchus Babeuf zwei Jahre später als »tatsächliche Gleichheit« bezeichnete, d. h. eine Gleichheit, die sich auf immer mehr Gebiete erstrecken soll und dadurch die »natürlichen« Ungleichheiten zu minimieren vermag.¹⁷ Weitaus stärker als Babeuf hat Condorcet aber betont, dass Bildung, Aufklärung und Wissen, kurz: die Fortschreibung des »Projekts Aufklärung«, die zentralen Bedenken zur Generierung des Staatsbürgers, des Citoyens, sind. Nur der politische Mensch als sich selbst und frei entfaltendes Individuum könne die Zukunft produktiv und nach »vorn« gerichtet gestalten. »Weder die französische Verfassung noch die Erklärung der Menschenrechte sollen irgendeiner Klasse der Bürger als Tafeln hingestellt werden, die vom Himmel herab gekommen sind und die man anbeten und an die man glauben muss. Ihre Begeisterung soll nicht auf Vorurteilen, nicht auf in der Kindheit geübten Gewohnheiten gegründet sein; man müsste ihnen etwa sagen: Diese Erklärung der Rechte, die euch zugleich lehrt, was ihr der Gesellschaft schuldig seid und was ihr von ihr zu fordern das Recht habt, diese Verfassung, die ihr aufrecht erhalten müsst unter Einsatz eures Lebens, sie sind nichts anderes als eine entwickelte Form der von der Natur und Vernunft diktierten einfachen Grundsätze, deren ewige Wahrheit zu erkennen ihr schon in eurem früheren Unterricht gelernt habt. Solange es Menschen gibt, die nicht ihrer Vernunft allein gehorchen, die ihre Ansichten von einer fremden Meinung hernehmen, würden alle Ketten umsonst zerbrochen worden sein, würden diese befohlenen Meinungen vergeblich nützlichen Wahrheiten ähneln. Das Menschengeschlecht bliebe so nicht weniger in zwei Klassen geteilt, in die der Menschen, die überlegen, und die derer, die da glauben; in die der Herren und die der Knechte.« (U 67) Es war Max Adler, einer der führenden Austromarxisten der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, der diese Überlegungen Condorcets aktualisierte. In seinen zwei wichtigsten (und leider kaum noch rezipierten) Büchern – *Neue Menschen. Gedanken über sozialistische Erziehung* (1924) und *Politische oder soziale Demokratie. Ein Beitrag zur sozialistischen Erziehung* (1926) – betonte er die Notwendigkeit der Erziehung und Bildung der Volksmassen als Vorbedingung der Verwirklichung sozialistischer Herrschaft. Ja, die Sphäre der Kultur war für ihn der zentrale Kampfplatz der kommenden Auseinandersetzungen, die über die Zukunft entscheiden.

Condorcet ortete die Wirkungen des Fortschritts auf allen Gebieten. Wenn die entwickelten Pläne umgesetzt und die ausgesprochenen Warnungen berücksichtigt würden, dann unterscheide sich die Zukunft radikal von der Vergangenheit und auch von der Gegenwart. Gerade im Lichte der kurz analysierten Darstellung der Strategie zur Transformation der Revolution in andere Länder, die sich deutlich von den militärischen Interventionsplänen jener Jahre ab-

hob (die übrigens auch Robespierre immer wieder kritisierte), zeigt sich, dass Condorcet den Krieg stigmatisierte. Die Zukunft erbringe auch den friedlichen Umgang der Völker und Nationen untereinander. Krieg erscheine dann »als die unheilvollste Geißel, als das größte aller Verbrechen« (213). Der weltumspannende Handel und der gemeinsame Fortschrittsprozess als Annäherung aller Nationen an die europäische Aufklärung könnten einen Zustand herbeiführen, der einen ewigen Frieden ermögliche, der noch über die theoretischen Entwürfe zu diesem Thema hinausgehe. »Die Völker werden wissen, dass sie nicht Eroberer werden können, ohne ihre Freiheit zu verlieren; dass dauerhafte Bündnisse das einzige Mittel sind, ihre Unabhängigkeit zu erhalten; dass sie Sicherheit suchen müssen und nicht Macht. Allmählich werden die Benachteiligungen im Handelsverkehr verschwinden; falsch verstandene Handelsinteressen werden die furchtbare Macht verlieren, die Erde durch vergossenes Blut zu schänden und die Nationen unter dem Vorwand zu Grunde zu richten, sie reicher zu machen. Da endlich die Völker in den Prinzipien der Politik und der Moral einander näherkommen werden, da jedes von ihnen zu seinem eigenen Vorteil die Fremden ins Land rufen wird, um die Güter gleichmäßiger zu teilen, die es der Natur oder seinem Fleiß verdankt, so werden all jene Ursachen, die den Nationalhass erzeugen, schüren und verewigen, nach und nach verschwinden; sie werden der Kriegslust hinfort weder Nahrung noch Vorwand liefern. Einrichtungen, noch besser durchdacht als jene Entwürfe zu einem ewigen Frieden, welche die Muße einiger Philosophen beschäftigt und ihre Seele getröstet haben, werden das Fortschreiten der Brüderlichkeit unter den Nationen beschleunigen, und Kriege zwischen den Völkern werden, wie Morde, zu den außergewöhnlichen Grausamkeiten gezählt werden, welche die Natur erniedrigen und empören, welche dem Lande, dem Jahrhundert, dessen Annalen damit befleckt sind, für lange Zeit ein Schandmal aufdrücken.« (214) In letzter Konsequenz bewirken diese Annäherungen auch eine stetig zunehmende Interessengleichheit der Menschen untereinander, die wiederum auf die politische Sphäre zurückstrahlt. Dies ist um so wichtiger, als beide Prozesse einander bedingen und, einmal angestoßen, immer weitere Gebiete absorbieren sowie sich permanent selbst reproduzieren und steigern.

Condorcet schließt seinen Ausblick in die Zukunft mit dem Verweis, dass der Fortschritt der Menschheit unbegrenzt sei. Die Vervollkommnung könnte immer weiter gehen, ihre eigene Dynamik verbürge diese Entwicklung. Der Mensch, einmal seiner Möglichkeiten bewusst geworden, werde in immer stärkerem Maße Herr der Natur und Herr seiner selbst. »Alle diese Ursachen der Vervollkommnung des Menschengeschlechts, alle die Mittel und Wege, welche sie sichern, müssen ihrer Natur nach eine stetige Wirkung ausüben und an Umfang ständig zunehmen. Die Beweise hierfür haben wir dargelegt; in unserem Werke selbst, wo wir sie ausführlich entwickeln wollen, werden sie an Überzeugungskraft noch gewinnen; wir können also schon jetzt den Schluss ziehen, dass die Möglichkeit der Vervollkommnung des Menschen unbegrenzt ist; und dabei haben wir für den Menschen bis jetzt nur die natürlichen Fähigkeiten, die Organisation, welche er bereits hat, vorausgesetzt.

Wie groß wäre also vielleicht erst die Gewissheit, das Ausmaß seiner Hoffnungen, wenn man annehmen könnte, dass die natürlichen Fähigkeiten, diese Organisation selber möglicherweise sich verbessern?« (218 f.) Das Individuum ist Teil der allgemeinen Vervollkommnung. Ja, so Condorcet weiter, der Mensch werde sich verändern, neue Fähigkeiten entwickeln, eine neue innere Organisation finden, vernünftiger und aufgeklärter handeln. Kurz: er »veredle« sich. Auch die Idee des »neuen Menschen« als Träger der zukünftigen Gesellschaft ist bei Condorcet präsent. »Die Möglichkeiten organischer Vervollkommnung oder die organische Degeneration der Rassen bei Pflanzen und Tieren kann als eines der allgemeinen Gesetze der Natur betrachtet werden. Dies Gesetz ist auch für das Menschengeschlecht gültig, und gewiss wird niemand daran zweifeln, dass die Fortschritte in dem Zweig der Medizin, welcher der Erhaltung der Gesundheit dient, dass die Verwendung gesünderer Nahrungsmittel und Wohnungen, dass eine Lebensweise, welche die Kräfte durch Übung entwickelt, ohne sie durch Übermaß zu gefährden, dass endlich die Beseitigung der beiden wirksamsten Ursachen der Verwahrlosung, nämlich des Elends und des allzu großen Reichtums, die Dauer des gewöhnlichen Lebens der Menschen verlängern und sie einer beständigeren Gesundheit und robusteren Konstitution versichern müssen.« (219) Die Vervollkommnung ist nicht nur ein ewig gültiges und wirkendes Prinzip, sie ist auch nach »vorn« offen. Dies bedeutet, dass der Mensch die Grenzen seines eigenen Seins zu überwinden vermag. Er wird nach Condorcet nicht nur Herrscher über die Natur, sondern könne sich gleichzeitig die Fähigkeiten aneignen, aus dieser herauszutreten. Der Mensch ändere sich also nicht nur als moralisches Wesen, indem er sich den Prinzipien der Aufklärung annähere. Auch die physische Konstitution unterliege einer Höherentwicklung. »Man spürt, dass die Fortschritte der vorbeugenden Medizin, welche durch den Fortschritt der Vernunft, den Fortschritt in der Ordnung der Gesellschaft noch mehr sich auswirken, die übertragbaren oder ansteckenden Krankheiten und jene allgemeinen Erkrankungen, welche ihren Ursprung im Klima, in der Nahrung oder in der Art der Arbeit haben, auf die Dauer zum Verschwinden bringen müssen. Es würde nicht schwer fallen zu beweisen, dass diese Erwartung auch für fast alle anderen Krankheiten zutrifft, Krankheiten, deren entfernte Ursachen man wahrscheinlich eines Tages wird erkennen können. Und würde es nach alledem widersinnig sein vorauszusetzen, dass die Vervollkommnung des Menschengeschlechts eines unbegrenzten Fortschritts fähig ist; dass eine Zeit kommen muss, da der Tod nunmehr die Wirkung außergewöhnlicher Umstände oder des immer langsameren Abbaus der Lebenskräfte sein wird; vorauszusetzen schließlich, dass die mittlere Dauer der Zeit von der Geburt bis hin zu diesem Abbau keiner bestimmbar Grenze unterliegen wird?« (219 f.)

Wir können unsere Interpretation des Werkes von Condorcet mit der These abschließen, dass dieser die Möglichkeiten der Utopie radikal erweiterte. Er verband, das macht den innovativen Charakter des *Entwurfs* aus, die Geschichtsphilosophie mit dem utopischen Diskurs. Das Ergebnis ist ein Ansatz, der Elemente beider Gattungen zusammenschweißte, indem er sie mit einem emanzipatorisch

nach »vorn« gerichteten Ausblick in die Zukunft verband. Die Grenzüberschreitung, das Durchbrechen der Bedingungen des Status quo, die normative Antizipation einer kommenden, besseren und glücklicheren Zeit bilden in diesem Sinne das Kernstück der Überlegungen Condorcets. Darüber hinaus kann festgestellt werden, dass seine Ausführungen teilweise schulemachend für die Entwicklung des utopischen Diskurses im 19. Jahrhundert wurden. Dabei ist auf die utopischen Frühsozialisten ebenso zu verweisen wie auf die im utopischen Raum entstehenden Konzeptionen von Bildungs- und Fortschrittstheorien. Allerdings gingen kaum Autoren jemals wieder so weit wie Condorcet, der in der konsequenten Anwendung seiner Gedanken das »ewige Leben« versprach. »Ohne Zweifel wird der Mensch nicht unsterblich werden; aber kann nicht der Abstand zwischen dem Augenblick, in dem er zu leben beginnt, und der Zeit sich unablässig vergrößern, da sich bei ihm von Natur aus, ohne dass er krank wäre oder einen Unfall erlitten hätte, die Schwierigkeit, zu sein bemerkbar mache? Da wir hier von einem Fortschritt sprechen, der mit Hilfe numerischer Größen oder durch Kurven genau dargestellt werden kann, ist jetzt der Anlass gegeben, den Doppelsinn des Wortes unbegrenzt zu erörtern. In der Tat kann jene mittlere Lebensdauer, die sich in dem Maße, wie wir in die Zukunft eindringen, unablässig vergrößern muss, einem gesetzmäßigen Wachstum unterliegen, dergestalt, dass sie sich einem unbegrenzten Umfang beständig annähert, ohne ihn je erreichen zu können; oder dergestalt, dass sie in der Unermesslichkeit der Zeiten einen größeren Umfang annehmen kann als irgendeine bestimmte Größe, die ihr als Grenze gesetzt wäre. Im letzteren Falle ist der Zuwachs wirklich unbegrenzt im unbedingten Sinne, da es keinen Endpunkt gibt, vor dem er haltmachen müsste. ... Wir müssen daher nach dem Beispiel, das hier betrachtet wird, annehmen, dass die mittlere Dauer des menschlichen Lebens unaufhörlich zunehmen muss, wenn physische Umwälzungen dem nicht entgegenwirken; aber wir wissen nicht, welches die Grenze ist, die sie niemals überschreiten kann; wir wissen nicht einmal, ob die allgemeinen Naturgesetze ihr eine Grenze gesetzt haben, über die hinaus sie nicht zunehmen kann.« (220)

KOLJA MÖLLER

Inspiration durch Gramsci: Hegemoniepolitik und Die Linke heute

»Du musst die Führung übernehmen« (B. Brecht)¹

Antonio Gramscis Hegemoniekonzeption erfreut sich bei der politischen Linken einer gewissen Beliebtheit. Die »Hegemonie des Neoliberalismus« ist Gegenstand der Kritik. Man will »Risse in ihr herbeiführen« und »Gegenhegemonien errichten«. Im wissenschaftlichen Raum ist Gramsci gegenwärtig vor allen Dingen in den internationalen Beziehungen und der Globalisierungsdebatte präsent. Kritische Ansätze versuchen hier die Internationalisierung und Transformation von Staatlichkeit in gramscianischen Kategorien der Hegemonie, des historischen Blocks oder der passiven Revolution zu analysieren (siehe Bieling/Deppe 1996, Cox 1983, Gill 2003). Wenig diskutiert ist dagegen die im engeren Sinne politische Seite Gramscis: seine Parteitheorie, seine Auffassung von kluger Politik und erfolgreicher Strategieentwicklung fortschrittlicher Kräfte in modernen Gesellschaften. Wenig reflektiert – dies gilt insbesondere für die politische Linke – sind die praktischen Implikationen einer Hegemoniepolitik unter Bedingungen des Neoliberalismus. Hegemonie – so scheint es – wird gerne im Munde oder in der Feder geführt, doch letztlich kommt sie über den Status eines einigermaßen heuristischen Analyseinstruments oder eines hohen, aber nicht wirklich einzulösenden Anspruchs an politisches Handeln nicht hinaus.

Meine These ist, dass es lohnt, die Hegemoniekonzeption Gramscis im stärkeren Maße als Leitfaden für die inhaltliche und strategische Ausrichtung linker Politik zu nutzen. Gramsci selbst ordnet der Hegemoniekonzeption eine »erkenntnistheoretische Tragweite« zu (Gramsci 1991 ff., Heft 10, Teil II, § 12: 1264), die sowohl zur Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse als auch zur Strategieentwicklung der Linken einen Beitrag leisten kann. Dabei knüpfe ich an einen postmarxistischen Diskussionsstrang an, der Gramscis Hegemoniekonzeption nicht nur unter staatstheoretischen Gesichtspunkten, sondern ebenfalls unter dem Fokus politischer Rationalitäten und einer spezifischen Logik des Politischen betrachtet (siehe Laclau/Mouffe 2001: insbes. 47 ff., 139, Marchart 2007: 107). Hegemonie bezeichnet hier nicht nur die Konstellationen der »Vorherrschaft«, die sich in historischen Blöcken bündeln und periodisieren lassen. Sie richtet den Blick auch auf die Herausbildung solcher Konstellationen in der Sphäre des Politischen.² Da Gramscis politische Theorie maßgeblich »Parteitheorie« ist (siehe Deppe 1987: 425), unterbreite ich schließlich einige Vorschläge für eine gramscianisch inspirierte Politik der neuen Partei Die Linke.

Kolja Möller – Jg. 1983, studiert Politikwissenschaften in Frankfurt am Main; Mitglied im Bundesvorstand des Studierendenverbandes Die Linke.Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband (Die Linke.SDS) und Kreistagsabgeordneter für Die Linke im Main-Taunus Kreis.

1 Den Begriff »Führung« verwende ich in diesem Text nicht im Sinne von äußerlich-repressiver Verhaltenssteuerung. In Anlehnung an Foucaults Überlegungen zu einer »Analytik der Regierung« nimmt der Begriff der Führung hier die Kontaktpunkte von Techniken der Selbstführung der Individuen und ihrer Fremdführung in den Blick (siehe Foucault 2006a: 140 ff., Burchell 1996: 20).

2 Laclau und Mouffe gehen davon aus, dass »Hegemo-

Der Charme der Hegemoniekonzeption

Gramscis Hegemoniekonzeption zielt auf die komplexen Macht- und Herrschaftsverhältnisse in modernen kapitalistischen Gesellschaften (Buckel/Fischer-Lescano 2007: 11). Diese gründen sich nicht nur auf bloßen (staatlichen) Zwang, der den Individuen gegenübertritt, sie werden vielmehr durch gesellschaftliche Konsensbildung stabilisiert (Gramsci 1991 ff. Heft 10, Teil 1, § 12: 1249): »Die normale Ausübung der Hegemonie auf dem klassisch gewordenen Feld des parlamentarischen Regimes zeichnet sich durch die Kombination von Zwang und Konsens aus, die sich in verschiedener Weise die Waage halten, ohne dass der Zwang zu sehr gegenüber dem Konsens überwiegt ...« (Gramsci 1991 ff., Heft 13, § 37: 1610).

In sozialen und politischen Auseinandersetzungen muss es einer Gruppe gelingen, das eigene, besondere Interesse zum allgemeinen Interesse zu erheben und so »hegemonial« zu machen. Andere Interessenlagen müssen dazu gebracht werden, das jeweils besondere Interesse einer Gruppe als Allgemeines anzuerkennen. Dieser Kampf um die Konsensbildung spielt sich auf dem Terrain der so genannten Zivilgesellschaft ab. Sie grenzt sich von staatlichen Zwangsapparaten ab und umfasst beispielsweise Vereine, Bürgerinitiativen, Betriebe, öffentliche Räume, Schulen, Universitäten, kurz: sie umfasst das Zusammenleben. Sie ist Ort hegemonialer Auseinandersetzungen. Hier konstituieren sich die Lebens- und Wahrnehmungswelten der Menschen, die in gesellschaftliche Kräfteverhältnisse eingebunden sind und diese gleichzeitig konstituieren. Hegemonien weisen eine eigene Materialität auf, eine Verdichtung und Stabilität, die eine »gelebte, habituelle und gesellschaftliche Praxis« darstellen (Eagleton 2000: 136). Sie sind nicht auf eine ideologische Verkleisterung ökonomischer Basiskonflikte zu reduzieren. Bei Hegemonien handelt es sich deshalb ausdrücklich nicht um »individuelle Schrullen« (Gramsci 1991 ff., Heft 7, § 21: 877), sondern um verfestigte Bewusstseinsformen, die das *harte Holz* der Macht- und Herrschaftsverhältnisse ausmachen. Dadurch rücken Phänomene in den Blick, die wir für selbstverständlich und eher vorpolitisch halten: unsere ethisch-politische Weltauffassung, Deutungsmuster, Gegenwartsdiagnosen, Vorstellungen von dem, was »Natürlich« und »Unnatürlich« ist. Diese (Wahrnehmungs-) »Prismen« und »Filter« werden durch die Hegemoniekonzeption politisiert und in den Horizont der Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingeordnet (Fontana 1993: 8). Auch die Grenzziehungen zwischen Öffentlichem und Privatem, zwischen Agenda und Non-Agenda sowie die Produktion von Handlungsdruck, die Rolle statistischer Erhebung und wissenschaftlicher Expertise für die Durchsetzung politischer Projekte können so »politisch« betrachtet werden.

Die Trennung zwischen staatlichen Zwangsapparaten (Staat im engeren Sinn) und ziviler Gesellschaft, wie sie insbesondere in der Tradition Max Webers präsent ist, hebt Gramsci in seiner Konzeption des erweiterten, integralen Staates auf (Gramsci 1991 ff., Heft 6, § 88: 783). Dieser umfasst sowohl die staatlichen Zwangsapparate als auch zivilgesellschaftliche Strukturen. Gramscis Ansatz kontrastiert damit einerseits zu bestimmten »marxistischen« Traditionslinien, die dazu neigen, einen reduktionistischen Begriff der Produk-

nie« in der Diskussion der sozialistischen Arbeiterbewegung ursprünglich eingeführt wurde, um dem Problem wachsender Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse zu begegnen (Laclau/Mouffe 2001: 8 ff.).

tionsverhältnisse aufzunehmen und den Staat ausschließlich unter Gesichtspunkten physischer Gewaltsamkeit und der direkten Durchsetzung ökonomischer Klasseninteressen zu analysieren (siehe kritisch dazu Poulantzas 2002: 41 ff.). Andererseits kontrastiert Gramscis Ansatz aber genauso mit einer optimistisch-verklärten Sicht auf die Zivilgesellschaft, wie sie z. B. in den aktuellen Diskussionen um Global Governance vertreten werden (siehe z. B. Schwan 2007). Gramscis Zivilgesellschaft ist ausdrücklich kein Raum der herrschaftsfreien Deliberation. Sie bildet das Terrain der Auseinandersetzungen um »Vorherrschaft«: Zivilgesellschaft ist, wie Gramsci zeigt, noch nicht einmal eine umgrenzte Sphäre der Gesellschaft, sondern das Ensemble all dessen, was in einer Gesellschaft relevant ist für das Ringen um Hegemonie oder für die Bildung eines geschichtlichen Blocks als Grundlage politischer Macht« (Haug 2004).

Insofern plädiert Gramsci für einen ausgesprochenen Zivilgesellschaftsrealismus und einen analytischen Blick auf die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Zusammenhänge. Gleichzeitig bleibt sie das Terrain, auf dem hegemoniepolitische Ressourcen und Veränderungen generiert werden.

Dabei bezieht sich der Verallgemeinerungsprozess der Interessenlagen immer auf bestimmte soziale Gruppen. Das »eigentlich politische Element« besteht jedoch »darin ..., dass auch andere und untergeordnete Gruppen ihre Interessen übernehmen und teilen« (Demirovic 2007: 30). In diesem »eigentlich politischen Moment« ringen soziale Gruppen um die Definitionshoheit über das Allgemeinwohl. Hegemonie ist somit konstitutiv mit der Fähigkeit zu politischer Führung und Verallgemeinerung verbunden, die von unterschiedlichen gesellschaftlichen Parteien bewiesen werden muss (Gramsci 1991 ff., Heft 10, Teil I, § 7: 1238 f.). Damit ist eine besondere Sphäre mit eigenen Spielregeln und eigener Funktionslogik gemeint. Gramsci behauptet eine relative Autonomie des Politischen, in der sich »Parteien« geschickt behaupten, große und kleine Politik betreiben und vermitteln müssen (Deppe 1987: 423 ff.). Das Politische ist ein Feld der Problematisierung, das auf gesellschaftliche Konfliktlinien bezogen bleibt, ohne sie im Verhältnis »eins zu eins« zu spiegeln. Unterschiedliche Interessenlagen und Weltauffassungen werden in ein gemeinsames Artikulationsverhältnis gestellt (Laclau/Mouffe 2001: 130). Um hegemoniefähig zu werden, müssen politische »Parteien« auf der Klaviatur dieser Artikulationsprozesse spielen.

Ernesto Laclau und Chantal Mouffe arbeiten diese These zur Funktionslogik des Politischen aus Gramscis Hegemoniekonzeption heraus und erweitern sie um die Vorstellung von »Äquivalenzketten«, in der unterschiedliche Interessenlagen und Subjektpositionen in ein gemeinsames Verhältnis hegemonialer Artikulation gesetzt werden. Sie versuchen so die polittheoretischen Defizite des Arbeitsbewegungsmarxismus einzuholen, der das Politische aus einem ökonomistisch reduzierten Begriff der Produktionsverhältnisse »abgeleitet« hatte. Vielmehr gehen sie – unter Rückgriff auf Louis Althusser – von einem anderen Gesellschaftsbegriff aus, in dem unterschiedliche Instanzen (Ökonomie; Staat, Ideologie) verknüpft werden, die jeweils relative Autonomie genießen und gerade nicht

direkt durch die »ökonomische Basis« determiniert sind (siehe Althusser 1977).

Das Politische als Feld zu begreifen, auf dem sich Äquivalenzketten herausbilden, bedeutet einen grundsätzlichen Perspektivenwechsel: Unterschiedliche Positionen sind nicht »notwendig« miteinander verknüpft, vielmehr ist es Aufgabe politischen Handelns, die Verkettung unterschiedlicher Kämpfe und Interessenlagen praktisch herzustellen (ebenda: 178, 185, Mouffe 2005: 38). Am Beispiel der aktuellen Diskussionen um das »Prekariat« lässt sich dies verdeutlichen. Ein Gedankenspiel: Wird die »Verwundbarkeit« (siehe Castel 2000: 360 f.) in materieller und rechtlicher Hinsicht als Kriterium für das Prekariat zum Ausgang genommen, fallen hierunter sowohl Beschäftigte im Niedriglohnbereich des Dienstleistungssektors als auch Wissensarbeiter oder Free-Lancer in der IT-Branche. Prekarierte Wischmobs treffen auf prekarierte Laptops. Es liegen vollkommen verschiedene Arbeits- und Lebenswelten vor. Zusätzlich sind die Prekarierten keine geschlechtsneutralen Subjekte, sondern Männer und Frauen, die sich durch die diesbezüglichen Zuschreibungen und Machtverhältnisse hindurch konstituieren. Beschäftigte in Normalarbeitsverhältnissen werden zwar durch die wachsende Zone der Verwundbarkeit zunehmend zu Zugeständnissen an die Arbeitgeberseite gezwungen, beharren aber schon erst einmal auf der Sicherung und Stabilisierung ihrer Arbeitsverhältnisse. Da Prekarität auch als »Herrschaftsform« (Bourdieu) problematische Auswirkungen auf die Möglichkeiten demokratischer Partizipation hat, erwärmen sich linksliberale Kreise für die Diskussion um das »Prekariat« unter eher demokratiepolitischen Gesichtspunkten. Kommt dann noch das Verhältnis von In- und Ausländern ins Spiel, erweitert sich das Gedankenspiel um eine weitere Dimension.

Die Konzeption von Äquivalenzketten versucht aus dieser Unübersichtlichkeit ein Modell zu entwickeln, das politische Handlungsfähigkeit ermöglicht. Dabei rücken Laclau und Mouffe von der Vorstellung ab, Interessen ließen sich schematisch unter im engeren Sinne ökonomischen Erwägungen bestimmen. Im Gegenteil überlagern sich gesellschaftliche Machtverhältnisse, Diskurse und Praktiken. Um im Politischen handlungsfähig zu werden, müssen unterschiedliche Interessenlagen in Form und Inhalt »verkettet« werden.

Der Hinweis darauf, dass alles mit allem zusammenhänge oder sich das Eine durch Andere ausdrücke, reicht in diesem Sinne als hegemoniepolitische Fundierung nicht aus. Im Gegenteil erzeugt eine ernst gemeinte Hegemoniepolitik Zusammenhänge nicht, indem sie spekulative Strukturzusammenhänge zu einem »verborgenen Gott« (Gramsci 1991 ff., Heft 10, Teil 1, § 8: 1241) erhebt, der sich in allen gesellschaftlichen Problemlagen »ausdrückt«, sondern indem sie Spannungen zwischen unterschiedlichen Interessenlagen anerkennt und gleichzeitig durch Verknüpfung und gemeinsame Artikulation politisch handlungsfähig macht.³

Der Charme der Hegemoniekonzeption besteht in diesem Wechselspiel: Sie kann auf der einen Seite erklären, wie sich soziale und politische Einheit und eine Verfestigung komplexer Macht- und Herrschaftsverhältnisse herausbilden, auf der anderen Seite öffnet sie den Blick für die Möglichkeitsspielräume fortschrittlicher Politik

3 Zur Kritik von Konzeptionen expressiver Kausalität siehe Althusser/Balibar 1997: 186 ff., Demirovic 1987: 18 ff.

(Laclau/Mouffe 2001: 48 ff.). Für die Parteien ergibt sich daraus eine doppelte Aufgabe: Sie müssen die (vor-)politischen Selbstverständlichkeiten bearbeiten. Dafür benötigen sie ein kohärentes Programm »intellektueller und moralischer Reform« (Gramsci 199 ff., Heft 13, § 1: 1539), das in Form und Inhalt bestehende Weltauffassungen herausfordert und einen alternativen Entwicklungsweg propagiert. Gleichzeitig sollten sie im (engeren) politischen Moment präsent sein und geschickt mit seiner Funktionslogik arbeiten.

4 In der gegenwärtigen Rezeption von Gramscis Parteitheorie wird v.a. von ihrer Flexibilität ausgegangen: Auch Zeitschriften, einzelne organische Intellektuelle usw. könnten unter bestimmten Umständen die Rolle einer »Partei« übernehmen. Ich gehe hier aber erstmal davon aus, dass Partei auch Partei in einem engeren Sinne bedeuten kann.

Der moderne Fürst – Drei Aspekte der Parteitheorie Gramscis⁴

Gramsci greift auf Machiavellis »Der Fürst« zurück, um die Aufgaben und Herausforderungen der kommunistischen Parteien zu beschreiben. Sie spielen die Rolle von »modernen Fürsten«. Dabei begreift Gramsci Machiavelli nicht als Stichwortgeber für rücksichtsloses Machthandeln, zu dem er fälschlicherweise in der populärwissenschaftlichen Literatur gemacht wird. Er legt eine republikanische Lesart des »Fürsten« nahe: Gramsci liest ihn als »politisches Manifest« (Gramsci 1991 ff., Heft 13, § 1: 1535), das davon handle, »wie der Fürst sein muss, um ein Volk zur Gründung eines Staates zu führen« (ebenda: 1536). Machiavelli lege einen Aufruf vor, um zu einer Vereinigung Italiens und zur Überwindung des Kleinkrieges zwischen den Fürstentümern zu gelangen.

Ähnlich wie Machiavelli in der frühen Neuzeit das Politische aus dem Horizont des Religiösen herauslöst und säkularisiert, bricht Gramsci mit einer mechanistischen Perspektive auf das Politische. Bei ihm bleibt es zwar auf die Produktionsverhältnisse bezogen, bildet aber eine eigene Sphäre, die offen für Kontingenzen und geschicktes politisches Handeln ist. Um die Herausforderungen des Politischen zu meistern, entwirft Gramsci Anforderungen an die modernen Fürsten. »Der moderne Fürst, der Fürst-Mythos kann keine wirkliche Person, kein konkretes Individuum sein, er kann nur ein Organismus sein; ein komplexes Gesellschaftselement, in welchem ein Kollektivwille schon konkret zu werden beginnt, der anerkannt ist und sich in der Aktion teilweise schon bewährt hat« (Gramsci 1991, Heft 13, § 1: 1537).

Demnach konzipiert Gramsci den modernen Fürsten *erstens* als komplexen »Kollektivwillen«. Die Partei wäre somit eine Art Bündiskonstellation, in der sich ein Kollektivwille herausbilden kann. Sie muss beides leisten: Die Fähigkeit zur Verallgemeinerung unter Beweis stellen und das Besondere anerkennen. Die Partei nimmt unterschiedliche Interessen auf und assoziiert sie in einem Kollektivwillen, der in der Auseinandersetzung um Hegemonie bestehen kann. Die Pluralität von Interessenlagen und Spannungen innerhalb des Kollektivwillens sind notwendige Bestandteile der Partei, die produktiv gemacht und ausgetragen werden müssen. Diese Form der Assoziation reicht allerdings nicht aus. *Zweitens* benötigt der moderne Fürst ein Programm »intellektueller und moralischer Reform«, das auf der Ebene der Weltauffassung und des Alltagsverständs der Menschen Veränderungen bewerkstelligt. Dafür gilt es das »gesamte System intellektueller und moralischer Verhältnisse« in einer Gesellschaft zu bearbeiten (Gramsci 1991 ff., Heft 13, § 1:1540), d.h. auch kulturelle und lebensweltliche Fragen in den

Blick zu nehmen. Die moralische und intellektuelle Reform soll zu einer »höheren und totaleren Form moderner Zivilisation« führen (ebenda). Der moderne Fürst beansprucht in Form und Inhalt, maßgeblichen Einfluss auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft zu nehmen. Er kämpft um die Modernität. Er will nach vorne. *Drittens* kann ein solches Programm »moralischer und intellektueller Reform« nicht voluntaristisch erfunden werden. Es setzt vielmehr an bestehenden Konstellationen an. Die Suche und die Entwicklung eines solchen Programms ist kein abstrakter Ideenwettbewerb. Ein Programm moralischer und intellektueller Reform wird aus sozialen Auseinandersetzungen, militanter Untersuchung und politischer Praxis destilliert. Dabei verknüpfen sich politische Inhalte mit politischen Organisationsformen. Ein Programm moralischer und intellektueller Reform thematisiert insbesondere (vor-)politische Selbstverständlichkeiten, etabliert andere Wissensformen und Führungsmechanismen.

Der moderne Fürst sollte aber schon »anerkannt« sein und sich »bewährt« haben. Dies ist ein interessanter Aspekt, der Forderung Gramscis nach einem »dem Jakobinismus gewidmeten Teil des Fürsten«: »Der moderne Fürst muss einen dem Jakobinismus (in der umfassenden Bedeutung, die diese Bezeichnung historisch gehabt hat und begrifflich haben muss) gewidmeten Teil haben, als Beispiel dafür, wie ein Kollektivwille konkret sich herausbildet und gehandelt hat, der zumindest in einigen Aspekten eine Neuschöpfung, ursprünglich war« (ebenda: 1538).

Der Jakobinismus steht in dieser Verwendung für die Tradition demokratischer Revolutionen (Valenza 1976: 11). Der moderne Fürst bezieht sich hier einerseits auf Bestände des politisch Imaginären, einer bestimmten, etablierten Matrix, die unser Nachdenken über das Politische strukturiert (Mouffe/Laclau 2001: 152 ff.). Auf diesem Feld ringen politische Strömungen um historische Bezugspunkte und Deutungsmacht. Gleichzeitig jedoch schlägt der Fürst neue Modalitäten und Ordnungen vor, um die bestehenden Realitäten radikal zu überwinden (Fontana 1993: 99). Auch hier entsteht ein Wechselspiel zwischen der notwendigen Bezugnahme auf bestehende Realitäten und Bewusstseinsformen und dem Programm einer moralischen und intellektuellen Reform.

Hegemoniepolitik und Die Linke

Die Linke tritt in eine weitere wichtige Phase ein. Nachdem Linkspartei und WASG die organisatorischen Hürden der Parteiverschmelzung überwunden und sich auf programmatische Eckpunkte geeinigt haben, geht es nun darum, die inhaltlich-strategische Ausrichtung der neuen Linken sowie ihren Platz im politischen System und im gesellschaftlichen Leben zu bestimmen. In den »Blättern für deutsche und internationale Politik« wurden drei Zukunftsszenarien für die neue Linke entworfen (siehe Scharenberg 2007): Entweder suche sich die Linkspartei (1) die Rolle der KPD der 20er Jahre als »ideologische Trutzburg«, werde (2) zu einer Art »Sozialstaatspartei« trade-unionistischen Typs oder etabliere sich (3) als »linke Volkspartei«. Wie auch immer man im Einzelnen zu diesen Zukunftsszenarien steht, sie verweisen auf die Notwendigkeit, eine in-

haltlich-strategische Orientierung für die nächsten Jahre und eine Selbstbeschreibung des Projekts zu entwickeln.

Dazu können Programmkommissionen Impulse geben, faktisch jedoch bilden sich solche Selbstbeschreibungen in der politischen Praxis heraus. Vielleicht ist es lohnenswert, politische Ansätze zum Ausgangspunkt zu nehmen, die auf den ersten Blick übergreifend von Mitgliedern, vom politischen Umfeld und im Funktionärskörper geteilt werden. Sie können als Leitfaden in der Diskussion um die inhaltlich-strategische Ausrichtung der neuen Partei dienen und so unterschiedliche Positionen und Vorstellungen auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede hin prüfen. Einen solchen Leitfaden könnte Gramscis Hegemoniekonzeption abgeben. Aus dieser gramscianisch inspirierten Perspektive sind jedoch einige Implikationen für Diskussion um die inhaltlich-strategische Ausrichtung der Partei verbunden.

Dies betrifft *erstens* das Verhältnis von Hegemoniepolitik und wahrarithmetischer Analyse. Die Linke ist auf weitere Wahlerfolge in Ost und West und auf eine »wahlpolitische« Orientierung angewiesen, die positive Korrelationen mit bestimmten Wählerspektren und Parteien zum Ausgang nimmt (siehe z. B. Walter et al. 2007). Ohne eine wahlpolitische »Bewährung« und »Anerkennung« der neuen Linken versumpft auch die Diskussion entlang eines Leitfadens um Hegemonie. Eine inhaltlich-strategische Ausrichtung mit dem Ziel, neue Hegemonien zu errichten, kann aber ausdrücklich nicht nur auf wahrarithmetischen Überlegungen fußen. Vielmehr gilt es zu einer qualitativen, inhaltlichen Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, der Interventionsfelder und Möglichkeitsspielräume linker Politik vorzudringen. Hegemoniepolitik kann nicht wahrarithmetisch bestimmt werden. Sie muss inhaltlich fundiert sein, damit sich zumindest ansatzweise Konturen eines Programms »moralischer und intellektueller Reform« herausbilden können. Dabei sollten in hegemoniepolitischer Perspektive zwei Aspekte berücksichtigt und aufgenommen werden: Um in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung längerfristige Fortschritte zu erzielen, sollte Die Linke *einerseits* deutlicher machen, dass sie tatsächlichen Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung nehmen will. Sie muss den Kampf um die Modernität und eine »Gesellschaftsalternative« (Fausto Bertinotti) annehmen und Wege in diese Richtung suchen.⁵ Die Politik der Linken darf nicht nur als gerechter oder besser gemeint, sondern sollte in Form und Inhalt als überlegen und zeitgemäß wahrgenommen werden. Die positiven Prognosen eines bundesweiten Wählerblocks von über 10 Prozent sind schmeichelhaft, können aber auch zu inhaltlicher Genügsamkeit führen. Statt sich schwerpunktmäßig darauf zu beschränken, den anderen Parteien Ressourcen streitig zu machen, erfordert eine hegemoniepolitische Ausrichtung weitergehende Akzente: Deutliche inhaltliche Alternativen, Präsenz in den sozialen Kämpfen und in der – gramscianisch verstandenen – Zivilgesellschaft, Erneuerung linker Politik unter Bedingungen der Globalisierung und des Finanzmarktkapitalismus, Verbindungen in gesellschaftliche Teilbereiche, in die Gewerkschaften und in das kulturelle Leben ausbauen und auf qualitative (nicht bloß rhetorische oder traditionale) Grundlagen stellen. Dazu

5 Auch dem demokratischen Sozialismus wäre damit gedient, stärker unter dem Gesichtspunkt einer Gesellschaftsalternative thematisiert und auch historisch rekonstruiert zu werden, statt »als Weg, als Ziel und als Wertesystem«, alles und nichts zu sein.

bräuchte es zuvorderst eine ernsthafte Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen und ihrer Widerspruchskonstellationen, um Ansatzpunkte auszumachen. Die Partei müsste in stärkerem Maße Räume für Aufklärung zu Verfügung stellen. So können inhaltliche Diskussionen unter Beteiligung der Mitgliedschaft geführt, die politische Kultur der Partei entkrampft und anti-autoritär geöffnet werden.

Andererseits bedeutet eine hegemoniepolitische Ausrichtung eine Reflexion der politischen Formen und des Machttypus, den die Partei repräsentiert. Ein Programm moralischer und intellektueller Reform sollte nicht nur inhaltlich, sondern auch in seinem »Führungsstil«, in seiner politischen Kultur und den Kommunikationsstrukturen begründet sein. Vielleicht sind es weniger die inhaltlichen Vorschläge der Linken als der antiquierte Machttypus, den sie bisher repräsentiert, der ihr den Vorwurf des Konservatismus einbringt. Techniken der Führung, insbesondere der Selbstführung der Individuen, haben sich in den letzten Jahren massiv gewandelt und damit auch die Erwartungshaltungen an überlegene Machttypen und Steuerungsformen. Das Zeitalter des Neoliberalismus ist durch eine spezifische Gouvernamentalität gezeichnet, die die Machtverhältnisse und (Selbst-)Führungstechniken restrukturiert (siehe Foucault 2006a, 2006b). Eher dezentrale Steuerungsmechanismen, Teamarbeit und Einbindungstechniken sind auf dem Vormarsch, auch wenn Gegentendenzen und Brüche festzustellen sind. Freilich ist dieser Umbau nicht selten mit einer neoliberalen Agenda verbunden und politische Ansätze, eine Art »Neoliberalismus von links« zu praktizieren, sind seit der Mitte der neunziger Jahre in Europa grandios gescheitert. Trotzdem kann eine linke Politik im Neoliberalismus nicht hinter das Niveau dieser etablierten Machttypen zurückfallen und so tun als wäre nichts gewesen. Sie muss selbst politische Praktiken und Führungsmechanismen entwerfen, die das inhaltliche Anliegen eines »Bruchs nach vorne« mit dem Neoliberalismus befördern. Die Konturen eines Programms moralischer und intellektueller Reform sind in hegemoniepolitischer Perspektive nicht nur inhaltlich-konzeptuell, sondern auch auf der Ebene der politischen Kultur und des Führungsstils zu suchen, den die Partei nach innen und außen pflegt.

Diese beiden Aspekte schlagen den Bogen zu Gramscis Partei-theorie. Der moderne Fürst verkörpert einen Modus politischer Führung und Verallgemeinerung. Er kann ihn aber nur entwickeln, wenn er sich selbst lernend und dialogbereit den gesellschaftlichen Verhältnissen stellt, um sie mit einem radikalen politischen Programm zu konfrontieren.⁶ Das Verhältnis der Führung und des Geführtwerdens ist bei Gramsci keine autoritäre Bevormundung einer der beiden Seiten. Es stellt ein pädagogisches Verhältnis dar, in dem die Rolle des Lernenden und des Lehrenden ständig wechseln (Fontana 1993: 106 f.).

Zweitens gilt es, an der Herausbildung eines »Kollektivwillens« zu arbeiten. Ein solches Gebilde wird durch politisches Handeln aktiv hervorgebracht. Unterschiedliche Interessenlagen müssen anerkannt und verknüpft werden. Laclau und Mouffe radikalisieren Gramscis Ansatz und führen den Begriff der »Äquivalenzketten«

6 Radikalität und Dialogbereitschaft schließen sich hier ausdrücklich nicht aus, sie bedingen einander.

ein, die sich durch das Prinzip gemeinsamer Artikulation unterschiedlicher Anliegen herausbilden. So kommen Verallgemeinerung und Besonderheit in ein ausgewogenes Verhältnis. Die politische Partei spielt die Klaviatur der Verallgemeinerung und Verknüpfung, sie kennt aber gleichzeitig die besonderen Interessenlagen und fegt sie nicht hinweg. Dafür sind gegenwärtig zwei weitere Anliegen zentral: Zum einen sollte Die Linke den Mut zu einer erneuerten, klassenanalytischen Fundierung ihrer Politik aufbringen. Die Veränderungen und Differenzierungsprozesse in den Produktionsverhältnissen und das Auftauchen von Prekarisierungstendenzen sind Grund genug, um mit einem geschärften Blick unterschiedliche Interessenlagen der Klassenfraktionen nachzugehen und sie inhaltlich-konzeptuell aufzugreifen, statt die »Einheit der Arbeiterklasse« rhetorisch zu beschwören, aber praktisch politisch nichts dafür zu tun. Zum anderen gilt es, die Vielfalt der Macht- und Herrschaftsverhältnisse anzuerkennen und zum Ausgangspunkt einer politischen Agenda zu machen. Dazu gehören Fragen der Demokratiepoltik, der Migration und der Gleichstellung. Es geht um nichts weniger, als die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse »gesellschaftlich« und nicht bloß »ökonomisch« zu begreifen. Nebenbei bemerkt: Dies kommt dem Marxschen Anliegen universeller Emanzipation näher. Schließlich gilt der kategorische Imperativ, »... alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen« ist (MEW 1: 385).

Dass linke Politik ein Programm universeller Emanzipation befördern sollte, geht über den Status eines normativen Fluchtpunktes hinaus. Es ist eine Erwartungshaltung an Die Linke, die tief in der Bevölkerung verwurzelt ist. Dazu tritt eine andere Komponente des Alltagsverstands: Von einer politischen Partei wird erwartet, dass sie mehr darstellt als eine »Spiegelung« bestimmter Interessen einzelner Klassenfraktionen im politischen Raum. Sie braucht ein Programm moralischer und intellektueller Reform, das Interessen verbindet und artikuliert. Sie muss sich geschickt in der Sphäre des Politischen verhalten und gewissermaßen mit dieser Funktionslogik »spielen« können.

Drittens schließlich gilt es darüber zu diskutieren, welche Bestandteile des politisch Imaginären Die Linke anruft. Dabei ist das politisch Imaginäre weniger zu begreifen als in sich stimmiger Bestand, sondern als Ebene, die sich aus unterschiedlichen Bestandteilen historisch-politischer Geschichte zusammensetzt. Die demokratische Revolution, auf die Gramsci in seiner Machiavelli-Rezeption anspielt, ist dort genauso präsent wie die konservative Revolution und wahrscheinlich vieles dazwischen. Die Linke hat sich über das in der Bevölkerung der BRD tief verankerte Prinzip der Sozialstaatlichkeit konstituiert. Fraglich ist häufig, ob sie diesen Bestandteil des politisch Imaginären anruft und mit der Tradition der demokratischen Revolution, der Aufklärung und ihres universellen Emanzipationsversprechens verbindet oder ob sie sie eher mit konservativen, fortschrittsskeptischen Bestandteilen anreichert. Beide Strategien erscheinen in Zeiten, in denen alle anderen Parteien weder links noch rechts sein wollen, rein wahlarithmetisch Erfolg versprechend (siehe Walter 2007: 339 ff.).

Die Linke darf sich hier jedoch keine Zweideutigkeit erlauben. Sie sollte genau herausarbeiten, welche Bestandteile des politisch Imaginären sie anruft und von welchen Bestandteilen sie sich programmatisch grundsätzlich abgrenzt. Das Prinzip der Sozialstaatlichkeit, der Demokratie und der Anspruch auf universelle Emanzipation sind elementare Bestandteile des politisch Imaginären der Linken. Ihre Kritik am globalisierten Kapitalismus bezieht sich im Kern nicht auf den Verlust von Traditionen oder Moral, nicht auf die Auflösung traditionaler Bindungen und die Herausbildung komplexer gesellschaftlicher Strukturen. Sie nimmt im Gegenteil zum Ausgang ihrer Kapitalismuskritik, dass die kapitalistische Produktionsweise strukturelle Hürden für die Realisierung der im Modernisierungsprozess angelegten Freiheitspotentiale aufbaut (siehe Gysi 2007: 310, Lafontaine 2007).

Konkret wird dies beispielsweise am Verhältnis der Linken zur Globalisierung und zur Europäischen Union: Ist Die Linke alter- oder antimondialistisch? Ist sie für eine andere europäische Union oder die Restituierung eines nationalstaatlichen Souveränismus? Provokanter formuliert: Knüpft Die Linke an der in der Bevölkerung weit verbreiteten Hoffnung auf eine europäische Einigung, auf Frieden und soziale Sicherheit in einer demokratischen EU an oder entwirft sie normativ und strategisch nicht überzeugende Strategien der Renationalisierung? Arbeitet Die Linke gemeinsam mit Parteien aus der eher eurokommunistischen Tradition an einer europäischen Gesellschaftsalternative und einer Stärkung der Partei der europäischen Linken? Oder stärkt sie einen linkspopulistisch-euroskeptischen Parteienblock?

Wie auch immer: In allen drei Bereichen – politische Kultur und Führungsfähigkeit, Herausbildung eines Kollektivwillens, Anrufung des politisch Imaginären –, die für ein Programm moralischer und intellektueller Reform notwendig zu diskutieren sind, besteht Handlungs- und Klärungsbedarf. Das politische Zentrum der neuen Linken ist gefordert, mit eigenen Vorschlägen aufzutreten und aus dem inhaltlich-strategischen Dornröschenschlaf zu erwachen. Dies erscheint vielversprechender als dem innerparteilichen Markt der strömungspolitischen Möglichkeiten gärtnerisch-beihaltend – nach links und rechts – nachzukommen. Nur mit eigenen Vorschlägen für eine inhaltlich-strategische Ausrichtung der neuen Linken aus dem politischen Zentrum kann einer geradezu paranoiden Diskussionskultur vorgebeugt werden, in der jeder skeptische Einwand als reformistisch diffamiert und jeder gesunde Radikalismus mit Nasenrumpfen kommentiert wird. Für eine Neubegründung linker Politik im 21. Jahrhundert muss das politische Zentrum der Partei beherzt seine Funktion als inhaltlich-strategischer Impulsgeber wahrnehmen.

Literatur

- Althusser, Louis 1977: *Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie*, Hamburg.
- Althusser, Louis/Balibar, Etienne 1997: *Reading Capital*, London/New York.
- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank 1996: Neo-Gramscianismus in der internationalen politischen Ökonomie, in: *Das Argument* 38 (5/6), 729-740.

- Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas 2007: Einleitung, in: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano 2007: Hegemonie gepanzert mit Zwang – Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Baden-Baden, 11-18.
- Burchell, Graham 1996: Liberal government and techniques of the self, in: Barry, Andrew/Osborne, Thomas/Rose, Nikolas (Hrsg.) 1996: Foucault and political reason: Liberalism, Neo-liberalism and rationalities of government, Chicago, 19-36.
- Castel, Robert 2000: Die Metamorphosen der sozialen Frage, Konstanz.
- Cox, Robert W. 1983: Gramsci, Hegemony and international relations: An essay in method, in: Millennium, 12 (2), 162-175.
- Demirovic, Alex 1987: Nicos Poulantzas – eine kritische Auseinandersetzung, Berlin.
- Demirovic, Alex 2007: Politische Gesellschaft – zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci, in: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas 2007: Hegemonie gepanzert mit Zwang – Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Baden-Baden, 21-41.
- Deppe, Frank 1987: Niccolò Machiavelli – Zur Kritik der reinen Politik, Köln.
- Eagleton, Terry 2000: Ideologie: eine Einführung, Stuttgart.
- Fontana Benedetto 1993: Hegemony and power – on the relation between Gramsci and Machiavelli, Minneapolis.
- Foucault, Michel 2006a: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung – Geschichte der Gouvernementalität 1, Frankfurt.
- Foucault, Michel 2006b: Die Geburt der Bio-Politik – Geschichte der Gouvernementalität 2, Frankfurt.
- Gill, Stephen 2003: Power and resistance in the new order, Houndmills.
- Gramsci, Antonio 1991 ff.: Gefängnishefte, Hamburg.
- Gysi, Gregor 2007: Ende der Geschichte? – Über die Chancen eines modernen Sozialismus, in: UTOPIE kreativ, Heft 198 (4/2007), Berlin, S. 309-327.
- Haug, Wolfgang Fritz: 2004: Was tun? – Die verwandelte Wiederkehr der Gründungsfrage, in: UTOPIE kreativ, Heft 161, Berlin, S. 202-214.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal 2001: Hegemony and socialist strategy – towards a radical democratic politics, London/New York, 2. Auflage (1. Auflage 1985).
- Lafontaine, Oskar 2007: Freiheit durch Sozialismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. 7. 2007.
- Marchart, Oliver 2007: Eine demokratische Gegenhegemonie- Zur neo-gramscianischen Hegemonietheorie bei Laclau und Mouffe, in: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano 2007: Hegemonie gepanzert mit Zwang- Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Baden-Baden, S. 105-120.
- Mouffe, Chantal 2005: Exodus und Stellungskrieg – Zur Zukunft radikaler Politik, Wien.
- Poulantzas, Nicos 2002: Staatstheorie, Hamburg.
- Scharenberg, Albert 2007: Dem Morgenrot entgegen?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2007, Bonn, S. 520-524.
- Schwan, Gesine 2007: Good governance als programmatischer Baustein, in: Frankfurter Hefte 4/2007, Bonn, S. 5-11.
- Valenza, Pietro 1976: Einleitung, in: Valenza, Pietro (Hrsg.) 1976: Der historische Kompromiss, Hamburg, S. 7-12.
- Walter, Franz/Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Spier, Tim 2007: Die Linkspartei – Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft, Wiesbaden.
- Walter, Franz 2007: Die Linkspartei zwischen Populismus und Konservatismus – ein Essay über Vergreisung als Chance, in: Walter, Franz/Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Spier, Tim 2007: Die Linkspartei – Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft, Wiesbaden, S. 339-343.

ISABEL RAUBER

Macht und Hegemonie

Betrachtungen aus Lateinamerika

Die Art der soziokulturellen politischen Verknüpfung, die der herrschende Typ der Macht erzwingt, festigt und erneuert, wurde von Antonio Gramsci als Hegemonie bezeichnet, ein Begriff, der heute in der Konfrontation der Unterdrückten mit der herrschenden Macht, in dem Prozess, in dem sich zugleich der Aufbau eigener Macht von unten (Volkshegemonie) entwickelt, besondere Bedeutung erlangt. Diese Sicht geht davon aus, dass die Macht die (politischen, ökonomischen, kulturellen, ideologischen) Beziehungen der sozialen Kräfte verdichtet, indem sie sie in untergeordneter und hierarchischer Form in Funktion einer Klasse oder eines Sektors einer Klasse, die sich als herrschender hegemonialer Block konstituiert, verbindet.

Gramsci unterscheidet Herrschaft und Hegemonie. Die Herrschaft drückt sich in eindeutig politischen Formen aus, die insbesondere durch den Staatsapparat hergestellt werden. Diese Formen schließen Zwang und Repression nicht aus, besonders in Krisenzeiten, wenn die Fähigkeit zur Ausübung der Herrschaft in Gefahr gerät. Hegemonie bezieht sich auf eine Form der Machtausübung durch eine »komplexe Verkreuzung politischer, sozialer und kultureller Kräfte«. Gerade deshalb steht die Hegemonie mit dem Kulturellen in direkter Wechselwirkung, indem sie die kulturellen Prozesse, vor allem die des täglichen Lebens, mit der spezifischen Verteilung von Macht (Zugang oder Ausschluss) verknüpft.

Gramsci betont, dass weder die hegemoniale Herrschaft noch die herrschende Hegemonie ausschließlich durch Zwang erreicht werden können. Produktion und Reproduktion der sozialen und politischen Verhältnisse bilden einen verwickelten Knoten von vielfältigen und komplexen Formen, worunter die Ideologien eine entscheidende Rolle spielen, was sich konzentriert in einem bestimmten Typ der politischen Macht und des Staatsapparates ausdrückt. Der Staat wäre in dieser Beziehung nach den Worten Gramscis die Personifizierung der »mit Zwang gepanzerten Hegemonie«; eine Komponente der politischen Macht, die in ihrer Ausübung das unterordnende Machtverhältnis der Klasse des Kapitals über die der Arbeit und davon ausgehend über die ganze Gesellschaft zur Wirkung bringt. Aber diese Machtausübung beschränkt sich nicht auf den Bereich des Zwanges und des Repressiven, sie umfasst auch das Erzieherisch-Normative, und dabei nimmt das Ideologisch-Politische einen Kernbereich ein.

Diese Dimension des Wirkens des Staates öffnet den Blick für eine Erweiterung der Konzeption hinsichtlich seiner Rolle in der

Isabel Rauber – Jg. 1953, Dr. phil., Herausgeberin der in Santo Domingo erscheinenden Zeitschrift »Pasado y Presente XXI« (Vergangenheit und Gegenwart XXI), ist eine argentinische Philosophin und Forscherin am Zentrum für Studien über Amerika in Kuba, wo sie seit der Zeit der Militärdiktatur in Argentinien viele Jahre im Exil lebte. Sie arbeitete u. a. als Dozentin für Philosophie am der Universität Havanna und als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der kubanischen Gewerkschaftszentrale CTC.

Dieser Text ist die Fortsetzung des in Heft 206 (Dez. 2007) abgedruckten ersten Teiles – die Red.

Vgl. Antonio Gramsci: Cuadernos de la cárcel. Edición crítica completa a cargo de Valentino Gerratana. (Gefängnishefte, vollst. Ausgabe, kritisch hrsg. v. Valentino Gerratana, span.), Ediciones ERA-Universidad Autónoma de Puebla, México 2001. In deutsch erschienen: Antonio Gramsci: Gefängnishefte, Argument Verlag, Hamburg 1999.

Gesellschaft und damit auch in den Prozessen ihrer Transformation: Er ist nicht nur ein repressiver Überbau-Apparat, dessen man sich bemächtigen muss, um ihn später zu zerstören. Unter politischen Bedingungen, wie sie heute in Lateinamerika existieren, die soziale Transformationsprozesse in Demokratie ermöglichen, erweist sich der Staat in den Händen von Vertretern der entstehenden Volksmacht als ein Schlüsselinstrument, um zusammen mit der Regierung radikale Veränderungen anzustoßen, in erster Linie, indem er sich zur institutionellen Stütze des Gesellschaftsmodells erhebt, das man aufzubauen beabsichtigt (und das bereits im Aufbau begriffen ist). Von vitaler Bedeutung ist die Verknüpfung dieser Macht mit dem, was bereits von unten entstanden ist und von den Volkssektoren, die sich als kollektiver Akteur organisiert und konstituiert haben, aufgebaut wird.

Wie in den Prozessen in Venezuela, Bolivien, vielleicht auch in Ekuador offenbar wird, öffnet der Zugang zur Exekutive Türen, um Schlüsselbereiche des Staates erfolgreich zu lenken. Es wird möglich, soziale, ökonomische und kulturelle Veränderungen vom politischen Überbau her voranzustoßen, wenn diese von unten, mit der Beteiligung der sozialen Bewegungen, der soziopolitischen Organisationen und des ganzen Volkes betrieben und untermauert werden. Die Kombination von organisiertem Volk und Volksstaat als sozopolitische Struktur des exekutiven Instruments einer alternativen Volksregierung erweist sich zusammen mit einer Verfassungsreform als eine soziale, politisch-institutionelle und juristische Triade, die gleichzeitig als Fundament und Lebenskraft wirkt, um Kräfte für soziale Veränderungen zu bündeln, die den lokalen und nationalen und sogar den regionalen Bereich Lateinamerikas überschreiten.

Die regionale und die kontinentale Dimension sind im Kontext der Globalisierung lebenswichtig für die Transformation unserer Gesellschaften. Aber das ist nicht allein als eine geografische Dimension zu verstehen, sondern als ein komplexer, vielfältiger und unterschiedlicher Raum der Transformation, in dem sich Interdefinitionen herstellen, die auf das Ganze und jedes der Teile Einfluss nehmen.

Es ist wichtig zu begreifen, dass diese plurale, untereinander verbundene und voneinander abhängige Realität auch kollektive Rhythmen aufzwingt, die man beachten und mit denen man die lokalen Prozesse in Übereinstimmung bringen, verbinden muss. Man kann den Gang des Prozesses ein wenig »anschieben«, aber man darf ihn nicht so beschleunigen, dass dies dazu führt, sich vom Ganzen zu lösen, dass Auseinandersetzungen und Antagonismen aufkommen, die die Einmischung des Imperialismus erleichtern, der immer bereit ist, nichtkonformen Staaten und Politikern zu »helfen«. In solchem Fall könnte die einseitige Beschleunigung den kollektiven Prozess des Wandels hemmen, stören und sogar unmöglich machen, statt ihn zu stärken.

Eine Kunst der Politik besteht darin, die Strategien des Gegners zur Spaltung des Emanzipationsprozesses und der sozialen und politischen Kräfte, die ihn tragen, zu durchkreuzen; viel produktiver und angemessener ist es, sich dafür einzusetzen, dass das vertieft wird, was einigt, zusammenfügt und das gemeinsame Vorwärtsschreiten ermöglicht, statt das hervorzuheben, was unterscheidet und trennt.

Kulturelle Hegemonie und alternatives Projekt

Der Begriff *kulturelle Hegemonie* dient als ein analytisches Instrument, weil er das Verständnis von Herrschaft und Unterordnung in den gegenwärtigen Gesellschaften revolutioniert. Auf dieser Grundlage öffnet er der sozialen Kritik den Weg, da er ermöglicht, über das Diagnostische hinauszugehen. Genau darin wurzelt seine praktisch-transformatorische Bedeutung. Gewiss üben jene, die die materielle Herrschaft in der Hand haben, auch die geistige Herrschaft aus, aber entscheidend ist nicht nur das bewusste System von Anschauungen, Vorstellungen und Werten, das oktroyiert wird, das heißt die herrschende Ideologie, sondern dass die Gesamtheit der sozialen Prozesse durch diese spezifischen Werte und Anschauungsweisen erlebt und organisiert wird. Die praktischen Formen zu verändern, in denen diese sozialen Prozesse vor sich gehen, in denen sich die Werte usw. herausbilden, bestätigen oder verändern, das bildet die Basis für die Möglichkeit des Wandels und des Aufbaus einer Hegemonie des Volkes. Diese kann nur dann eine solche sein, wenn sie sich als ein neuer Typ von Hegemonie konstituiert (aufgebaut wird), das heißt mit einer anderen Logik als die, die man bekämpfen und überwinden will.

Das bedeutet einerseits, dass der Aufbau der Volkshegemonie immer die gleichzeitige (theoretisch-praktische) Demontage der Erscheinungsformen der Hegemonie der (alten) Herrschaft einschließt. Dafür ist es wichtig, zum Beispiel die alten Praktiken und Formen hierarchischer und vertikalistischer Strukturen umzugestalten, die noch in den sozialen und politischen Organisationen vorhanden sind, in den Beziehungen zwischen Genossen, in der Sichtweise und Analyse der Wirklichkeit, in den täglichen Verhaltensweisen, und immer danach zu streben, dass das öffentliche »Auftreten« mit dem privaten Verhalten übereinstimmt und umgekehrt.

Eine eigene alternative kulturelle Hegemonie aufzubauen, bedeutet somit, Praktiken und Postulate zu entwickeln, die sich radikal unterscheiden von denen der Hegemonie, die man verdrängen will. Man darf sich nicht darauf beschränken, Wege zu suchen, um eine neue Ideologie von Herrschaft und Hegemonie durchzusetzen. Eine neue, befreiende, gerechte, solidarische und ökologisch nachhaltige menschliche Zivilisation aufzubauen wird nicht realisierbar sein, wenn sich die Veränderungen darauf beschränken, die Gegenseite des Kapitals darzustellen, »die Tortilla zu wenden«; es geht nicht darum, eine Gegenhegemonie aufzubauen, sondern eine Kultur und ein politisches Bewusstsein, die sich radikal davon unterscheiden, die die Diskriminierungen, Hierarchisierungen und Ausschlüsse aller Art überwinden und auch mit jeglichem eingleisigen Denken Schluss machen.

Der erste Schritt liegt auf der Hand: Er besteht darin, die Funktionsweise, die Organisationsformen und die inneren und äußeren Beziehungen der sozialen und politischen Bewegungen zu pädagogischen Bereichen der Praktizierung des Neuen zu machen. Man darf nicht vergessen, dass, wie Che feststellte, das Beispiel die materiell-geistige Basis jeder Kraft des Wandels ist.

Hegemonie und Auseinandersetzung um das Alltagsbewusstsein

Die Hegemonie stellt eine Gesamtheit von Praktiken und Erwartungen in Bezug auf die Totalität des Lebens dar, sie ist nicht auf den Bereich des Ideologischen und seiner Formen der Kontrolle und Beherrschung beschränkt. In ihrer vielfältigen kulturellen Dimension stellt die Hegemonie einen »Sinn für die Realität« dar, der sich kulturell durch die Art der Produktion und Reproduktion des täglichen Lebens als »natürlich« aufzudrängen sucht, als Teil des so genannten gesunden Menschenverstandes darüber, wie die soziale Realität sein muss, der man angehört. So erklärt Williams sogar, dass die Hegemonie »im strengen Sinne eine Kultur ist, aber eine Kultur, die selbst als gelebte Herrschaft und Unterordnung einzelner Klassen betrachtet werden muss«. Diesen »Sinn für die Realität« in Frage zu stellen ist daher Kernstück der unvermeidlichen politisch-kulturellen Auseinandersetzung um den sozialen Wandel, die ständig geführt werden muss.

Zu berücksichtigen ist, dass die herrschende Hegemonie weder statisch noch unveränderlich ist, im Gegenteil, sie existiert als lebendiger Prozess, der Hegemonie und Herrschaft miteinander verkettet, ein Prozess, der ständig erneuert, verändert und neu legitimiert wird. Das gleiche gilt für die Widerstände, die dies hervorruft. Daher ist die politische und kulturelle Hegemonie nie absolut herrschend. Der Begriff Hegemonie deutet das selbst an: Es handelt sich um eine Überlegenheit über etwas anderes oder andere, die als Untergeordnete, Beherrschte und/oder Rebellen vorhanden sind. Diese untergeordnet-rebellierenden Kräfte stellen die soziale, politische und kulturelle Bastion für den Aufbau einer alternativen Hegemonie dar.

Die Strategie der Volksmacht ruft dazu auf, die embryonalen Formen eigener Hegemonie zu potenzieren, sie in einem kollektiven Prozess des Aufbaus der alternativen Hegemonie in ihrer Verknüpfung zu entwickeln. Damit kann sich das Lager der Volkskräfte in einen hegemonialen Block (oder eine hegemoniale Kraft) des Volkes verwandeln.

Der »Stellungskrieg«

Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Formen der Interaktion von Kultur und Politik Schlüsselemente darstellen, die in die Definition des allgemeinen Kräfteverhältnisses in einer gegebenen Gesellschaft in der einen oder anderen Richtung eingreifen. Die widerstreitenden sozialen Kräfte befinden sich in konstanter Konfrontation, Modifikation oder Stärkung ihrer Fähigkeiten zur Hegemonie und Herrschaft, und daraus ergibt sich eine lebendige und ständige wechselseitige Bestimmung der Kräfte und ihrer Aktionsfähigkeiten (Überlegenheit über die andere Seite), in deren dynamischem Verlauf sie eine komplexe politische Wechselbeziehung entwickeln. Das nannte Gramsci aus politisch-kultureller Sicht »Stellungskrieg«.

Macht von unten aufbauen bedeutet gerade, diesen »Stellungskrieg« auf ideologischer, politischer und kultureller Ebene zu entwickeln. Das heißt politisch-kulturelle Schlachten zu organisieren und zu entwickeln, die das Kapital delegitimieren, aber darüber hinaus auch aufzeigen – durch eine Praxis, die sich von der durch das

Kapital eingeführten unterscheidet –, dass eine andere Welt möglich ist, indem durch die Erfahrungen und Errungenschaften der sozialen Bewegungen gezeigt wird, dass die Gesellschaft, die angestrebt wird, bereits in ihrem Innern existiert, als Entwurf, in ersten kleinen Fortschritten.

Es sind die greifbaren und offensichtlichen Errungenschaften der täglichen Leistungen, die den überzeugendsten Beweis bilden, dass diese andere Welt möglich ist. Sie machen sichtbar, dass diese andere Welt, damit sie existieren möge, geschaffen werden muss, entworfen und aufgebaut von allen, von unten, durch die Verbindung von wachsenden Prozessen der Partizipation bei der Bestimmung des individuellen und kollektiven Lebenslaufes, das heißt durch das Zusammenfließen der individuellen und kollektiven Ermächtigungsprozesse. Es sind neue Formen der Entscheidung und Lenkung des Eigenen im Lager der Volkskräfte, die Formen der lokalen oder auch regionalen Ermächtigung darstellen, Grundlagen für die politisch-soziale Entwicklung des Bewusstseins und der untergründigen und unterdrückten Kulturen, für die Schaffung und wachsende Akkumulation eines neuen Typs von partizipativ-bewusster, nicht-entfremdeter Macht von unten, die auf vielfältige Weise verbunden und verflochten ist mit solidarischen Lebensweisen, die auf die globale integrale Umgestaltung der Gesellschaft hinführen.

Das heißt: Der Kampf für den Aufbau einer alternativen kulturellen Hegemonie wird nicht nur auf dem Gebiet der kulturellen Auseinandersetzung geführt, sondern zugleich auch auf dem Feld des politischen, ökonomischen, ethischen und sozialen Neuaufbaus. Der politische Kampf, der Kampf um die Macht ist ein komplexer historischer Prozess, in dem sich, in Verkreuzung der sozialen, politischen und sozialen Kräfte, jene politisch-soziale Kraft herausbildet und stärkt, die in der Lage ist, Alternativen auf allen Gebieten, auf denen der herrschende Block seine Hegemonie behauptet, zu schaffen und zu behaupten. Die Anstrengungen auf ihren Aufbau und ihre Konsolidierung zu richten, den Besonderheiten jedes politischen Augenblicks gerecht zu werden, bei der Verknüpfung, Organisation und kollektiven Ermächtigung auf jedem Kampfgebiet voranzuschreiten, das ist die wichtigste ideologisch-kulturelle, intellektuelle und praktische Herausforderung der Gegenwart.

Die Redaktion dankt Helma Chrenko ausdrücklich für die Übersetzung dieses wie auch des in Heft 206 (Dezember 2007) abgedruckten Textes von Isabel Rauber.

KLAUS MARETZKY

Adventismus: ein Stück unbewältigter Vergangenheit im Marxismus?

Zu Friedrich Tombergs Sozialismus-Konzept

Angesichts des Siegeszuges der kapitalistischen Globalisierung noch zu hoffen, dass die sozialistische Weltrevolution kurz bevorstehe, ins Werk gesetzt vom revolutionären Subjekt Arbeiterklasse, dürfte selbst hartgesottenen TraditionalistInnen schwer fallen. Warum dann von dieser »adventistischen« Erwartungshaltung, so nennt Tomberg¹ sie, dabei auf eine Charakterisierung des frühchristlichen Manichäertums zurückgreifend (30), heute noch Aufhebens machen? Adventismus: ja sicher, das wird man kaum leugnen können, das gab es, und vor allem im Osten, in der Sowjetunion, später noch in der DDR, aber jetzt im vereinten Deutschland und im noch nicht so ganz vereinten Europa, mal von ganz verbohrten Ewiggestrigen abgesehen? Nein, das ist schon lange her und schon lange mehr oder minder überwunden. Und das ist ja richtig, aber doch auch wieder nur die halbe Wahrheit. Auf das »mehr oder minder« kommt alles an: es rumort in den Köpfen, kaum eine/r glaubt mehr an die baldige Heraufkunft der sozialistischen Weltrevolution, kaum jemand würde noch auf das »revolutionäre Subjekt Proletariat« auch nur einen Cent verwerten, und dennoch: in den Köpfen ist vielleicht nicht mehr diese Vorstellung, aber stattdessen vielfach eine Leerstelle geblieben, eine Blockade auslösend, die auch der Entwicklung der Theorie nicht eben dienlich war. Dabei sind der Versuche, zu einer Neubestimmung des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus zu gelangen, nicht wenige und sie haben wichtige neue Einsichten gebracht. Zu diesen Versuchen gesellt sich der im Folgenden skizzierte Ansatz Tombergs. Ob er über die früheren hinausführt, wird man sehen müssen.²

Tombergs Ansatz

Der Sozialismus als Ziel bleibt: nur der Weg dahin ist angesichts der grundlegend veränderten gesellschaftlichen Realität neu zu denken. Das versucht Tomberg in Negation der Habermasschen Negation des Marxismus. Auch dieser wolle den Sozialismus »hier und jetzt«, und er behaupte, dass Sozialismus tatsächlich etwas ist, das schon – auch hier bei uns – existiert. Diesen Willen und die Erwartungshaltung, in der er gründet, teilt Habermas also mit dem »traditionellen« Marxismus. Aber sein Adventismus unterscheide sich von ihm darin, dass er sich durch jene grundlegende gesellschaftliche Veränderung belehren ließ. Doch Sozialismus im Kapitalismus, wie soll das gehen? »Keime« des Sozialismus ja, darin herrscht Einigkeit im Marxismus, traditionell oder nicht; Keime von Anfang an in Form

Klaus Maretzky – Jg. 1939, Dr. phil., Studium der Soziologie, Philosophie und Geschichte an der FU Berlin, Wiss. Assistent ebenda, danach tätig am FB Erziehungswissenschaften der Uni Göttingen. Diverse Veröffentlichungen zur Theoriediskussion.

1 In: Habermas und der Marxismus. Zur Aktualität einer Rekonstruktion des historischen Materialismus, Würzburg 2003. Seitenverweise in Klammern.

2 Im 1. Teil fasse ich seine über mehrere z. T. umfangreiche Kapitel verteilten Kernaussagen zum Thema, sie sind dort Bestandteil einer umfassenden Kritik an Habermas, kurz zusammen.

beispielsweise der gemeinschaftlichen Produktion der Arbeitenden in den Fabriken. Von Autonomie indes kann in ihnen keine Rede sein; im Gegenteil, diese Arbeit ist voll dem Kapital unterworfen (213). Keime ja, aber Sozialismus selbst, ist dieser nicht vielmehr das ganz Andere gegenüber der modernen bürgerlichen Gesellschaft? So habe es schon Marx gesehen (396). Natürlich kann man einwenden, Marx habe sich über den Sozialismus zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich geäußert, gelegentlich sogar davon gesprochen, vor allem, wenn er ihn gegen den Kommunismus abgrenzte, dass ihm noch ganz deutlich die »Muttermale« der alten, bürgerlichen Gesellschaft anhafteten. Richtig ist allerdings, dass seine revolutionäre Ungeduld ihm oft genug einen Streich spielte, was seine Erwartungen über das baldige Ende des Kapitalismus anging.

In Russland gelang tatsächlich die sozialistische Revolution, aber sie blieb auf dieses Land beschränkt, ein Land der Peripherie also. Lenin dürfte für Habermas wenig Vorbildcharakter besessen haben. Aber in Folgendem schon, bewusst oder unbewusst, obwohl in westlichen Nachkriegsdeutschland die Umstände wiederum ganz andere waren: was Lenins Neue Ökonomische Politik praktisch zu realisieren versuchte, versucht Habermas zu denken; die Koexistenz von Sozialismus und Kapitalismus in einem Lande nämlich (228 f.). Ein »Stück« Sozialismus findet er – in der demokratischen Verfassung ausgerechnet der kapitalistischen Klassengesellschaft. Das ist bezweifelbar und wenig genug, aber könnte immerhin etwas sein – und der Hauptvorwurf Tombergs an die Adresse des Marxismus ist denn auch der, mehr oder minder unbeeindruckt von der radikalen Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse in Europa und in der Welt zu lange an der Vorstellung festgehalten zu haben, der Sozialismus könne nur als Ganzes oder gar nicht errungen werden, alles übrige incl. »bürgerlicher« Demokratie sei weit entfernt davon, selbst schon ein »Stück« Sozialismus zu sein oder auch nur ein Mittel, ihm dadurch näher zu kommen. Der Vorwurf ist zumindest nicht völlig aus der Luft gegriffen: oft genug ist die Demokratiefrage recht stiefmütterlich behandelt worden.

Selbstverständlich reicht es nicht, Sozialismus weitgehend auf Selbstbestimmung zu reduzieren, so wie Habermas es tut. Es geht auch Tomberg um Selbstverwirklichung, und zwar im Sinne des »guten Lebens« *aller*³, und um das zu erreichen, bedarf es einer grundlegenden Veränderung der ökonomischen Basis; darin ist er sich mit dem »traditionellen« Marxismus einig. Nur hat es eben damit seine Schwierigkeiten, wie wir alle wissen. Und soweit und solange der Marxismus auf deren Veränderung »hier und jetzt« besteht, also am »Adventismus« festhält, verbaut er sich den Blick auf den *Weg*, der zu jener Veränderung zuallererst führen könnte, und das wenigstens teilweise Erreichen von Selbstbestimmung etwa durch Ausbau der demokratischen Verfassungsrealität in Richtung Verfassungsideal⁴ könnte selbst so eine Etappe hin zu jenem Ziel sein. Und diese Etappe schließt wiederum ein – den Kapitalismus zu durchschreiten, ihn als »Umweg« oder vielmehr als den heute, wie es scheint, allein möglichen Weg dahin zu akzeptieren. Der Marxismus allerdings tut sich damit zumindest sehr schwer, heute mehr

Darauf aufbauend, schließe ich im 2. Teil einige Überlegungen zur aktuellen Situation an, ausgehend von der Frage, warum der »Adventismus« so lange überleben konnte.

3 Selbst dort, wo Habermas, selten genug, von Selbstverwirklichung spricht, wird sie nur als Form »individueller Freiheit« thematisiert (35).

4 Die *Beschränkung auf individuelle Menschenrechte* allerdings ist – hier passt das Wort – bürgerlich borniert, insofern kann selbst

das westliche Verfassungs-*ideal*, anders als Habermas postuliert, allenfalls ein Stück Sozialismus mit gravierenden Einschränkungen sein. Notwendig wäre die Verknüpfung von individueller Freiheit mit »gesellschaftlicher Selbstbindung« – sie wäre nach Tombergs Ansicht erst im Weltstaat voll realisierbar (401).

denn je, da kapitalistische Globalisierung und Neoliberalismus das Ziel in utopische Ferne entrückt zu haben scheinen.

Da Tomberg nicht das Basis-Überbau-Theorem selbst, sondern nur seine ökonomistische Interpretation verwirft, ist ihm die Autonomie des Überbaus im Gegensatz zu Habermas (229) keine absolute, sondern nur eine »relative«. Beide Bestandteile des Terminus sind gleich wichtig: es besteht kein *starres* Determinationsverhältnis zwischen Basis und Überbau, aber es besteht eines, wobei nach wie vor die ökonomische Basis als das determinierende Element gefasst ist: es besteht ein Handlungsspielraum, der enger oder weiter sein kann – in Abhängigkeit von den spezifischen Möglichkeiten, die eben jene Basis selbst überhaupt erst schafft und zugleich begrenzt. Sie schafft damit zugleich aus sich heraus die Grundlagen für ihre eigne Veränderung mit entsprechenden Konsequenzen in Richtung Erweiterung jener Handlungsmöglichkeiten. Welche davon ergriffen werden, das hängt ab von den Entscheidungen, die sich in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durchsetzen.

Der auch nur relativen Autonomie der Politik ausgerechnet im Zeitalter der kapitalistischen Globalisierung das Wort zu reden, scheint aberwitzig: der »Primat der kapitalistischen Ökonomie« oder umgekehrt die weitgehende Ohnmacht zumindest der kleineren Nationalstaaten gegenüber den global operierenden Konzernen ist unübersehbar – aber, und das bestätigt wieder Tombergs These, sie ist doch nur *vorübergehend*; die inneren Entwicklungsbedingungen der kapitalistischen Globalisierung selbst treiben darüber hinaus. Die Konzerne und als Folge davon der jeweilige Staat geben nur den Druck weiter, unter dem sie selbst in wachsendem Maße auf dem Weltmarkt stehen. Bis heute hatte der Kapitalismus den Menschen der Region, von der er seinen Ausgangspunkt genommen hat, Europa und den USA vor allem, zu einer privilegierten Stellung in der Welt verholfen. Inzwischen bieten die Schwellenländer, allen voran China, ökonomisch und politisch den bisherigen kapitalistischen Zentren immer erfolgreicher Paroli. Schon diese Ausbildung multilateraler politischer Strukturen im Weltmaßstab vergrößert den politischen Handlungsspielraum, auch im alten Europa, zumal wenn und soweit es ihm seinerseits gelingt, die engen nationalstaatlichen Grenzen zu sprengen. Bisher allerdings wird er eher dazu genutzt, um die Privilegien, die die kapitalistische Entwicklung dem »Westen« bis jetzt gebracht hat, zu erhalten, koste es, was es wolle – obwohl in der Konsequenz der Globalisierung langfristig genau die Beseitigung dieser Privilegien angelegt ist. Die kapitalistischen Bedingungen der Globalisierung aber machen es, dass dieser Prozess sich bisher weitgehend anarchisch und gewalttätig, ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzt. Er wäre stattdessen bewusst voranzutreiben hin zu seinem einzig vernünftigen Ende, zur Ausbildung der einen Menschheit, in der es keine Klassen mehr gibt; der Anfang wäre gemacht mit der Überwindung des Gegensatzes zwischen den privilegierten (»abendländischen«) Völkern und dem Rest der Welt.

Willensfreiheit: das ist Selbstbestimmung als Potenz, die im politischen Raum als Demokratie wirklich ist. Dass die Selbstverwirklichung aller, wie bei Habermas geschehen, auf der Strecke blieb, ist nicht zwangsläufig. Der Primat der kapitalistischen Ökonomie mag

derzeit in der Tat übermächtig sein, doch die intensive Inanspruchnahme der Selbstbestimmung auf der politischen Ebene ist einerseits Selbstzweck: wie Habermas meint, gar gelebter, wenn auch sehr reduzierter Sozialismus; andererseits Mittel, das den Weg, durch die Selbstentwirklichung im Kapitalismus hindurch, hin zur vollen Selbstverwirklichung aller ebnen kann. Es ist zur Zeit womöglich das wichtigste, das uns zur Verfügung steht, um auf die durch die kapitalistische Globalisierung selbst bewirkten objektiven Veränderungen direkt oder indirekt Einfluss zu nehmen, anfangs sicher in einem äußerst bescheidenen Umfang.

Ein Materialismus, der den Idealismus als sein Moment an sich hat oder, wie Tomberg sagt, der historische Materialismus als »Synthese von Materialismus und Idealismus«⁵ kann sich also dem Problem der Willensfreiheit stellen, ohne sie zu verabsolutieren, wodurch menschliches Handeln sich auf reine Willkür reduzierte. Es heißt nur: Das Notwendige, das nicht subjektiv ergriffen wird, bleibt ungenutzte Möglichkeit mit Konsequenzen für den eigenen Möglichkeitshorizont. Objektive Bedingungen können dahin *drängen*, dieses zu tun, jenes zu lassen, doch an den Subjekten ist es, ob und wie sie sich drängen lassen und wohin; aber das hat wiederum objektive Folgen: so »drängte« manches nach dem Ersten Weltkrieg in Richtung sozialistische Weltrevolution. Diese Möglichkeit wurde vom westeuropäischen, insbesondere deutschen Proletariat nicht ergriffen. Damit war sie nicht endgültig vom Tisch, aber vertagt auf einen sehr fernen Zeitpunkt. Sie war auf einen andren (komplizierteren, dornenreicheren?) Weg verwiesen, der nicht nur die langfristige Koexistenz von Kapitalismus und Sozialismus zur Vorbedingung hat, das wäre vielleicht auch bei einer erfolgreichen Weltrevolution unvermeidlich gewesen (s. Lenins NÖP), sondern wahrscheinlich auch für lange Zeit die *Dominanz* des Kapitalismus innerhalb dieser Koexistenz einschließt. Eben das, und dass der Marxismus diese neue Ausgangssituation immer noch nicht zureichend theoretisch bewältigt hat, ist unser Thema.

Der Sozialismus als »Keim« ist nach wie vor da, ja mehr denn je: die rasante Entwicklung des »gesellschaftlichen Gesamtarbeiters« (Marx) und seines Qualifikationsniveaus in den entwickelten kapitalistischen Ländern zeigt es an. Das dem Sozialismus adäquate Entwicklungsstadium des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters ist ansatzweise schon erreicht; es ist der Beginn der allseitigen Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten und Kräfte auch in der Arbeiterklasse, aber noch mehr oder minder rigide verteilt auf eine wachsende Vielzahl von Personengruppen; auch der Gegensatz von disponierender und ausführender Arbeit wird zu einem innerhalb der Arbeiterklasse (im weiteren Sinn) selbst. Dieser Entwicklungsgrad des sozialistischen »Keims« noch unter kapitalistischen Bedingungen⁶ ist somit zugleich einer der wesentlichen Gründe dafür, warum das revolutionäre Subjekt, jedenfalls als klassenbewusstes Proletariat, sich verabschiedet hat – mehr oder minder weltweit, selbst dort, wo es gelang, einen »Sozialismus in einem Lande« durchzusetzen und auch wo er nicht »zurückgerollt« wurde, also in China und Vietnam etwa. Den Sozialismus als Ergebnis der Weltrevolution – hier und jetzt, also irgendwann in nächster Zeit zu erwarten, nein, das ist historisch

5 Die »strenggläubigen Marxisten« hätten den Gedanken an eine solche »Synthese« als »völlig unmarxistisch« (254) verworfen. Aber was ist das für ein *Materialismus*, der zugleich sein Gegenteil ist? Das Ergebnis einer Synthese beider wäre doch wohl ein Drittes.

6 Ausführlicher thematisiert von mir in: Arbeiterklasse – wohin? In: Z 60, Dez. 2004; ferner (zus. mit G. Christe) in: Arbeitsteilung ohne Ende? Zum Verhältnis von Technik- und Subjektentwicklung, in: Sozialismus, H. 7, 1986.

überholt. Doch nicht nur zu erwarten, sondern Realität mag er schon jetzt sein: nicht als Ganzes, aber doch als ein »Stück« Sozialismus im Kapitalismus, wie groß oder klein und in welcher Konstellation auch immer: im Rahmen einer eindeutig kapitalistischen Klassengesellschaft mit demokratischer Verfassung, deren Sozialismus Habermas zufolge eben in dieser Verfassung und nur darin besteht; oder einer Transformationsgesellschaft mit einem immer noch bestimmenden Staatssektor und erklärtermaßen sozialistischer Politik, der wie bislang erhebliche Elemente einer Erziehungsdiktatur anhaften.

Tomberg knüpft an Habermas an, bestreitet aber entschieden den Universalanspruch, den Habermas dabei für das »westliche Modell« bzw. dessen Verfassung erhebt (z. B. 399 f.). Das eine ist so einseitig (»halbiert«) wie das andere. Und die »Lebenswelt«, aus der auch die politische Verfassung als radikaler Demokratie erwachsen soll, ist für ihn, anders als für Habermas, traditionell marxistisch: Überbau. Aber soviel ist richtig: Der Kapitalismus selbst generiert eine politische Sphäre, die tendenziell allen Menschen selbstbestimmtes Handeln, wenn auch beschränkt auf diese Sphäre und auch dort nur in gewissen Grenzen, ermöglicht – die Demokratie. Selbstbestimmung aber ist wie wir wissen, Moment der Selbstverwirklichung aller; letztere ist Kern dessen, was Sozialismus beinhaltet, aber bei kapitalistischer Basis selbst unmöglich bzw. möglich nur in der Form seines Gegenteils, als »Keim«, als in unterschiedlichsten Formen vergesellschafteter Lohnarbeit. Das Moment von Sozialismus indes ist mehr als bloß »Keim«, es ist ein »Stück« Sozialismus selbst: Selbstbestimmung aller in Form der Teilhabe aller am politischen Handeln, wie reduziert sie im konkreten Fall auch sein mag, etwa auf den Gang zur Wahlurne alle paar Jahre. Aber dieses Stück kann tendenziell vergrößert werden, wenngleich die kapitalistische Basis dem eine unüberschreitbare Grenze setzt: Demokratie ist hier zugleich Diktatur der Bourgeoisie. Diese widersprüchliche Einheit existiert für Habermas nicht, er denkt ja »Lebenswelt« als vom (ökonomischen) »System« abgekoppelt: Demokratie ist zwar stets gefährdet, aber immer nur durch »Kolonisierungs«versuche von außen. Doch auch eine vielleicht immer noch existente Variante des Marxismus sieht umgekehrt nur das eine: Demokratie im Kapitalismus ist Diktatur der Bourgeoisie und nichts anderes.

Habermas mag indes eine merkwürdige Auffassung von (»real existierendem«) Sozialismus haben, in ihr jedoch, so Tomberg, steckt ein hochaktueller Kern. Sollen die Menschen sich für den Sozialismus erwärmen, ohne dass sie von der Revolution als einer aktuellen Notwendigkeit mitgerissen werden, dann muss ihnen schon plausibel gemacht werden können, dass dieser Sozialismus möglich ist, bzw. es muss geklärt werden, was denn ohne Revolution heute anzustreben wäre, um zu ihm zu gelangen. Das Stück Sozialismus in der politischen Sphäre ist allerdings nicht genug, Habermas' Hoffnung trügerisch, die Demokratie könnte letztlich ohne Veränderung der ökonomischen Basis sich »vollenden« und somit der (bei ihm auf Selbstbestimmung reduzierte) Sozialismus als ganzer Realität werden. Die Entwicklung von politischer Selbstbestimmung, also die Entwicklung der Demokratie in einer Gesellschaft mit kapitalistischer Basis, muss somit, wenn sie nicht ins Leere laufen soll, sich

auf eine Perspektive jenseits des Kapitalismus richten: darauf, schrittweise Bedingungen zu schaffen, derart dass diese kapitalistische Basis sich allmählich überflüssig macht, unter Nutzung des Prozesses, den sie selbst in Gang gesetzt hat, dem der Globalisierung. Es gibt also eine Alternative jenseits des Gegensatzes von Reformismus und Revolutionsromantik. Der Reformismus hat die Revolution auf den St.-Nimmerleins-Tag verschoben, aber sie ist kein Gespenst, so wenig wie die Bewegung, die auf sie zielt. Aber diese existiert nicht mehr (allein) in Form der revolutionären Arbeiterbewegung, sie hat eine sehr viel breitere gesellschaftliche Basis, ist aber dafür auch in ihrer Zielsetzung auf den ersten Blick viel weniger eindeutig.

Zur gegenwärtigen Situation

Der Kapitalismus selbst geht mit dem Sozialismus schwanger. Anfangs existierte dieser »Keim« nur in Form der Gemeinschaftlichkeit der (Fabrik-)Arbeit und sie vereinte immer mehr Arbeitende an einem Ort. Das war die wichtigste Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen die gleichzeitig damit verbundenen miserablen Arbeitsbedingungen. Angeleitet von einer revolutionären Avantgarde in Gestalt der Arbeiterpartei, so glaubten Marx und Engels und ihre unmittelbaren Nachfolger, würde sich daher zuerst in den hochindustrialisierten Ländern Westeuropas ein klassenbewusstes Proletariat herausbilden und damit das Subjekt der kurz bevorstehenden Weltrevolution. Im Laufe der Zeit zeigten sich zunehmend Risse in diesem Konzept. Die Vermittlung von Klassenbewusstsein zeigte sich gerade bei der Arbeiterklasse jener Länder, die doch Vortrupp der Weltrevolution hatten sein sollen, als besonders schwierig bis unmöglich. Die materielle Situation der Arbeitenden verbesserte sich, aber umso weniger schienen sie bereit, ihrer Mission als revolutionäres Subjekt gerecht zu werden: sie hatten zunehmend mehr als nur ihre Ketten zu verlieren.

Es waren, wie einst beim Versuch, das ptolemäische Weltsystem zu retten, etliche, immer kompliziertere Zusatzprämissen zu berücksichtigen, um nach wie vor an die baldige Heraufkunft der Weltrevolution zu glauben, sie »hier und jetzt erwarten« zu können. Eine gewisse Verzögerung beispielsweise war wohl hinzunehmen, auch einige andere objektive und subjektive Beeinträchtigungen, die man eben umso intensiver angehen musste, um sie abzustellen; jedenfalls war und blieb die sozialistische Weltrevolution auf der »Agenda« der Gegenwart oder doch zumindest der nächsten Zukunft. Sind wir, tief innen, immer noch Ptolemäer geblieben?

Dass der »Adventismus« im Marxismus überleben konnte, lange nachdem die Realität ihn obsolet werden ließ, scheint mir in Folgendem begründet zu sein. In Russland, vor allem nach der Niederlage gegen Deutschland 1917, kam zusammen, was in den kapitalistischen Zentren nicht zusammenkam: eine fundamentale Schwächung der herrschenden Klasse und eine Situation, in der die unteren Klassen, Bauern und die in Anfängen vorhandene Arbeiterklasse, wirklich nichts mehr zu verlieren hatten, nur ihre Ketten. Offenbar sah die Mehrheit des deutschen Proletariats für sich das ganz anders, zumal die Schwächung der deutschen Bourgeoisie trotz eigener Nieder-

lage begrenzt blieb und der revolutionäre Flügel der Arbeiterbewegung schon Anfang 1919 seiner führenden Köpfe, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, beraubt wurde. Eine Kettenreaktion, die auch die übrigen Länder des kapitalistischen Zentrums in den revolutionären Sog gezogen hätte, war damit unwahrscheinlich geworden und trat auch nicht ein. Die Hoffnung auf eine baldige sozialistische Weltrevolution, sie war es schließlich gewesen, die die Revolutionäre in Russland selbst beflügelte hatte, war damit ohne reale Grundlage.

7 Damals mochte sie als zeitlich eng befristete Lösung erscheinen, der geringen Entwicklung des Kapitalismus in Russland geschuldet; heute sieht es so aus, dass sie wohl eher ein ganzes Zeitalter bestimmen wird.

8 Die Dogmatisierung dieser bornierten Art von Sozialismus pur hatte einst alle Konzeptionen einer Koexistenz von Kapitalismus und Sozialismus in einem Lande, obwohl Lenin selbst versucht hatte, eine solche in die Praxis umzusetzen, unter generellen Revisionismus-Verdacht gestellt. Sie zu akzeptieren, hätte ja vorausgesetzt, den real existierenden Sozialismus als die sehr hinfällige Frühgeburt zu sehen, die er war und unter den spezifischen historischen Umständen, verstärkt durch die Defizite der zentralen Führerpersönlichkeit, Stalin, wohl nur sein konnte. Unberührt davon bleiben die historischen Verdienste dieses Realsozialismus: u. a. indem er die nationalen Befreiungsbewegungen in der Peripherie in vielerlei Gestalt unterstützte und Schutzschild Chinas war, das sich Exkapaden wie die Kulturrevolution nur leisten konnte, weil schon die pure Existenz der Sowjetunion eventuelle Gelüste der USA, diese Situation für sich auszunutzen, im Keime erstickte; von der DDR als »drittem Tarifpartner« gar nicht zu reden.

Der Sozialismus aber war in der Welt, nicht bloß als »Keim« oder als »Stück«, sondern ganz und gar, allerdings nur »in einem Land«. Doch was war das für ein Sozialismus? Sowjetrußland lag ökonomisch am Boden und die siegreichen Klassen der Bauern und Arbeiter waren nur sehr unzulänglich oder gar nicht darauf vorbereitet, die ökonomische und politische Macht auszuüben. Letzteres tat die Partei, de facto immer mehr die Parteiführung stellvertretend für sie; weitgehend überfordert war auch sie, was die Entwicklung der ökonomischen Basis anging. Lenins Neue Ökonomische Politik war der Versuch, diesem Sozialismus in einem Land durch Zulassung eines kapitalistischen Sektors bessere Startbedingungen zu geben, zumal Entwicklung vornehmlich erst einmal »nachholende« Entwicklung sein musste. Diese Konzeption einer Koexistenz von sozialistischer Politik und kapitalistischer Basis kam, anders als die der Koexistenz zweier »Lager«, in der späteren Sowjetunion nicht zum Zuge. Aber es ist gewissermaßen die Geburtsurkunde einer Konzeption, die – den völlig veränderten welthistorischen Umständen Rechnung tragend – den Sozialismus zwar wie eh und je »hier und jetzt« will, aber die bis auf weiteres notwendige Existenz einer kapitalistischen Basis akzeptiert, weil sie die immer noch effektivste Form der Entwicklung der Produktivkräfte ist.⁷

Der Absage Stalins an die NÖP kam trotzdem ein gewisses historisches Recht zu: die Sowjetunion blieb auf sich allein gestellt; schlimmer noch, ihre Einkreisung war real, nicht nur eingebildet, mit Nazi-Deutschland stand der erbitterteste Feind unmittelbar vor den eignen Grenzen; die nachholende Entwicklung wurde forciert, aber musste sich mehr und mehr auf den Auf- und Ausbau der Rüstungsindustrie konzentrieren; alles dies waren keine guten Voraussetzungen für die Zulassung eines mehr oder minder starken kapitalistischen Sektors, dessen wirksame Kontrolle weitere Kräfte gebunden hätte. Sie begünstigten umgekehrt die über das vielleicht unvermeidliche Maß an Erziehungsdiktatur weit hinausgehende Diktatur Stalins (»Stalinismus«).

Fazit: Dieselbe historische Entwicklung, die dem Adventismus die reale Grundlage entzog – keine sozialistische Weltrevolution, weil kein revolutionäres Subjekt Proletariat im Westen – sorgte dafür, dass er gleichwohl im Marxismus virulent bleiben konnte: Denn der Sowjetunion gelang es ja wirklich, allen Widrigkeiten zum Trotz, den Sozialismus aufzubauen. Natürlich waren die Defizite dieses real existierenden Sozialismus nicht zu übersehen, von den in seinem Namen begangenen schweren Verbrechen ganz zu schweigen; aber in einem Punkt erschien er schon als der Sozialismus ganz und gar⁸ und insofern als modellhaft: indem er keinerlei Konzessionen

an den Kapitalismus machte – tatsächlich lag genau dort der Ursprung all seiner Defizite, denn ohne Koexistenz mit dem Kapitalismus war sein Entwicklungspotential begrenzt, wie sich später zeigen sollte, nicht zuletzt deshalb, weil er die noch gar nicht so recht entwickelte Individualität der Einzelnen weitgehend abwürgte. Dieser Geburtsfehler wurde, soweit überhaupt, zu spät erkannt und falsch behandelt. Und welche Lehren daraus zu ziehen wären, darüber stritten und streiten die trauernden Hinterbliebenen noch heute.

So mögen auch viele »westliche« MarxistInnen AdventistInnen geblieben sein, enttäuschte allerdings und das Schwanken zwischen Enttäuschung und Hoffnung ist es zuweilen noch heute, was den Umgang mit dem Objekt der einstmaligen Erwartungen bestimmt: dem Proletariat. Die Unterscheidung zwischen Verbürgerlichung und Verstaatsbürgerlichung des Proletariats galt wenig oder verwischte sich. Denn die hiesige politische Verfassung war »bürgerliche« Demokratie und sonst nichts; ganz bestimmt nicht Einstiegstor zum Sozialismus, ja gar ein »Stück« Sozialismus selbst, nicht einmal beschränkt auf die demokratische Verfassung als Ideal. Aber schon diese Unterscheidung zwischen ihm und seiner jeweiligen Realisierung selbst wäre vielen als bürgerlicher Bullshit erschienen. Schließlich war die politische Sphäre »bloß« abgeleitet; Veränderungen, »grundlegende« wohlgemerkt, denn natürlich ist auch eine bürgerliche Demokratie immer noch besser als gar keine, von dort her zu erwarten demnach eine ideologische Abgeschmacktheit.

Auch Marx und Engels, erst recht ihre Nachfolger hielten die demokratischen Institutionen, insbesondere das Parlament, im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft für eine geeignete Plattform zur agitatorischen und propagandistischen Vorbereitung der Revolution. Mehr nicht, sie hielten sie eher für einen Teil des Problems als schon für einen Teil seiner Lösung. Solange die herrschende Klasse sie tatsächlich weitgehend zur Unterdrückung des Proletariats einsetzte, war diese Sicht der Dinge vollkommen richtig. Selbstverständlich tut sie das auch noch heute, aber mit wesentlichen Einschränkungen: sie kann das Proletariat, beginnend in Deutschland schon mit Bismarcks Sozialgesetzgebung, immer weniger durch direkte Unterdrückung in Schach halten, sie muss ihm eine (wie immer bescheidene) Teilhabe am ökonomischen Reichtum gewähren und es in wachsendem Maße an der politischen Macht beteiligen – als ihren Juniorpartner gewissermaßen: die Lohnabhängigen wurden zu BürgerInnen. Die Folgen, was die Verkümmern von Klassenbewusstsein etc. angeht, kennen wir. Aber BürgerIn sein, hat wie bekannt, doch leider zu selten erkannt, noch eine andre Bedeutung als die, im pejorativen Sinn »verbürgerlicht« zu sein. Alle sahen die Veränderungen, aber was waren das für welche, gemessen selbst am real existierenden Sozialismus, der doch vor allem deshalb noch so wenig anziehend, so wenig entwickelt war, weil die Arbeiterklasse hier für ein Linsengericht sich hatte ruhig stellen lassen. So sahen es viele. Verbissen hielten daher so manche allzu lange an dieser Linie fest: verdammt noch mal, wie kriegen wir in sie Klassenbewusstsein hinein, um sie endlich wieder für die eigentliche Sache, die Revolutionierung der Gesellschaft zu begeistern, damit endlich die unterbrochene Arbeit wieder aufgenommen werden kann: die Vollendung der sozialistischen Weltrevolution.

Nachdem der osteuropäische Realsozialismus im Siechtum versank und schließlich unterging, setzten etliche ihre letzte Hoffnung auf China. Gewiss, der »Große Sprung nach vorn« und die so genannte Kulturrevolution inspirierten allenfalls ausgesprochene Revolutionsromantiker. Aber so war er nun einmal, der real existierende Sozialismus, selbst in China, wenn auch ganz anders. Er wenigstens würde, müsste sich weiterentwickeln lassen. Dann der Schock: der Reformkurs der neuen KP-Führung seit Ende der 70er Jahre, verstärkt seit den 90er Jahren, war gekennzeichnet vor allem durch eine (Re)Kapitalisierung der ökonomischen Basis. »AdventistInnen« interpretierten den Weg »vom Staatssozialismus zum Staatskapitalismus« als Rückschritt und mochten dies als endgültige Kapitulation gegenüber der Neuen Weltordnung nach neoliberalen Muster ansehen.⁹

9 Noch bis in die jüngste Zeit: s. den Aufsatz von H. Cho (in Z 67, Sept. 2006) und die Bemerkungen von Helmut Peters und meine eigenen dazu in Z 68, Dez. 2006.

Tatsächlich kann man den »chinesischen Weg« als Wiederbelebung und Weiterentwicklung der Leninschen NÖP deuten (228, 425), basierend auf der Einsicht, dass der Sozialismus in einem Land, überhaupt in einzelnen Ländern, angesichts der drückenden Dominanz des Kapitalismus im Weltmaßstab – allenfalls – in Koexistenz mit einer kapitalistischen Basis überleben kann. Der Staatssozialismus, in dem nach sowjetischem Vorbild kein Stück Kapitalismus geduldet wurde, war je länger je mehr ökonomisch ineffizient und politisch unhaltbar geworden. Der Sozialismus als Ziel ist damit nicht aufgegeben, nur ist seine Zeit noch nicht gekommen. Die Risiken dieses Weges sind nicht zu übersehen, Scheitern inbegriffen; aber eine Alternative dazu ist nicht in Sicht. Immerhin: China und eine Reihe von andren Schwellenländern werden ökonomisch und damit auch weltpolitisch immer stärker, und gerade ihre (Re)Kapitalisierung macht sie zu einer ernsthaften Herausforderung für die westliche Konkurrenz – egal unter welchen Vorzeichen sie sich künftig entwickeln sollten.

An der Individualisierung geht kein Weg vorbei, »die weltgesellschaftliche Einhegung der kapitalistischen Produktionsweise« fordert aber ein »den Europäern fremd gewordenen Gemeindenken«. Sollte den Menschen der Peripherie beides gelingen, Individualisierung *und* die Bewahrung ihres Gemeindenkens, aber unter Ablösung »von den traditionellen Vorgegebenheiten«, »dann ... würde mit einem Mal Europa (es) sein, das sich gegenüber der Weltentwicklung als rückständig erweist.« (401) Tomberg denkt dabei durchaus und wohl in erster Linie an China, wenn er von der Möglichkeit spricht, dass sich dort zuerst das »Zukunftsmodell« durchsetzen könnte (425), worin beides miteinander verschmolze und die bisher getrennten Hälften sich zusammenfügten: »westlicher« Individualismus und »östlicher« Kommunitarismus. Wie auch immer: Der Kapitalismus wird uns so oder so noch lange Zeit, wahrscheinlich hunderte von Jahren, erhalten bleiben. Und ob eine eventuelle Vorreiterrolle Chinas oder der asiatischen Region im Ganzen die gesellschaftliche Frostperiode auf globaler Ebene verkürzen wird, hängt vor allem davon ab, wie der »Westen« und seine Menschen auf diese Herausforderung reagieren werden. Wie wir wissen, besteht in dieser Frage bislang kein Grund zu übertriebenem Optimismus.

In jedem Fall bedeutet der Aufstieg Chinas und anderer Schwellenländer erst einmal einen enormen Druck auf die Löhne und die Le-

benssituation der Menschen hier – durch Verschärfung des Rationalisierungstempos, zunehmende Produktionsverlagerungen in Billiglohnländer u. ä., mit dem die Konzerne auf die sich verschärfende Konkurrenz im globalen Maßstab reagieren. Hegel würde es die List der Vernunft nennen: Die kapitalistische Globalisierung setzt damit einen weiteren wichtigen Prozess in Gang: den des allmählichen Ausgleichs der Lebenssituation der Menschen in den verschiedenen Weltregionen. Er ist selbstredend genauso ungewollt und unvermeidlich wie der Aufstieg der Schwellenländer selbst, ebenfalls mit Brachialgewalt sich durchsetzend und daher mit enormen sozialen und sonstigen Kosten verbunden, u. a. einer extrem ungerechten Verteilung der Lasten hier wie dort. Doch er ist wie jener Aufstieg eine zentrale Voraussetzung dafür, dass die »Weltgemeinschaft« Realität wird und nicht dummes Geschwätz der Privilegierten bleibt, die sich in aller Unschuld mit ihr identisch wähnen. Wollen wir diesen Prozess in vernünftigeren, weniger gewalttätigen Bahnen lenken und in diesem Sinn »einhegend« wirken, werden wir den Druck von außen nur nutzen können, wenn wir Solidarität mit jenen entwickeln, von denen er ursprünglich ausgeht, mit den Menschen der Peripherie. Die Verteidigung des Status quo jedenfalls ist keine ausreichende Antwort auf die gegenwärtigen Zumutungen. Ganz im Gegenteil. Wir werden lernen müssen, und das fällt den meisten von uns »voll individualisierten Europäern« (401), egoistisch bis auf die Knochen, extrem schwer, bewusst mit den anderen zu teilen. Solidarverhalten wurde uns allenfalls auf die bekannte brachiale und selbstsüchtige Art eingebläut, in der bisher schon selbst das gesellschaftlich Notwendige durchgesetzt wurde; heute auf dem Wege mehr oder minder drastischer Reformen, bei denen wie eh und je die Stärkeren sich auf Kosten der weniger Starken möglichst schadlos zu halten versuchen: die Unternehmer auf Kosten der Lohnabhängigen, die Arbeitenden auf Kosten der Prekarisierten, die Wessis auf Kosten der Ossis, die Einheimischen auf Kosten der Immigranten etc.

Perspektivisch geht es um unser aller aktives Mittun am nationalen wie globalen Reichtumsausgleich, Reichtum im weitesten Sinne verstanden. Dies wäre eine der Vorbedingungen, um aus unserer immer noch anhaltenden Ohnmacht herauszufinden. Nur so könnte uns allmählich die politische Kraft zuwachsen, die Kapitalisten und die politische Klasse daran zu hindern, die Schwächeren unter den bisher Privilegierten die Zeche für die globale Verschiebung der ökonomischen und politischen Gewichte allein bezahlen zu lassen – also in Form wachsender Massenarbeitslosigkeit einerseits, Verlängerung der Arbeitszeiten bei sinkenden Löhnen zugunsten steigender Gewinne andererseits. Dabei wäre ein solcher willentlicher globaler Reichtumsausgleich, der die Reichen und Mächtigen dieser Erde (aber eben auch die Völker der bisher privilegierten Regionen insgesamt) zunehmend in ihn mit einbezieht, im längerfristigen Interesse auch der herrschenden Klassen des Zentrums selbst: Einen kleinen Vorgesmack, wie leicht bei der heutigen politischen Machtverteilung, also fast ungebremst, die produktiven Kräfte der kapitalistischen Produktionsweise in destruktive, selbstzerstörerische umschlagen können, bietet die Entwicklung im Nahen und Mittleren

Osten, aber auch die wachsende Anfälligkeit von hiesigen underdogs für Parolen von rechts.

Die Situation der Herrschenden hier ist, global gesehen, auch unsere Situation, nur in potenzierte Form: wir alle sind privilegiert, verglichen mit den Menschen im »Rest« der Welt; entfremdet sind wir, aber es ist eine vergleichsweise wohlige Form der Entfremdung. Gewiss nicht von einer allgemeinen Einstellungs- und Verhaltensänderung allein, aber auch davon wird abhängen, ob wir den »Zusammenstoß der Kulturen« noch im Anfangsstadium stoppen können oder nicht. Auf eine Formulierung Mao Zedongs zurückgreifend, spricht Tomberg vom Widerspruch zwischen »Norden« und »Süden« als dem gegenwärtigen »Hauptwiderspruch«, der den »Grundwiderspruch« zwischen Kapital und Arbeit zugleich überlagert und ihm die spezifische Form gibt, in der er sich bewegen kann. Diese Konstellation existiert, der Rückgriff auf Mao allein zeigt es schon, seit geraumer Zeit; theoretisch wie erst recht praktisch hat sie hier bisher nicht die ihr gebührende Beachtung gefunden (bzw. ist lange weitgehend verdrängt worden).

Wer beispielsweise den materiellen Status quo auch und gerade der Unteren hier aufrecht erhalten, ja verbessern will, muss sich fragen, wie dies auch und gerade angesichts der Armut in der übrigen Welt auf Dauer möglich sein soll. Unsere Oberen haben eher weniger ein Problem damit: das Wirtschaftswachstum so steigern wie bisher und gleichzeitig die Umwelt retten, warum denn nicht, wir setzen auf Biotreibstoff, beispielsweise. Das ist, nun ja, Zweckentfremdung, noch dazu ineffektive, kostbaren biologischen Rohstoffs und die Preise für Mais und ähnliche Produkte werden rasant steigen. Nicht zuletzt in den Entwicklungsländern, die Folgen für die dortige Bevölkerung kann man sich ausrechnen. An diesem Beispiel, der problematischen Umsetzung einer gewiss lobenswerten Absicht, zeigt sich aber auch: wir werden umgekehrt intensiver noch als bisher ausloten müssen, in welchem Maße selbst von neoliberalen Geist (mit)geprägte Aktivitäten bis hin zu jenen sattsam bekannten Reformen diskutabile Antworten auf objektive gesellschaftliche Erfordernisse enthalten, und unter welchen Voraussetzungen mit welchen Erfolgsaussichten das an ihnen bekämpft werden kann und muss, was die mannigfaltigen gesellschaftlichen Schief lagen hier wie dort verschärft. Davon ausgehend hätten Alternativprogramme, orientiert auf einen zukunftsweisenden Umbau, angefangen mit dem des Sozialstaats bis hin zu dem des »gesellschaftlichen Gesamtarbeiters«, der die Entwicklung unserer sozialen und kulturellen Kompetenzen perspektivisch in den Vordergrund rückt, noch am ehesten eine Chance, als realistische Gegenmodelle meinungsbildend und so schrittweise Praxis verändernd zu wirken.

Die kapitalistische Globalisierung selbst und ihre Folgen, im Beispiel negative Spätfolgen für eine unserer natürlichen Lebensvoraussetzungen, das globale Klima, bringen also unabhängig von den guten oder weniger guten Absichten der Herrschenden dieses Planeten – wie gesagt: im weiteren Sinn gehören wir Menschen des »Westens« insgesamt dazu – diese zunehmend in Zugzwang, auch um ihrer selbst willen nach Lösungen zu suchen, die ihre Interessen nicht über Gebühr in Widerspruch zu denen der Unterprivilegierten

10 Die Marxsche Unterscheidung zwischen Sozialismus als »unreifer« und Kommunismus als »reifer« Phase der zukünftigen klassenlosen Gesellschaft würde hier gegenstandslos: Ihr Heranreifen fiel noch ganz in die Ära, in der zumindest die ökonomische Basis kapitalistisch dominiert wäre, also von einer (endgültigen) Beseitigung des damit gesetzten Klassenantagonismus noch keine Rede sein kann, gleichzeitig aber um des Überlebens aller willen der

der Welt bringen. Wie auch immer: wir werden einige Schritte zurücktreten müssen, ob aus Einsicht oder nicht, und die anderen werden langsam und in unterschiedlichem Maße zu uns aufschließen, und vielleicht werden wir dann gemeinsam schneller vorwärts gehen können. Der Druck auf uns wird zunehmen, dazu trägt nicht nur die Situation im Nahen und Mittleren Osten bei; denn die Armen in der Welt sind zwar immer noch arm, aber in Gestalt Chinas und anderer aufstrebender Schwellenländer haben sie sich ökonomisch und politisch schon so weit emanzipiert, dass sie sich selbst global Gehör verschaffen können. Auch dies ist Bestandteil des einen langen mühsamen Entwicklungsprozesses aller, an dessen Ende, wenn er denn erfolgreich sein sollte, der Sozialismus stehen wird, diesmal wirklich als ganzer und im Weltmaßstab.¹⁰ Bis dahin allerdings, insbesondere in diesem Jahrhundert, könnte die Menschheit vor Zerreißproben stehen, gegen die alle bisherigen Turbulenzen der Weltgeschichte, die des 20. Jahrhunderts nicht ausgenommen, ein laues Lüftchen waren.

allmähliche Rückbau kapitalistischer Strukturen selbst zunehmend zur Herrschaftsaufgabe wird, also die Kooperation (!) über die Klassengrenzen hinweg erheischt. In diesem Zusammenhang stehen wohl auch Tombergs Mutmaßungen zum »Glob(al)ismus« als einer möglichen und vielleicht unvermeidlichen Gesellschaftsformation »zwischen« Kapitalismus und Sozialismus (398 ff.). Vgl. im Übrigen den Abdruck des Schlussabschnitts seines Buchs in Z 55, Sept. 2003, S. 80-91.

MARIO KESSLER

Zwischen Genfer Exil und Nachkriegsdeutschland

Hans Mayer, Ossip Flechtheim und Ernst Engelberg
zum 30. Januar 1933

Ernst Engelberg zum 99. Geburtstag am 5. April 2008

Dieser Beitrag befasst sich mit drei, im Jahre 1933 noch sehr jungen Wissenschaftlern: Hans Mayer, Ossip Flechtheim und Ernst Engelberg. Sie gehörten zur politischen Linken und wurden sofort von den Nazis bedrängt und verfolgt. Zwei von ihnen, Mayer und Flechtheim, waren zudem Juden. Keinen von ihnen ließ das Datum des 30. Januar 1933 jemals los; wie sie das Thema später verarbeiteten, davon soll berichtet werden. Zunächst aber wird der Weg eines jeden der drei aus Deutschland ins Genfer Exil verfolgt, denn dies hatten sie gemeinsam: Sie fanden Zuflucht vor ihren Peinigern in der Stadt und an der Hochschule des Völkerbundes. Alle drei gestalteten in einem sehr langen Leben die wissenschaftliche und politische Kultur Deutschlands im 20. Jahrhundert mit. Hans Mayer (1907-2001) und Ossip Flechtheim (1909-1998) sind tot; Ernst Engelberg (geb. 1909) lebt in Berlin.

Mario Kessler – Jg. 1955, Prof. Dr., Zentrum für Zeit-historische Forschung Potsdam. Jüngste Buch-veröffentlichungen: *On Anti-Semitism and Socialism* (2005); *Vom bürgerlichen Zeitalter zur Globalisierung* (2005); *Ossip K. Flechtheim* (2007). Gegenwärtig u. a. Arbeit an einem Buch über die Anfänge der westdeutschen Kommunismus-Forschung. Zuletzt in UTOPIE kreativ: *Von Hippokrates zu Hitler. Medizin ohne Menschlichkeit*, Heft 182 (Dezember 2005).

Hans Mayer: Ein Roter Kämpfer als Außenseiter der Arbeiterbewegung
Hans Mayer wurde am 19. März 1907 in Köln als Sohn bürgerlicher, »assimilierter« Juden geboren. Bereits früh erwachte Mayers Interesse an Literatur, Geschichte, Musik und Politik. Das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Köln, Berlin und Bonn verband er mit dem Engagement in der Arbeiterbewegung. Doch waren es weniger die Großorganisationen, SPD wie KPD, in denen er seinen Platz suchte, sondern die kleinen Gruppen der Außenseiter: 1931 war er Mitbegründer der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und wurde Mitarbeiter ihres Theoretikers Fritz Sternberg. Von der SAP ging er, auf eine innere Erneuerung der kommunistischen Bewegung hoffend, im folgenden Jahr zur KPD-Opposition. Dieser antistalinistischen Gruppierung gehörte er bis 1935 an. Sofort nach Beginn des Naziregimes stellte er die Verbindung zwischen illegal arbeitenden KPO-Gruppen des Rheinlandes und Berlins her.¹ Bei einem der Treffs in Berlin riet ihm Robert Siewert, das Land zu verlassen. Hans Mayer ging zunächst nach Strasbourg.

1930 hatte Mayer in Köln, wo er bei Hans Kelsen wichtige fachliche Impulse erhielt, mit einer Arbeit über *Die Krisis der deutschen Staatslehre und die Staatsauffassung Rudolf Smends* zum Dr. jur. promovieren können. Anfang 1933 konnte er noch die Große Juristische Staatsprüfung absolvieren, doch wurde er unmittelbar danach aus dem preußischen Justizdienst entlassen. In Strasbourg arbeitete er zunächst als Redakteur der dortigen Tageszeitung der KPO, der *Neuen Welt*.

¹ Dies nach einem Bericht von Erwin Lenz damals (KPO) vom 3. April 1996. Kopie im Besitz des Verfassers.

Mayers ernsthafte Hoffnung, die KPD möge die Lehren aus der Niederlage gegen die Nazis gezogen haben, führte allmählich zu seiner Annäherung an den »offiziellen« Kommunismus, ohne dass er der KPD beitrug. Die Außenseiter-Position, die er in der KPO und diese selbst im Exil einnahm, war ihm für einen erfolgreichen Kampf gegen Hitler zu wenig. Beruflich suchte er als Literatursoziologe Fuß zu fassen, indem er sich dem emigrierten Institut für Sozialforschung unter Max Horkheimer anschloss. Dieses hatte eine Zweigstelle in Genf eröffnet. Dort arbeitete Hans Mayer am Institutprojekt über Autorität und Familie mit. Sein alter Lehrer Hans Kelsen, wie Mayer aus Deutschland vertrieben und nunmehr am *Institut universitaire de hautes etudes internationales*, dem Internationalen Hochschulinstitut des Völkerbundes, tätig, gelang es, im Frühjahr 1935 Mayer ein Stipendium an dieser renommierten Einrichtung zu verschaffen.

Gründungsdirektor des Instituts war der in New York geborene Schweizer Wirtschaftswissenschaftler William Rappard, der lange in Harvard gelehrt hatte. Als Mitdirektor gewann er den französischen Politologen Paul Mantoux, der auch über diplomatische Erfahrung verfügte. Die beiden Direktoren luden politisch verfolgte junge Wissenschaftler ein. Zu ihnen gehörten auch der Völkerrechtler Hans (später John) Herz und der Historiker Edmund Silberner.

1982 suchte Mayer einzufangen, was er am 30. Januar 1933 gefühlt hatte: »Fackelzüge in jedem Dorf und Marktflecken: die Braunen gemeinsam mit den Nationalisten vom Stahlhelm, denn diese neue Reichsregierung schien ihnen gemeinsam zu gehören. Der Feldmarschall und sein böhmischer Gefreiter. Nun danket alle – wem?«²

»Wir sahen sie nicht, die Fackelzüge. Durch unseren damals noch »gutbürgerlichen« Vorort zogen sie nicht. Allein wir hörten sie am Radio. Zum ersten Mal konnte der Dr. Goebbels in Berlin seine gutgeschulerten Jubler einsetzen. Die erkannte man sogleich am Tonfall, es waren die Sieger des Tages, daran war nichts, was verstören mochte. Allein die wohlbekannten Ansager und Reporter der Weimarer Ära schienen es denen nachzutun zu wollen. Woher denn nahmen sie die glückliche Zuversicht? Vielen von ihnen ging es tags darauf an den Kragen. Waren wir krank, oder diese da?«³

1969 leitete Hans Werner Richter, der Gründer der Gruppe 47, im Sender Freies Berlin eine Hörfunkreihe, in der auch Hans Mayer an den 30. Januar 1933 erinnerte. Für diesen Abend hatte die KPD in Köln eilends zu einer Massenkundgebung des Protestes in die Rheinlandhalle aufgerufen. »Die Stimmung war gedrückt«, so Mayer, »unruhig, was würde nun geschehen? Ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter war aus Berlin gekommen, Werner Hirsch, ein Jude, man hat ihn später umgebracht.⁴ Der gab sich zukunftsicher. Die sollen ruhig abwirtschaften. »Und dann kommen wir!« Man klatschte ein bisschen müde. Ich habe nicht geklatscht, das weiß ich genau. Ich wusste nichts, ahnte aber, das alles anders kommen würde.«⁵

»Alles war kurzfristig angelegt, man musste die Augenblickskrise überwinden, dann würde man weitersehen«, schrieb Mayer. »Mit Hilfe des neuen Reichskanzlers konnte man die sozialistischen Gewerkschaften zähmen, weitmöglich ausschalten. Wenn der Mohr seine Arbeit getan hatte, mit Schiller zu reden, würde man ihn gehen heißen. Dies war der Plan der Papen und Hugenberg und der Leute um Hindenburg.«⁶

2 Hans Mayer: Ein Deutscher auf Widerruf, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1982, S. 159 f.

3 Ebenda, S. 160.

4 Vgl. Hermann Weber, Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S. 315 f. Werner Hirsch starb am 10. Januar 1941 im Moskauer Butyrka-Gefängnis, offiziell an Herzversagen.

5 Hans Mayer berichtete von diesem Rundfunkgespräch in: Der Widerruf. Über Deutsche und Juden, Frankfurt a. M. 1994, S. 18.

6 Ebenda, S. 14 f.

7 Der NSDAP-Abgeordnete Gregor Strasser hatte am 10. Mai 1932 in einer Reichstagsdebatte die »große antikapitalistische Sehnsucht« des deutschen Volkes beschworen, die sich gegen eine »entartete Wirtschaft« wende und danach verlange, mit dem »Dämon Gold, Weltwirtschaft und Materialismus« zu brechen. Zit. in: Michael Sturm: Die antikapitalistische Sehnsucht, in: *Analyse & Kritik* vom 18. Mai 2007.

8 Mayer: *Der Widerruf*, S. 15.

9 Zur Biographie Flechtheims vgl. Mario Kessler: *Ossip K. Flechtheim. Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenker (1909-1998)*, Köln etc. 2007.

10 Zu Löwenthal vgl. Oliver Schmidt: »Meine Heimat ist – die deutsche Arbeiterbewegung«. Biographische Studien zu Richard Löwenthal im Übergang vom Exil zur frühen Bundesrepublik, Frankfurt a. M. etc. 2007.

11 Vgl. Jan Foitzik: *Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40*, Bonn 1986, passim.

12 Mitteilung Ernst Engelbergs an den Verfasser, 19. März 1998.

»Ein Soziologe hatte kurz zuvor von einer »großen antikapitalistischen Sehnsucht« unter den Deutschen gesprochen«; damit erinnerte Mayer womöglich, ohne ihn zu nennen, an einen Ausspruch Gregor Strassers vor dem deutschen Reichstag.⁷ »Die Fackelzüge bedeuteten Verbrüderung, Gemeinschaft. Gleichzeitig aber auch Ankündigung künftiger Gewalttaten. »Wenn das Judenblut vom Messer spritzt ...« [...] Hindenburg hatte kurz zuvor noch, übrigens in geographischer Unbildung, über den »böhmischen Gefreiten« gelächelt. Nun hat er ihn zu sich herauf geholt. Jetzt war er zu dessen Geschöpf geworden. Mit den Fackeln hat es begonnen, daran entzündete sich ein Weltenbrand.«⁸

Ossip Flechtheim: Vom Neu-Beginnen-Mitglied zum Zukunftsdenker

Der Historiker, Politikwissenschaftler und Zukunftsforscher Ossip Kurt Flechtheim wurde am 5. März 1909 im ukrainischen Nikolajew geboren. Doch schon 1910 übersiedelte die Familie in die Heimat des Vaters, nach Deutschland. Flechtheim wuchs in Münster und Düsseldorf inmitten von Büchern auf: Sein Vater war Kaufmann, ein Onkel ein international renommierter Kunsthändler.⁹

1927 begann Flechtheim das Jurastudium, das ihn von Freiburg über Paris, Heidelberg und Berlin nach Köln führte. Als Student wurde Flechtheim KPD-Mitglied. Besonders die Berliner KP-Studentengruppe prägte ihn; dort kam er in engen Kontakt mit Ernst Engelberg.

Die Auseinandersetzungen um die Politik der KPD berührten auch Flechtheim. Er sympathisierte mit der Politik Brandlers und Thalheimers, doch nicht zuletzt sein Freund Richard Löwenthal, der schon der KPD-Opposition angehörte, riet ihm, solange wie möglich in der KPD zu verbleiben.¹⁰ Gleich ihm aber wurde Flechtheim Mitglied der konspirativ arbeitenden Gruppe *Neu Beginnen*, der sowohl KPD- wie SPD-Mitglieder angehörten. *Neu Beginnen* sagte die Nazidiktatur klar voraus und wollte zum Kern einer neuen Arbeiterbewegung werden. Dieses Ziel erwies sich als nicht realisierbar, das Engagement von *Neu Beginnen* auch im darauf folgenden Widerstand gegen Hitler verdient jedoch Beachtung.¹¹ Erst 1933, unmittelbar vor oder nach dem Zusammenbruch der deutschen Arbeiterbewegung, trennte sich Flechtheim vom offiziellen Kommunismus, blieb aber bei *Neu Beginnen* aktiv.

1934 konnte Flechtheim in Köln noch über Hegels Strafrechtstheorie promovieren. Sein Referendariat bei einer Düsseldorfer kommunistischen Anwaltskanzlei musste er aber abbrechen. Eine kurze, gefährvolle Phase der illegalen Arbeit für *Neu Beginnen* endete im September 1935 mit Flechtheims Verhaftung. Doch konnte ihm die Gestapo die behauptete Tätigkeit für *Neu Beginnen* nicht beweisen, so dass Flechtheim nach 22 Tagen aus der Untersuchungshaft entlassen wurde. Unmittelbar darauf emigrierte er in die Schweiz. Auch Flechtheim gelang es mit Hans Kelsens Hilfe, ein Stipendium am Genfer Hochschulinstitut zu erhalten. Sein Suchen nach einer Synthese von Karl Marx und Max Weber datiert aus dieser Zeit. Der zurückhaltende, bescheiden auftretende Flechtheim gehörte, anders als Hans Mayer, nicht zu den »Stars« unter den jungen Genfer Wissenschaftlern. »Er war kein Mann, der auf die Pauke hieb«, wie Ernst Engelberg formulierte.¹²

Doch mit entschiedener Beharrlichkeit wandte er sich einem Thema zu, dessen Bearbeitung ihm Hans Kelsen empfohlen hatte und in dem er ein international anerkannter Experte werden sollte: der Kommunismus-

forschung als interdisziplinärem Forschungszeitweig zwischen Politikwissenschaft und Zeitgeschichte.

Flechtheim ging den Ursachen der Stalinisierung der kommunistischen Bewegung nach. So hielt er 1937 fest, dass »in Ländern mit noch nicht abgeschlossener bürgerlicher Revolution wie Russland ... der Weg zum ›Sozialismus‹ der der Machteroberung durch eine ›jakobinisch-blauquistische‹ Minderheit, die sich auf relativ primitiv-fortschrittliche Tendenzen im Proletariat und der Bauernschaft stützt, zu sein *scheint*. Dieser Weg führt zur Errichtung einer zentralistisch-terroristischen Parteidiktatur, wobei die Partei wieder zentralistisch-terroristisch von einer kleinen Clique beherrscht wird. Diese Clique scheint imstande zu sein, eine der bürgerlichen überlegene kollektivistische Wirtschaft zu schaffen, die viel mehr einer Technokratie als einer klassenlosen Gesellschaft zu entsprechen scheint.«¹³ Für dieses düstere Bild sollte Flechtheim später den Terminus des Neo-Cäsarismus prägen.

Nach dem Zusammenbruch des Völkerbundes zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde die Arbeit am Genfer Institut ungleich komplizierter als bisher. Flechtheim ging in die USA. Dort lernte er seine Frau Lili Faktor kennen, gleich ihm aus Europa vertrieben.

In New York fand Flechtheim zunächst ein zeitweiliges Unterkommen am Institute of Social Research, der unter Leitung Max Horkheimers stehenden Nachfolge-Einrichtung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung. Zwischen 1941 und 1951 unterrichtete Flechtheim an verschiedenen US-Hochschulen Politische Wissenschaft.

1951 folgte er der Bitte Otto Suhrs auf eine Gastprofessur für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Ein Jahr später kehrte er endgültig zurück – als Professor an der wiedergegründeten Hochschule für Politik. Nach der 1957 erfolgten Habilitation wurde Flechtheim zwei Jahre später außerordentlicher, 1961 dann ordentlicher Professor für Wissenschaft von der Politik am Otto-Suhr-Institut der FU, dessen Direktorat er 1960/61 innehatte. 1974 wurde er emeritiert.

In seinem 1948 publizierten Werk *Die KPD in der Weimarer Republik* untersuchte Flechtheim auch jene Fehler und Defizite des deutschen Kommunismus, die der Nazi-Bewegung und ihren Hintermännern schließlich am 30. Januar 1933 den kampflosen Sieg ermöglichten.

Am 20. Juli 1932 hatte die SPD den Staatsstreich von Reichskanzler Papen gegen die preußische Landesregierung unter SPD-Ministerpräsident Otto Braun ohne Widerstand hingenommen. Spätestens seitdem war, in Flechtheims Worten, »die Schwäche der Arbeiterbewegung mit den Händen zu greifen.«¹⁴ Die Aufhebung des zeitweiligen Verbots der SA fachte deren Terror um so stärker an. Die KPD war auf den angeblichen Hauptfeind Sozialdemokratie fixiert, auch dann noch, als im Juli 1932 die Reichstagswahlen einen überwältigenden Sieg der Nazis erbrachten. Diese gewannen 37 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Clara Zetkin, eine der wenigen prominenten Persönlichkeiten des deutschen Kommunismus ohne linksradikale Neigungen, die über Parteigrenzen hinweg Ansehen genoss, konnte Ende Juli 1932 zwar als Alterspräsidentin den Reichstag eröffnen. Der »kaum hörbare und doch eindrucksvolle Appell« der Parteiveteranin »zur Einkehr und Sammlung der Linken verhallte natürlich«, so Flechtheim, »und es war kein Zufall, dass bald darauf ein Hermann Göring den Sitz des Reichstagspräsidenten einnahm!«¹⁵

13 Ossip K. Flechtheim: *Der Weg zum Sozialismus, oder: Ethik und Politik* [geschrieben 1937, veröffentlicht 1972], zuletzt abgedruckt in: Ders.: *Vergangenheit im Zeugenstand der Zukunft*, Berlin 1991, S. 281.

14 Ossip K. Flechtheim: *Die KPD in der Weimarer Republik*, Neuausgabe, Frankfurt a. M. 1969, S. 284.

Im November 1932 schien die Angriffswucht der Nazis auf die Weimarer Republik zu erlahmen. Bei den erneuten Reichstagswahlen konnte die NSDAP ihre Stellung als stärkste deutsche Partei zwar behaupten, doch verlor sie zwei Millionen Stimmen. Ihr Stimmenanteil ging auf 33 Prozent zurück. »Verhängnisvoll war«, schrieb Flechtheim in seiner KPD-Geschichte, »dass der leichte und zeitweilige Rückgang der Nazis im November von Kommunisten und Sozialdemokraten in eine entscheidende und dauernde Niederlage umgedeutet wurde, was natürlich die Vertreter solcher Illusionen der Notwendigkeit, ernste Verantwortungspolitik zu treiben, enthob.«¹⁶

16 Ebenda, S. 286.

Die KPD-Spitze hatte am 30. Januar, als es zu spät war, die SPD-Führung zum gemeinsamen Handeln aufgefordert, doch diese nahm das Angebot kaum wahr, geschweige denn ernst. »Der jahrzehntelange Kampf hatte die beiden Parteien mit solchem Hass erfüllt, dass selbst die Errichtung der faschistischen Diktatur sie nicht zusammenbringen konnte«, schrieb Flechtheim. »Das Spaltungswerk von Jahren konnte nicht mehr in Tagen rückgängig gemacht werden.«¹⁷

17 Ebenda, S. 287.

In einem Beitrag für *Die Zeit* ließ Flechtheim am 30. Januar 1983 den 93-jährigen Hitler aus einem Genfer Versteck wieder auftauchen. Die jüngste Entwicklung erfülle ihn mit neuer Hoffnung, so Hitler. »Immer mehr Militärs und Politiker meinten jetzt, der Krieg werde wieder führbar. Dass ein moderner Krieg natürlich große Verluste mit sich bringen würde, wäre nicht zu bestreiten, liege aber vielleicht sogar im Interesse der Erhaltung der Art. Entscheidend sei nur, dass eine Elite überlebe, nicht zuletzt deshalb, um wieder neue Kriege führen zu können.«¹⁸

18 Ossip K. Flechtheim: Warum ich Führer werden musste. Die fiktive Erscheinung des Adolf Hitler – fünfzig Jahre nach der Machtergreifung, in: *Die Zeit*, 1983, Nr. 5, S. 54.

Eindringlich beschrieb Flechtheim 1989 in einem Interview die tödliche Existenzkrise der ersten deutschen Demokratie. »Denn wir erlebten ja die Straßenkämpfe, sahen das Elend der Arbeitslosen – das ist heute gar nicht vorstellbar –, die zum Teil kaum noch genug hatten, um Kartoffeln zu essen, von Brot ganz zu schweigen.«¹⁹ Die verzweifelten Massen radikalisierten sich politisch. »Damals«, so Flechtheim, »hatte die antikapitalistische Sehnsucht neunzig Prozent unseres Volkes erfasst. Bei den Kommunisten, bei den Sozialdemokraten und bei einem nicht unerheblichen Teil der Nationalsozialisten gab es eine vage Vorstellung, dass man die Probleme durch Maßnahmen in Richtung Sozialismus würde lösen können«, doch hätte es einer zumindest pragmatischen Kooperation von SPD und KPD bedurft, um den Menschen eine linke Alternative zur ausweglosen Gegenwart aufzuzeigen.²⁰

19 Ossip K. Flechtheim: »In unserer Familie war kein Platz für Patriotismus«, in: Hajo Funke (Hg.): *Die andere Erinnerung. Gespräche mit jüdischen Wissenschaftlern im Exil*, Frankfurt a. M. 1989, S. 428.

20 Ebenda, S. 431 f.

»Ich habe eine sehr große Veranstaltung in Düsseldorf im Gedächtnis«, fuhr Flechtheim fort, »in der kommunistische und sozialdemokratische Redner sprachen und alle ziemlichen Beifall bekamen. Dann sprach ein Redner von der KPO, der beiden Parteien vorwarf, dass sie eine *selbstmörderische* Politik treiben; er konnte sich nicht durchsetzen. Die Hauptkritik der KPO wie auch Trotzki's war, dass man den Faschismus nicht ernst genug nähme und dass es darauf ankäme, dass die Arbeiterparteien ein Mindestmaß an Zusammenarbeit betrieben und in der einen oder anderen Form eine Einheitsfront bildeten, um den *Hauptfeind*, den Nationalsozialismus Hitlers, zu verhindern, statt im Bruderkampf zu verharren.«²¹

21 Ebenda, S. 428. Hervorhebungen hier und im Folgenden wie im Original.

Flechtheim teilte die Ansicht von KPO und SAP, wonach »es sich beim Nazismus um eine echte Massenbewegung handelte [und] es *nicht* nur das Großkapital war, das sich ein paar Leute gekauft hatte«, ob-

gleich ihm, wie allen Linken, klar war, dass die Nazibewegung »die Aufmerksamkeit der großen Kapitalisten in Deutschland auf sich zog, die vom Anwachsen der revolutionären Stimmungen innerhalb der Bevölkerung beunruhigt waren.«²² Gerade deshalb, so Flechtheim, hätte in dieser totalen Krise die kommunistische Linke sogar mit Kräften um General Schleicher zusammenarbeiten müssen, die einen Kanzler Hitler zu verhindern suchten. »Ich glaube, dass es bei einer anderen Politik gelungen wäre, die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zu verhindern. Durch Maßnahmen in Richtung Sozialismus oder wenigstens einen erheblichen Abbau der Arbeitslosigkeit über einen deutschen ›New Deal‹ hätte man versuchen müssen, Hitler zu verhindern.«²³

Ernst Engelberg: Zwischen Wissenschaft und Politik

Im Jahre 1948 aus dem Exil zurückgekehrt, ist Ernst Engelberg der letzte noch lebende Repräsentant aus der Gründergeneration der DDR-Historiker.²⁴ Sein Name bleibt mit der 1985 und 1990 erschienenen zweibändigen Biographie Otto von Bismarcks verbunden. Auffallend bleibt, wie konsequent Engelberg das von ihm in seiner Berliner Dissertation über Bismarcks Sozialpolitik 1934 erstmals angeschlagene Thema über Jahrzehnte hinweg weiter verfolgte: Bismarck und seine sozialistischen Gegenspieler.²⁵

Auch politisch hielt Engelberg an der 1929 getroffenen Entscheidung fest. Die KPD, der er damals beitrug, hat er ebenso wenig verlassen wie später die SED oder ihre Nachfolger-Partei. Zusammen mit dem 1906 geborenen Schauspieler Erwin Geschonneck ist Engelberg in Deutschland – und vielleicht weltweit – der Kommunist mit der längsten ununterbrochenen Parteimitgliedschaft.²⁶

Der am 5. April 1909 in Haslach im Schwarzwald geborene Engelberg studierte nach dem Schulbesuch in Offenburg zunächst 1927 ein Semester in Freiburg/Breisgau und seit dem Wintersemester 1927/28 in München Nationalökonomie und Rechtswissenschaft. 1929 wechselte er nach Berlin, um dort Geschichte und Philosophie zu studieren. Als akademische Lehrer beeinflussten ihn besonders Gustav Mayer und Hermann Oncken. Beide Historiker untersuchten auch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts, die an Universitäten der Weimarer Republik nur wenig Beachtung fand.

Seit 1930 arbeitete Ernst Engelberg in KPD-Betriebszellen in Wedding wie in Moabit mit und wurde im folgenden Jahr Reichsleiter des Kommunistischen Studentenverbandes. Diese nicht unwichtige Position hatten vor ihm Franz Borkenau und Richard Löwenthal innegehabt, die beide kurz darauf mit dem Kommunismus brechen und als Kritiker der KPD publizistisch hervortreten sollten. 1932 gab Engelberg diese Funktion an Wilhelm Girmus ab.

Die Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten hätten sich nach Papens Staatsstreich gegen die Preußen-Regierung im Juli 1932 teilweise entkrampft, betonte der Zeitzeuge Engelberg auf einer Tagung von Historikern beider deutscher Staaten im März 1987. »Wenn wir einander sahen, die einen mit den drei Pfeilen [des Reichsbanners] und wir mit unserem Abzeichen, ja dann grüßte man sich gegenseitig; so war es in Berlin.« Es habe »gewisse Chancen der Zusammenarbeit« an der Basis gegeben, die leider von den Führungen ungenutzt blieben.²⁷

22 Albert S. Lindemann: *A History of European Socialism*, New Haven/London 1983, S. 298.

23 Flechtheim: *Kein Platz für Patriotismus*, S. 430 f.

24 Zur Biographie Engelbergs vgl. Mario Keßler: *Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR*, Köln etc. 2001, S. 222-257.

25 Ernst Engelberg: *Die deutsche Sozialdemokratie und die Bismarcksche Sozialpolitik*. Phil. Diss., Berlin 1934 (unveröffentlicht).

26 Vgl. Erwin Geschonneck: *Meine unruhigen Jahre. Lebenserinnerungen*, hg. von Günter Agde, Berlin 1984, erweiterte Neuauflage 1997.

27 [Diskussionsbeitrag von] Ernst Engelberg, in: Susanne Miller, Malte Ristau (Hg.): *Erben deutscher Geschichte*. DDR-BRD: *Protokolle einer historischen Begegnung*, Reinbek 1988, S. 167. Die Tagung fand auf Einladung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD am 12. und 13. März 1987 in Bonn statt.

Den 30. Januar 1933 erlebte Ernst Engelberg als Doktorand. Im Februar 1934 schloss er die Promotion ab. Doch kurz vor dem Rigorosum musste Engelbergs Lehrer Gustav Mayer Deutschland verlassen. Hermann Oncken und der konservative Verfassungshistoriker Fritz Hartung begutachteten die Arbeit. Es spricht für ihren Mut wie ihre moralische Integrität, dass sie eine Doktorarbeit mit marxistischem Ansatz zu akzeptieren wagten. Am 22. Februar folgte die mündliche Prüfung.

28 »Der Historiker muss auch mit sich selbst kämpfen.« Im Gespräch mit Prof. Dr. Ernst Engelberg, in: Disput, 1998, Nr. 12, S. 38.

Doch vier Tage später wurde Engelberg, »durch eine begriffliche Hochstimmung unvorsichtig geworden«,²⁸ bei einem illegalen Treffen mit Sozialdemokraten verhaftet. Die Gestapo brachte ihn ins Columbia-Haus, ein Militärgefängnis, in das die Nazis nun ihre besonders missliebigen Gegner sperrten. »Die Misshandlungen in der Prinz-Albrecht-Straße waren zweckgerichtet und von mehr oder weniger ausgebildeten Kriminalisten ausgeführt«, schrieb Engelberg im Jahre 1993; »der Häftling sollte zu Aussagen erpresst werden. Im Columbia-Haus aber war er den Launen und Stimmungen fanatisierter und mitunter rein sadistischer Parteigänger ausgesetzt. In Zwangsanstalten wie dem Columbia-Haus verfolgten die Schergen nicht inquisitorische Einzelzwecke, sondern den vom Regime vorgegebenen Gesamtzweck, die Gegner physisch und seelisch zu zermürben.«²⁹

29 Ernst Engelberg: Meine Erlebnisse im Columbia-Haus im März 1934. Unveröffentlichtes Manuskript eines Vortrages aus dem Jahre 1993, S. 3.

»Die Vernehmungen in der Prinz-Albrecht-Straße waren hart und von den obligatorischen Misshandlungen begleitet«, so Ernst Engelberg nach sechzig Jahren. Die Gestapo beorderte ihn »eines Abends aus der Kellerröhre der Gestapo zum Abtransport ins Columbia-Haus, in dem die Nazigegner zusammengetrieben wurden. Am Sammelpunkt, es war noch im Kellergeschoss, sah ich zu meinem Erstaunen unter den Inhaftierten eine Gruppe von Männern mittleren Alters in eleganter Kleidung, meistens sogar im Smoking. Es waren Monarchisten, so erfuhr ich, die von der Gestapo bei einer Festivität aufgegriffen worden seien. Ein mir unbekannter, sympathischer und offensichtlich erfahrener Mitgefangener flüsterte mir zu, auf die Smoking-Leute deutend: »Die da sind Blitzableiter für uns«, was ich zunächst nicht recht verstand. Man zwängte uns allesamt in die grüne Minna, aber schon beim Ausladen ging ein großes Hallo der SS-Lümmel los, als sie die vornehm Gekleideten gewahrten.« Tatsächlich versuchten einige SS-Schergen Engelberg in plumper Manier zu bekehren. Er sei doch ein großes Rindvieh, wenn er auf den »jüdisch-moskowitzischen Schwindel« hereinfalle. Da er unbeeindruckt blieb, wurden er und seine Zellenkameraden gequält: »Schiikanöse Spiele des Tages und auch mehrmals in der Nacht, alles dazu angetan, Menschen zu demütigen. Da wurde »Luftalarm« gemimt, wobei man sich den Fressnapf auf den Kopf stülpen musste, den Trinkbecher als Gasmasken vor den Mund halten. So sollte man zudem unters Bett kriechen, was ich nicht fertig brachte. Bisweilen erträgt man einen Tritt in den Hintern eher als zu viel menschliche Demütigung.«³⁰

30 Ebenda, S. 2 f.

Am 17. Oktober 1934 wurden Ernst Engelberg und neun weitere Gefangene des Hochverrats angeklagt. Es folgten anderthalb Jahre Haft im Zuchthaus Luckau, in dem während des Ersten Weltkrieges auch Karl Liebknecht eingesperrt gewesen war.

Nach seiner Entlassung im September 1935 ging Engelberg zunächst in seine Heimatstadt Haslach. Im folgenden Jahr musste er emigrieren. Er floh in die Schweiz. Dort gab Hans Mayer den Genfer Professoren den Rat, auch Engelberg an das Hochschulinstitut des Völkerbundes zu holen.

Zu Engelbergs wissenschaftlichem Ertrag dieser Jahre gehört eine damals unveröffentlicht gebliebene Abhandlung über *Liberale und antilibérale Geschichtsschreibung*. Darin warf er die Frage auf: »Liegt Kontinuität oder Diskontinuität vor zwischen der nationalsozialistischen Geschichtsschreibung und den Grundlagen und Methoden der Historiographie, wie sie in Deutschland vor Hitlers Machtantritt galten?« Der Autor verwarf jedes vorschnelle Urteil und betonte, dass »jede bedeutendere Richtung der deutschen Geschichtsschreibung von ihrer jeweiligen sozialhistorischen Bedingung und politischen Funktion aus [zu] begreifen« sei.³¹

In seiner Abhandlung untersuchte Engelberg Kontinuitäten und Brüche der deutschen Historiographie vor und nach dem 30. Januar 1933. Für ihn waren unter jenen deutschen und österreichischen Historikern, die sich den Nazis anschlossen, »der nationalsozialistische Revolutionär Walter Frank am konservativsten und der deutsch-österreichische Heinrich Ritter von Srbik am revolutionärsten«; Engelberg nahm zunächst die Nazi-Propagandabegriffe ernst.³² Er stellte sie jedoch in den historischen Kontext des deutschen Imperialismus, Chauvinismus und Antisemitismus. So gesehen, sei das Geschichtsbild der Nazis die, wenn auch keineswegs alleinige Konsequenz einer Politik, die auf die Zerstörung der Weimarer Republik abgezielt habe. Deutsche Historiker hätten sich an der Propaganda gegen die Republik durchaus hörbar beteiligt. Somit habe »sich in der nationalsozialistischen Geschichtsschreibung lediglich die politische Ausgangsstellung und Zielsetzung [verändert], und erweitert und teilweise verändert hat sich der Inhalt der Werte, auf die das geschichtliche Material bezogen werden soll: Der »Begriff der Rasse, der bei [Alfred] Rosenberg das bewegende geschichtliche Prinzip war, wird nun ein Wert, der da und dort in Beziehung zum geschichtlichen Material gesetzt wird. Vor allem wird der nationale Staat in seiner zentralen Stellung im System der Werte von dem »Begriff« des Volkstums verdrängt.«³³

Im Genfer Exil zog Engelberg, wie viele KPD-Mitglieder in seiner Lage, die Folgerung, dass auch für seine Partei die Frage nach dem Bestand der bürgerlichen Demokratie von Weimar eine Frage der Existenz der kommunistischen Bewegung war.

Am Anfang der Geschehnisse, die mit dem 30. Januar 1933 begannen, »hatte die unernste Polit-Intrige gestanden. Neu war im Personal eben dieser Reichskanzler«, so Hans Mayer.³⁴ Er hatte, daran sei erinnert, das Wort geprägt, das auch für seine Exilsgefährten Ossip Flechtheim und Ernst Engelberg – und nicht nur für sie – gültig war und blieb: Der 30. Januar 1933 war nicht nur eine politische Wende, sondern eine geschichtliche Zäsur für alle heutige Menschheit gewesen. Kein Unglück von heute lasse sich ohne dieses Datum erklären, weder für Russland, noch für Israel oder Deutschland.

Die hier vorgetragenen Texte der drei Hitlergegner Hans Mayer, Ossip Flechtheim und Ernst Engelberg mögen dazu beitragen, den Tag des 30. Januar 1933 nie zu vergessen. Denn, so nochmals Hans Mayer: »Es gibt eine wundersame Heilkraft der Natur, doch es gibt keine Heilkräfte der Geschichte. Es heißt zwar: »Darüber muss Gras wachsen«, allein unter dem Gras liegen nach wie vor die Toten.«³⁵

31 Ernst Engelberg: *Liberale und antilibérale Geschichtsschreibung* [1937], veröffentlicht in: Mario Keßler (Hg.): *Deutsche Historiker im Exil (1933-1945). Ausgewählte Studien*, Berlin 2005, S. 30.

32 Ebenda, S. 81.

33 Ebenda.

34 Mayer: *Der Widerruf*, S. 18.

35 Ebenda, S. 19.

MARCEL BOIS, FLORIAN WILDE

»Viele Fragen sind noch heute relevant«

Ein Interview mit Philipp Kufferath und Jan Schalauske, den Autoren einer neuen Broschüre über den SDS – den Sozialistischen Deutschen Studentenbund

Ihr habt gerade eine Broschüre mit dem Titel »Eine Organisation in Bewegung. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) und seine Rolle in der 1968er-Bewegung« geschrieben. Warum findet Ihr eine Auseinandersetzung mit dem SDS wichtig?

JAN SCHALOUSKE: Schon im Zuge der Namensdebatte im Vorfeld der Gründung unseres Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS haben wir uns mit dem SDS auseinandergesetzt und seine Bedeutung und Relevanz kontrovers diskutiert. Daher macht es aus unserer Sicht Sinn, anlässlich des 40. Jahrestages von 1968 sich erneut mit der Geschichte des SDS zu beschäftigen. Dabei dürfen wir allerdings nicht stehen bleiben. Die Geschichte linker Organisation an der Hochschule nach 1945 mag in der BRD mit dem SDS beginnen, sie ist damit aber keinesfalls zu Ende. Auch die Politik der Verbände der gewerkschaftlichen Orientierung – des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) und des Marxistischen Studentenbundes Spartakus (MSB Spartakus) – in den 1970ern, das Aufkommen von »undogmatischen« und alternativen Hochschulgruppen in den 1980ern und auch die hochschulpolitischen Organisationsansätze der letzten Jahre sollten für uns Reibungspunkte sein, an denen wir ein eigenständiges zeitgemäßes sozialistisches Verbandsprofil zu entwickeln suchen.

PHILIPP KUFFERATH: Die Auseinandersetzung mit der bewegten Geschichte des SDS ist auch deshalb noch spannend, weil eine Vielzahl von politischen, theoretischen und strategischen Fragen dieser Zeit durchaus noch eine Relevanz für heute hat. Die Auseinandersetzung mit der Integrationskraft des Kapitalismus, der Einsatz für einen lebendigen Marxismus und ausführliche Reflexion über das Verhältnis von theoretischer Arbeit und Aktionen sind durchaus aktuelle Fragen, die unter veränderten Bedingungen wieder diskutiert werden müssen.

Der SDS entstand ja als SPD-naher und keineswegs besonders radikaler Hochschulverband. Wie kam es dann zu seinem Ausschluss aus der SPD 1961?

JAN SCHALOUSKE: Als SPD-naher Verband orientierte der SDS mehr und mehr auf die Sozialdemokratie. Dennoch wird häufig übersehen, dass der SDS in seiner Gründungsphase einen der Zeit entsprechenden überparteilichen antifaschistischen Charakter hatte. Eine sozialdemokratische Mehrheit sah sich in einem Verband mit Vertreterinnen und Vertretern der so genannten Zwischengruppen und einer Reihe von KPD-Mitgliedern. Mit der zunehmenden Ver-

Marcel Bois – Jg. 1978, Historiker, seit 2005 Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, arbeitet im Gesprächskreis Geschichte der RLS mit und ist einer der Sprecher der Historischen Kommission beim Parteivorstand von DIE LINKE. Er ist Redakteur des Magazins marx21.

schärfung der Blockkonfrontation wurden dann aber sehr bald erste Unvereinbarkeitsbeschlüsse erlassen.

PHILIPP KUFFERATH: Die Abspaltung des SDS von der SPD war politisch produktiv und nicht zu vermeiden, weil sich die politischen Konzeptionen von Partei und Studierendenverband rasant in entgegengesetzte Richtungen entwickelten. Die SPD arrangierte sich in den Fronten des Kalten Krieges und strebte um jeden Preis eine Regierungsübernahme an. Dafür wurden letzte Reste antikapitalistischer Programmatik beseitigt. Der SDS hatte sich hingegen seit seiner Gründung 1946 nach links entwickelt. Als linkssozialistischer Verband entdeckte er zu dieser Zeit den Marxismus neu und kritisierte die Anpassungspolitik der SPD. Die Auseinandersetzungen um das Godesberger Programm brachten die endgültige Trennung. Die SPD förderte die Gründung des loyalen Sozialdemokratischen Hochschulbundes als Konkurrenz und schloss den SDS und seine Unterstützer aus der Partei aus.

Welche Politik verfolgte der SDS nach seinem Ausschluss aus der SPD? Welche Strömungen gab es dabei innerhalb des Verbandes?

PHILIPP KUFFERATH: Der Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD beraubte den Verband zunächst einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive. Der SDS wollte in die Partei hineinwirken und mit Hilfe ihrer Verankerung in den Gewerkschaften und ihrer gesellschaftlichen Ausstrahlungskraft die Kräfteverhältnisse verändern. Nun blieb ein strategisches Vakuum, das bis zur Auflösung des SDS nicht wirklich gefüllt werden konnte. Es zwang den SDS aber dazu, ein neues Selbstverständnis zu entwickeln. Der SDS wurde der Anziehungspunkt für Studierende und Intellektuelle, die an einer sozialistischen Perspektive festhielten und der Anpassung und Passivität der Sozialdemokratie kritisch gegenüberstanden.

JAN SCHALAUKE: Anfangs führte der SDS auf den Bundesdelegiertenkonferenzen und in seiner Zeitschrift »neue kritik« rege Debatten über sein Selbstverständnis als eigenständige sozialistische Organisation. In den außerparlamentarischen Auseinandersetzungen der 1960er Jahre gewann er dann zunehmend an Bedeutung. Gerade in den Kämpfen gegen die Notstandsgesetze, den Vietnamkrieg und gegen die Zustände an den Hochschulen spielte der SDS eine tragende Rolle. Die relative Isolation, die der Unvereinbarkeitsbeschluss mit sich brachte, konnte in diesen Kampagnen durch die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, linken Intellektuellen und anderen Hochschulverbänden durchbrochen werden. Die besondere Stellung und Relevanz des SDS muss zudem im historischen Kontext der Bundesrepublik gesehen werden. Nach dem Verbot der KPD gab es in der BRD im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Ländern keine relevante linkssozialistische oder kommunistische Massenorganisation.

Die theoretischen Diskussionen im SDS nach dem Unvereinbarkeitsbeschluss können im Umfeld der »Neuen Linken« verortet werden. Inspiriert von Intellektuellen wie Herbert Marcuse, E. P. Thompson oder André Gorz waren die Marx'sche Kapitalismuskritik und Klassenanalyse, eine deutliche antifaschistische Positionierung und radikaldemokratische Einstellungen sowie die Solidarität mit den antikolonialen und antiimperialistischen Befreiungsbewe-

Florian Wilde – Jg. 1977, Historiker, seit 2006 Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, arbeitet im Gesprächskreis Geschichte der RLS mit und ist einer der Sprecher der Historischen Kommission beim Parteivorstand von DIE LINKE.

gungen prägend für den sozialistischen Charakter des Verbandes. Unter dem Eindruck der Blockkonfrontation forderte der SDS zwischen den Fronten des Kalten Krieges eine Außenpolitik des dritten Weges und stritt heftig über das Verhältnis zu den realsozialistischen Ländern. Innerhalb dieser Spannweite blieb das politische Spektrum des Verbandes heterogen und umfasste mit Radikaldemokraten, Moralisten, Christen und Sozialisten/Kommunisten so ziemlich alle Strömungen, die links von der SPD vorhanden waren, bzw. in den späteren Protestbewegungen eine Rolle spielten.

In der Broschüre schreibt Ihr: »Der SDS spielte eine entscheidende Rolle bei der Entstehung und Verbreiterung der 68er Bewegung. Er war in der Lage, die Themen des Protestes mit einer allgemeinen antikapitalistischen Orientierung zu verbinden und ihm so eine grundsätzliche Dimension sowie eine auf die Umgestaltung der ganzen Welt gerichtete Perspektive zu verleihen.« Wie genau arbeitete der SDS in der Bewegung 1967/68 und wie gelang es ihm dabei, antikapitalistische Positionen zu verbreiten?

JAN SCHALAUKE: Grundsätzlich ist an dieser Stelle anzumerken, dass der SDS, der als ein wichtiger Motor der 68er Bewegung bezeichnet werden kann, diese Bewegung natürlich nicht im Alleingang hervorgebracht hat. Die Genese von 1968 lässt sich nur durch eine Analyse der historischen Bedingungen hinreichend erklären. Eingebettet in einen längerfristigen Prozess des sozialen Wandels entwickelte und politisierte sich die Studierendenschaft und der SDS vor dem Hintergrund der Vorbereitung der Notstandsgesetze, der Großen Koalition (ab 1966), der Krise der Universitäten, dem Vietnamkrieg der USA und der Ausstrahlungskraft der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass auch der SDS selbst einer gewissen historischen Dynamik unterworfen war.

Dennoch legte der Verband u. a. durch seine intellektuellen Diskussionen und Analysen sowie die Arbeit in den außerparlamentarischen Auseinandersetzungen den Grundstein für seinen späteren Erfolg.

PHILIPP KUFFERATH: Der SDS hatte sich in den sechziger Jahren ein hohes theoretisches Niveau erarbeitet, das durchaus Ausstrahlungskraft auf die einsetzende Protestbewegung an den Universitäten ausübte. Viele Fragen dieser Zeit konnte der SDS mit gut begründeten Argumenten aufgreifen. Seine besondere Virulenz entfaltete er aber durch seine praktische Intervention.

Das Selbstverständnis des SDS betonte die Bedeutung der subjektiven Initiative in besonderer Weise. Gegen die Wirkungsmächtigkeit von objektiven Strukturbedingungen setzte er die praktische Tätigkeit einer Minderheit, um Aufmerksamkeit zu erregen und Debatten zu provozieren. Durch die Vielzahl unterschiedlicher Protestformen – lebendige Demonstrationen, Teach-Ins und Go-Ins an den Universitäten sowie große Kongresse – wurde der SDS als zentraler Akteur der Protestbewegung wahrgenommen, weit über seine nominelle Stärke hinaus.

Die Ermordung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 war ein kritisches Ereignis, das die Proteste rasch ausgreifen ließ. Mit dieser Dynamik wurden auch die losen Organisationsstrukturen des SDS her-

Philipp Kufferath – Jg. 1980, studiert Geschichte in Göttingen und schreibt gerade seine Magisterarbeit über »Linksozialistische Intellektuelle in Westdeutschland«. Letztes Semester organisierte er an der Universität Göttingen ein autonomes Seminar zur politischen Theorie des SDS.

ausgefordert. In den lokalen Aktionszentren spielten seine Aktivistinnen und Aktivisten eine zentrale Rolle, als bundesweite Struktur war der SDS kaum noch handlungsfähig.

Die 68er-Bewegung in Deutschland fand in dem Kontext einer globalen Revolte statt. Wie bezog sich der SDS auf Ereignisse wie den Prager Frühling, den Vietnam-Krieg und den Mai 68 in Frankreich?

PHILIPP KUFFERATH: Das Jahr 1968 wurde ja deshalb zu einer herausragenden Chiffre der Geschichte, weil auf internationaler Ebene eine Vielzahl von Ereignissen mit höchst unterschiedlichem Entstehungskontext stattfanden, die aber dennoch zusammen einen Wandel der Weltgesellschaft einleiteten. Die Orientierung auf die internationalen Auseinandersetzungen war bedeutend dafür, dass aus vereinzelt Protestaktivitäten eine zusammenhängende Bewegung mit antikapitalistischer Zielsetzung wurde. Mit der Eskalation des Vietnamkrieges radikalisierte sich die internationale Protestbewegung. Neu politisierte Studierende, die möglicherweise durch Missstände an den Universitäten oder aus moralischer Empörung über den Krieg aktiv geworden waren, begannen den Kapitalismus in Frage zu stellen. Der Vietnamkrieg fand in den Erhebungen besondere Beachtung, weil er die zerstörerische Kraft des Imperialismus und den Widerstand dagegen symbolisierte. Der SDS sah durch die Tet-Offensive des Vietcong Anfang 1968 die Analyse bestätigt, dass von den Rändern der Gesellschaft ein revolutionärer Veränderungsimpuls ausgehen könne. Der Vietnamkongress des SDS im Februar 1968 in Berlin wurde mit großer internationaler Beteiligung durchgeführt. Der SDS diskutierte dort, wie der Kampf in der Dritten Welt in den Metropolen unterstützt werden könne.

Auch die anderen internationalen Großereignisse wurden intensiv debattiert und prägten die Ausrichtung des SDS. Vor allem der Prager Frühling und das Vorgehen der Sowjetunion sorgten für lebhaftes Kontroversen. Der SDS hatte ohnehin ein eher distanzierendes Verhältnis zum »real existierenden Sozialismus«, bezog aber deutlich Stellung gegen den Antikommunismus des Kalten Krieges.

Der Generalstreik im Mai 1968, der Frankreich an den Rand einer Revolution brachte, wurde international gebannt verfolgt. Für den SDS wurde dieses Ereignis zum Ausgangspunkt der Debatte über die Möglichkeit revolutionärer Erhebungen in den Metropolen.

1968 wird gerade in Deutschland vor allem als Studierendenbewegung verstanden. Aber die große Zahl proletarischer Jugendlicher, die sich an den Osterunruhen nach dem Attentat auf Dutschke 1968 beteiligten, zeigen ebenso wie die »Wilden Streiks« 1969, dass es auch in Deutschland noch eine andere Dimension der Proteste gab. Wie versuchte der SDS, studentische Proteste mit Arbeiterbewegungen zu verbinden? Wie erfolgreich war er dabei?

JAN SCHALOUSKE: Wie schon angedeutet, orientierte der SDS Mitte der 1960er Jahre vor allem in den Auseinandersetzungen mit der Notstandsgesetzgebung auf eine breite Bündnispolitik unter Einschluss des linken Flügels der organisierten Arbeiterbewegung. Die Einschätzung über die Rolle der lohnabhängig Beschäftigten im Kampf für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen war im SDS aber immer auch Gegenstand von Kontroversen. Unter dem Einfluss von

Jan Schalauske – Jg. 1980, Student der Politikwissenschaft an der Universität Marburg und Mitglied im Bundesvorstand von DIE LINKE.SDS. Mitautor von: Dieckmann, Sophie et. al.: Vom SDS lernen heißt... Zur Gründung eines Hochschulverbandes der Neuen Linken, in: Sozialismus, Nr. 4, April 2007, 34. Jg., H. 309, S. 23-28.

Herbert Marcuse gewannen Analysen, nach denen zumindest die Initiative für die Veränderung der Gesellschaft nicht mehr bei den in den Spätkapitalismus integrierten lohnabhängig Beschäftigten verortet wurde, sondern bei Studierenden, Marginalisierten und den Befreiungskämpfen der Dritten Welt, zunehmend an Relevanz.

Im Verlauf der zugespitzten Entwicklungen um 1968 und unter dem Eindruck des »Pariser Mai«, der im Zusammengehen von Studierenden und Arbeiterbewegung in Frankreich seine besondere Qualität entfalten konnte, rückte dieses Verhältnis wieder verstärkt auf die Tagesordnung des SDS. Im folgenden Auflösungsprozess wird diese Umorientierung auch deutlich. Ein Großteil der aktiven Studierenden organisierte sich in Folgeprojekten, wie den K-Gruppen, der Neugründung der DKP und den Verbänden der gewerkschaftlichen Orientierung MSB und SHB oder ging in die SPD. Bei allen zum Teil sehr grundlegenden Unterschieden war diesen Projekten durchaus ein deutlicher Bezug auf die Eigentätigkeit der lohnabhängig Beschäftigten und ihrer Organisationen gemein.

Warum löste sich die, wie Ihr schreibt, »erfolgreichste sozialistische Studierendenorganisation in der deutschen Geschichte« dann so kurz nach dem Höhepunkt der Proteste 1968 auf?

JAN SCHALOUSKE: Das ist natürlich keine einfach zu beantwortende Frage. Hier gibt es nicht die monokausale Erklärung oder gar die eine richtige Strategie, mit der der SDS in jedem Fall Erfolg gehabt hätte. Neben der ansteigenden inhaltlichen Fragmentierung und Zersplitterung des Verbandes geriet der SDS auch an seine genuinen Grenzen. Als Studierendenorganisation konnte es ihm auf dem Höhepunkt der Bewegung 1968 nicht gelingen, über das eigene Spektrum hinaus breite Teile der Bevölkerung für sich zu gewinnen und die Jugendrevolte in eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung zu transformieren. Der männerdominierten und zum Teil patriarchal strukturierten Organisation war es in dieser Situation nicht mehr möglich, sich adäquat geschlechterspezifischen Herrschaftsmechanismen auch im eigenen Verband zu stellen.

PHILIPP KUFFERATH: Die Konjunktur der Protestbewegung war eine Herausforderung für die Organisationsstrukturen des SDS. Die losen zentralen Strukturen machten einen gemeinsamen Austausch über die brennendsten Fragen schwierig. Das zentrale strategische Dilemma war die Verbreiterung des Protests vor dem Hintergrund einer gegen die Studierenden gerichteten Stimmung unter der Bevölkerungsmehrheit. Die Notstandsgesetze wurden trotz der Proteste verabschiedet, die Anti-Springer-Kampagne scheiterte an unterschiedlichen taktischen Schwerpunkten. Dadurch war eine erfolgreiche Bündnispolitik, die in einer Zeit nachlassender Proteste unbedingt notwendig gewesen wäre, kaum noch möglich.

In einem weiteren zentralen Punkt konnte der SDS keine gemeinsame Antwort mehr finden. In den sozialen Konflikten von 1968 entwickelte sich auch ein zunehmendes Selbstbewusstsein von Frauen. Diese emanzipatorischen Bestrebungen konnte der SDS nicht in seinen Strukturen verarbeiten. Die berechnete Kritik an alten Rollenmustern und das fehlende Verständnis, auch die Reproduktionsbedingungen in den Blick zu nehmen, konnte der SDS nicht mehr produktiv aufgreifen.

Die Revolte von 1968 und auch der SDS selbst hatten immer auch eine stark antiautoritäre Komponente. Wie erklärt Ihr, dass sich gerade aus dem SDS die überaus dogmatischen und autoritär strukturierten maoistischen Kleinstparteien der 70er Jahre entwickeln konnten?

PHILIPP KUFFERATH: Das antiautoritäre Element bezog sich ja vor allem auf die Abgrenzung von traditionellen Autoritäten. Der SDS trat diesen äußerst selbstsicher entgegen und konfrontierte die Mehrheit mit ihren Zielvorstellungen. Dies war zwar nicht autoritär, hatte aber durchaus voluntaristische Züge.

Die von der antiautoritären Strömung geprägte Ausrichtung des SDS stieß an ihre Grenzen, als die Protestbewegung nachließ. Die Initiativfunktion hatte den SDS zur zentralen Organisation des Protests gemacht. Das selbstbewusste Vorgehen einer Minderheit hatte die Dynamik der Proteste überhaupt erst möglich gemacht. Trotzdem wurde diese Strategie ab einem gewissen Punkt zum Problem. Den Antiautoritären mangelte es an Konzepten, wie ein Rückgang von Bewegung organisatorisch aufzufangen sei. Das Konzept einer handelnden Avantgarde berücksichtigte nicht genügend die Trägheit von Veränderungen. Von der sozialen Dynamik wurden nicht alle Teile der Bevölkerung gleichermaßen erfasst, es fehlte eine längerfristige Strategie, wie sich eine radikalisierte Minderheit auf eine reformorientierte, nichtrevolutionäre Mehrheit beziehen könne.

Die verschiedenen Versuche, den zerfallenden SDS zum Kern einer neuen proletarischen Partei zu transformieren, waren im Grunde eine überspitzte Reaktion auf die eigene politische Schwäche. Der Mai 1968 in Frankreich und die wilden Streiks im September 1969 hatten die Arbeiterklasse wieder ins Bewusstsein gebracht. Die Auflösungserscheinungen des SDS weckten bei einem Teil ein Bedürfnis nach festeren Organisationsstrukturen. Die Bildung neuer Parteien war jedoch nur eines von vielen Projekten, das die beteiligten Akteurinnen und Akteure als die jeweilige konsequente und strategisch sinnvollste Fortführung bzw. Überwindung der antiautoritären Bewegung verstanden. Es gab keine gemeinsame Orientierung mehr, sondern eine Vielzahl neuer Widerstandsperspektiven.

Der neue Hochschulverband der Linkspartei, Die Linke.SDS, stellt sich ja schon mit seinem Namen in die Tradition des historischen SDS. Vom 2.-4. Mai veranstaltet er einen Kongress unter dem Motto »1968 – die letzte Schlacht gewinnen wir!« Was sind die Zielstellungen des Kongresses und an welcher Stelle kann die Linke an den Hochschulen an die Geschichte des SDS anknüpfen?

JAN SCHALAUKE: Mit der Namensgebung unseres Verbandes soll zweierlei zum Ausdruck gebracht werden: Zum einen eine Orientierung auf das Parteiprojekt der LINKEN und zum anderen eine Verortung in der Geschichte sozialistischer Organisierung an der Hochschule. Das Aufgreifen des Kürzels SDS soll Kontinuität und Erneuerung zugleich bedeuten. Als sozialistisch-demokratischer Studierendenverband verzichten wir bewusst auf die Begriffe »deutscher« und »Studentenbund«, um deutlich zu machen, dass wir an die linken Diskurse in diesen Bereichen anknüpfen wollen.

In der Kontroverse um die Namensgebung waren sich eigentlich alle Beteiligten in einem positiven Bezug auf die 68er-Bewegung ei-

Die Broschüre: »40 Jahre 1968. Die Rolle des SDS – Eine Organisation in Bewegung« von Florian Butollo, Philipp Kufferath und Jan Schalauske wurde im März als Beilage der Zeitschrift Sozialismus veröffentlicht. Sie kostet 4,60 Euro. Über das Bundesbüro von DIE LINKE.SDS ist sie ermäßigt zu einem subventionierten Preis zu beziehen. Sie kostet dann 3 Euro. Bestellungen bitte an: info@1968kongress.de.

nig. Mit unserem Kongress wollen wir in die geschichtspolitische Debatte über die Bedeutung von 1968 von links intervenieren und Positionen zurückweisen, die 1968 als Geburtsstunde des Terrorismus denunzieren oder die Zeit der rot-grünen Bundesregierung aus biographischer wie politischer Perspektive als legitimes Erbe der Bewegung von damals abfeiern. Dem gilt es eine Diskussion entgegenzusetzen, die die zentralen Emanzipationsbestrebungen der Bewegung für eine befreite Gesellschaft unter veränderten Bedingungen noch heute uneingelöst sieht. Ökonomische Herrschaftsverhältnisse, der Abbau von sozialen und freiheitlichen Rechten, imperialistische Politik sowie verschiedene Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse stehen im globalen Kapitalismus unter anderen Vorzeichen noch immer auf der Tagesordnung.

In der Anfang der 1960er Jahre erschienenen Denkschrift »Hochschule in der Demokratie« analysierte der SDS die Funktion der Hochschule in der Nachkriegsgesellschaft und legte damit einen wichtigen Grundstein für seine spätere politische Praxis. Wir wollen auf dem Kongress darüber diskutieren, wie Eckpunkte einer heutigen Denkschrift aussehen könnten, die die neoliberale Umstrukturierung der Hochschulen im Kontext der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen thematisiert, um konkrete Ansatzpunkte für eine politische Strategie der Gegenwehr gegen die schreienden Zustände in Hochschule und Gesellschaft zu entwickeln.

HUBERT FETZER

Nachhaltiges Energiesystem und Sozialismus

Vorbemerkung: Die gegenwärtige Sozialismuskonzeption leidet m. E. darunter, dass die kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Blickpunkt stehen und die Veränderung der Produktivkräfte, besonders der energetischen Grundlagen, nicht als ein bestimmendes Element gesellschaftlicher Veränderungen behandelt wird, die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen somit ungenügend Grundlage der Betrachtung ist. Eine Ausnahme bildet E. Altwater, dessen »Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen« den nachfolgenden Beitrag anregte.

Menschliche Gesellschaft ist Beziehung der Menschen zur Natur und zueinander

Die Beziehung der Menschen zur Natur ist ihre Produktivkraft, d. h. die Fähigkeit, die Natur als Gebrauchswert für die Menschen umzugestalten. Die grundlegenden Beziehungen der Menschen zueinander sind die Produktionsverhältnisse, d. h. die Beziehungen der Menschen in der materiellen Produktion, die ihre Beziehungen in Kultur und Politik bestimmen.

Menschliche Gesellschaft in ihrer Materialität entwickelt sich als dialektische Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Das stürmische Element der Gesellschaft sind die Produktivkräfte, denen die jeweils gegebenen Produktionsverhältnisse nur eine begrenzte Entwicklungsmöglichkeit geben können und die dann, wenn sie die Produktivkräfte hemmen, durch neue Produktionsverhältnisse ersetzt werden. »Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind«¹.

In der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft sind drei große Etappen erkennbar, die auf einen Wechsel der Energiesysteme als der grundlegenden Produktivkraft der Gesellschaft zurückgehen. Energiegewinnung und -nutzung sind die Grundbedingungen für die Existenz aller Gesellschaften. Die Mobilisierung der Energiequellen erfolgt im Rahmen von Systemen, die sowohl eine technische als auch eine ökonomische Dimension aufweisen: der Energiesysteme.²

Vom Anfang der menschlichen Gesellschaft bis in ihre vorhersehbare Zukunft lassen sich drei hauptsächlichliche Energiesysteme unterscheiden:

Hubert Fetzer – Jg. 1932, Dr. phil., Diplomphilosoph; 1956-1971 Tätigkeit in der Braunkohlenindustrie, 1972-1991 Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR.
hubert.fetzer@t-online.de

1 Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort (1859), in: Ders., Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 13, Berlin 1961, S. 9.

2 Vgl. Jean-Claude Debeir, Jean-Paul Deléage, Daniel Hémy: Prometheus auf der Titanic. Geschichte der Energiesysteme, Frankfurt/New York 1989.

a) die Bändigung des Feuers durch den Menschen, die das Zeitalter der Nutzung des Holzes als Energiequelle für den Menschen einleitete. Dies ermöglichte es, Metall zu bearbeiten, effektiver zu jagen, Ackerbau zu betreiben und somit ein wachsendes Mehrprodukt über den unmittelbaren Verzehr hinaus zu schaffen. Damit war die Voraussetzung für den Übergang zur Sklavenhaltergesellschaft und von dieser zum Feudalismus gegeben;

b) die Nutzung von Kohle, später Öl, Atomenergie und Gas, die das fossil-atomare Energie-Zeitalter prägt. Dies ermöglichte den Menschen, ihre Arbeitskraft in immer höherem Maße durch Maschinen zu ersetzen. Auf dieser Grundlage entwickelte sich der Kapitalismus der freien Konkurrenz, dann der Imperialismus;

c) die Nutzung regenerativer Energiequellen, vor allem Sonnenlicht, Wind, Wasserkraft und Biomasse, die das postfossile Zeitalter bestimmen wird. Der Übergang in dieses Zeitalter vollzieht sich gegenwärtig. Er wird dann abgeschlossen sein, wenn die Gewinnung fossiler Energieträger wie auch die Nutzung der Atomenergie nicht mehr mit der Erzeugung regenerativer Energie konkurrieren können und die Förderung der Restressourcen von Kohle, Öl, Gas und Uran sich nicht mehr lohnt. Bei aller Unterschiedlichkeit der Entwicklung der regenerativen Energienutzung in den verschiedenen Weltregionen und den höchst kontroversen Prognosen über die Dauer wirtschaftlicher Ausschöpfbarkeit fossiler und atomarer Energievorräte kann man wohl davon ausgehen, dass der Übergang zum postfossilen Zeitalter am Ende dieses Jahrhunderts im wesentlichen vollzogen sein wird.

Das fossil-atomare Energiesystem – energetische Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise

Die relative Mehrwertproduktion ist nur möglich, wenn die Produktivität der Arbeit gesteigert wird, und diese wiederum ist das Resultat der Umwälzung der Produktionsbedingungen und der Nutzung fossiler wie auch atomarer Energieträger. Die Vorteile der fossilen Energieträger für den kapitalistischen Produktionsprozess ergeben sich aus einer Reihe spezifischer Eigenschaften:³

Erstens können fossile Energieträger fast ortsunabhängig eingesetzt werden, indem sie von den Lagerstätten relativ leicht zu den Verbrauchsorten verbracht werden können. Damit ist eine ökonomische Geografie möglich, die sich weniger an natürlichen Gegebenheiten als an Rentabilitäts Gesichtspunkten orientiert.

Zweitens sind fossile Energieträger zeitunabhängig, da sie leicht zu speichern sind und unabhängig von Tages- und Jahreszeiten genutzt werden können. Sie sind daher sehr gut für die Beschleunigung der ökonomischen Prozesse zu verwenden.

Drittens erlauben die fossilen Energieträger Konzentration und Zentralisation ökonomischer Prozesse. Das fossile Energieangebot kann mit der Akkumulation des Kapitals mitwachsen.

Die fossilen Energieträger bilden nicht nur die energetische Grundlage des Kapitalismus, sie bestimmen auch in hohem Maße die Entwicklungsprozesse seiner Wirtschaft und Gesellschaft. Erstens sind fossile wie auch atomare Energieträger nur an bestimmten Punkten des Erdkörpers vorhanden. Das heißt: Die Eigentümer je-

3 Vgl. Elmar Altvater: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster 2005, S. 85 ff.

ner Bodenabschnitte, in denen fossile und atomare Energieträger lagern, besitzen damit das Monopol, über diese Energieträger zu verfügen.⁴ Sie können ihre Verfügungsgewalt durch Krieg, Enteignung, Bodenverkauf verlieren oder mit Förderkonzessionen zeitweilig an andere ausleihen. Das ändert jedoch nichts an dem monopolbildenden Charakter jener Energieträger. Wer über ihre Lagerstätten verfügt (entweder durch Eigentum am Boden oder durch eine Förderkonzession), der hat das Monopol für die Erzeugung fossiler und atomarer Energie. Dieses Monopol kann durch alle anderen, die nicht über solche Lagerstätten verfügen, nicht gebrochen werden, außer wenn sie sich in den Besitz der Lagerstätten setzen.

Das hat zur Folge, dass diejenigen, die über die Lagerstätten fossiler und atomarer Energieträger verfügen, bestimmen können, in welcher Menge Öl, Gas, Kohle und Uran gefördert und zu welchem Preis auf den Markt gebracht werden. Welche Konsequenzen dies für die Weltwirtschaft hatte, zeigte exemplarisch die Ölkrise von 1973.⁵ Die weltwirtschaftliche Entwicklung in der Gegenwart und nahen Zukunft wird in hohem Maße davon bestimmt, dass Peak Oil in voraussichtlich wenigen Jahren erreicht sein wird.⁶ Dann wird die Ära des billigen Öls unwiderruflich zu Ende gehen, da die Förderung der noch verbliebenen Erdölvorräte unter immer komplizierteren geologischen Bedingungen ständig wachsende Kosten verursacht wird. Zweitens hat das Gebundensein fossiler und atomarer Energieträger an bestimmte Punkte des Erdkörpers zur Folge, dass diejenigen Lagerstätten, die heute ausgebeutet werden, morgen versiegen und durch neu aufzuschließende Förderfelder an anderer Stelle ersetzt werden müssen.

Die Jagd zuerst nach Kohle, später Öl und Uran und zuletzt Gas ging und geht über den ganzen Erdball und hat immer wieder zu Kriegen geführt. So war ein Erdölimperium eines der grundlegenden deutschen Ziele im 2. Weltkrieg.⁷ Die Außenpolitik der USA in den letzten Jahrzehnten ist wesentlich vom Interesse diktiert, den steigenden Ölimport zu sichern. Da die Ölreserven der Welt vor allem in solchen Krisengebieten wie Naher und Mittlerer Osten sowie Westafrika liegen, setzen die USA in wachsendem Maße auf militärische Gewalt, um ihre Energieinteressen durchzusetzen.⁸ Das zeigt nicht zuletzt der Irakkrieg. Im Ergebnis heißt das: Das fossil-atomare Energiesystem liefert eine der Grundlagen, nämlich die energetische Basis, für die Macht der Energie- und Rüstungskonzerne im Kapitalismus.

Last but not least bringt die Nutzung fossiler und atomarer Energieträger unabsehbar negative Folgen für die Umwelt mit sich. Ihre Gewinnung wie auch nicht selten ihr Transport führen zur Zerstörung der natürlichen Umgebung. Die Verbrennung der fossilen Energieträger setzt klimaschädliche Gase frei, die die Erde in ein Treibhaus verwandeln. Für die atomaren Brennstäbe gibt es keine sicheren Endlager.

Die Herausbildung des nachhaltigen Energiesystems liefert die energetische Grundlage für eine Veränderung der Produktions- und Lebensweise der Gesellschaft

Im Rahmen des zu Ende gehenden fossil-atomaren Energiesystems entstehen erste Elemente eines neuen Energiesystems, das auf der Nutzung regenerativer Energiequellen beruht. Träger regenerativer

4 Marx charakterisierte das Monopol des Grundeigentums so: »Das Grundeigentum setzt das Monopol gewisser Personen voraus, über bestimmte Portionen des Erdkörpers als ausschließliche Sphären ihres Privatwillens, mit Ausschluß aller andern zu verfügen.« In: Ders.: Das Kapital, Dritter Band, MEW, Bd. 25, Berlin 1964, S. 628.

5 Vgl. Daniel Yergin: Der Preis. Die Jagd nach Öl, Geld und Macht, Frankfurt/Main 1993, S.708 ff.

6 Vgl. Kenneth S. Deffeyes: Beyond Oil: The View from Hubbert's Peak, New York 2006; Colin J. Campbell u. a.: Ölwechsel, München 2002.

7 Vgl. Dietrich Eichholtz: Krieg um Öl. Ein Erdölimperium als deutsches Kriegsziel (1938-1943), Leipzig 2006.

8 Vgl. Michael T. Klare: Blood and Oil. The Dangers and Consequences of America's Growing Petroleum Dependency, New York 2004.

9 Dem Vorschlag von sozialen Bewegungen in Lateinamerika folgend, wird in diesem Artikel das allgemein gebräuchliche Wort »Biokraftstoffe« durch »Agrartreibstoffe« ersetzt, da mit dem positiv besetzten Begriff »Bio« verschleiert wird, was tatsächlich geschieht: Das Agrobusiness produziert aus Pflanzen Treibstoff, um eine zerstörerische und unsoziale globale Ökonomie am Leben zu erhalten.

Energie sind Sonnenlicht und -wärme, Wind, Wasser, Erdwärme und Biomasse in Form von Pflanzen und organischem Abfall. Der gesellschaftlich relevante Unterschied zwischen ihnen besteht im Grad ihres Gebundenseins an den Erdkörper. So sind Pflanzen (wenn man von Hydrokulturen absieht) an für Pflanzenwuchs geeignete Bodenabschnitte und Wasservorkommen des Erdkörpers gebunden. Dadurch sind Pflanzen in Quantität und Qualität limitiert. Daraus folgt: Auch die Produktion regenerativer Energie aus Pflanzen ist durch die Beschaffenheit des Erdkörpers begrenzt. Wenn Agrartreibstoffe⁹ erzeugt werden, geschieht dies entweder aus Biomaterial, das nicht zur Nahrungsgüterproduktion Verwendung findet oder aus Pflanzen, die bisher als Grundlage für Lebensmittel dienten. Gegenwärtig wird Agrartreibstoff vornehmlich aus Mais, Zuckerrohr, Palmöl, Sojabohnen und Raps hergestellt, d. h., es findet ein Verdrängungswettbewerb auf Kosten der Nahrungsgüterproduktion statt. Auch wenn die großen Agrarkonzerne ankündigen, eine zweite Generation von Agrartreibstoffen zu entwickeln, die sich auf das Material der gesamten Pflanze, auf Pflanzenabfall sowie auf Pflanzen außerhalb der Nahrungsgüterkette stützen sollen, ändert dies nichts an der natürlichen Begrenztheit der Agrartreibstoffproduktion, so dass jede weitere Steigerung dieser Produktion unweigerlich bisher für die Nahrungsgüterproduktion genutzte Flächen okkupiert und immer größere Schneisen in den Rest des tropischen Urwalds schlägt, wie dies in Brasilien, Malaysia und Indonesien geschieht.

Der Löwenanteil regenerativer Energie wird durch Solarzellen, Windkraftträder, Biogasanlagen, Wasserkraftwerke sowie zukünftig auch aus Erdwärme erzeugt werden. Dabei kommt den Solarzellen eine Schlüsselrolle zu, weil die in ihnen in Elektroenergie umzuwandelnde Sonnenstrahlung für die menschliche Existenz unbegrenzt zur Verfügung steht und weil die Produktion der Solarzellen im Unterschied zu Pflanzen nicht mit bestimmten Abschnitten des Erdkörpers verbunden ist. Solarzellen können im Prinzip überall produziert werden. Außerdem ist ihre Herstellung im Unterschied zum Agrartreibstoff mengenmäßig nicht begrenzt, da Silizium als ihr Ausgangsmaterial praktisch unbegrenzt zur Verfügung steht.

Der unterschiedliche Grad des Gebundenseins der Träger regenerativer Energie an den Erdkörper bedingt auch den Charakter des kapitalistischen Konkurrenzkampfes um ihre wirtschaftliche Nutzung. Der Markt für Agrarprodukte ist zwischen den großen Agrarkonzernen aufgeteilt. Da dieser Markt durch die natürlichen Grenzen der Pflanzenproduktion begrenzt ist und tendenziell durch Bodenerosion kleiner werden wird, haben die Agrarkonzerne praktisch ein Monopol über den Handel mit Agrarprodukten. So hat sich neben Big Oil bereits Big Grain herausgebildet. Cargill und ADM kontrollieren 65 Prozent des weltweiten Getreidehandels. Diese Konzerne beherrschen nun auch Produktion und Absatz der Agrartreibstoffe. In den letzten Jahren ist auf diesem Gebiet ein Konzentrationsprozess zu beobachten, der unsere ganze Aufmerksamkeit erfordert. Um ihre dominierende Stellung auf dem Treibstoffmarkt auch in Zukunft zu sichern, sind die Ölkonzerne dabei, Patenschaften mit den Agrarkonzernen einzugehen. Es vollzieht sich eine enge Verflechtung des Big Business auf den Gebieten Öl, Getreide, Gentechnik und Auto-

bau: ADM mit Monsanto, Chevron mit Volkswagen, BP mit DuPont und Toyota. Diese Partnerschaften vereinigen Forschung, Produktion und Absatz der Nahrungsgüter und Kraftstoffe unter einem riesigen gemeinsamen Dach.¹⁰ Damit wird ein kapitalistischer Konzentrationsprozess vollzogen, der nicht nur schlechthin gigantisch ist, sondern die Menschheitsentwicklung in ihren Lebensadern trifft: Nahrung und Energie.

Die antikapitalistischen Kräfte sind dadurch in eine Auseinandersetzung gestellt, die von vornherein global ist, in ihrer Schärfe bisherige Erfahrungen weit in den Schatten stellen kann und eventuell in das postfossile Zeitalter hineinreichen wird, weil es den Ölkonzernen mit ihren Partnerschaften (und möglichen nachfolgenden Fusionen) gelingen kann, ihre Dominanz beim Handel mit Öl auf den Bereich der Pflanzenprodukte auszudehnen.

Anders vollzieht sich der Konkurrenzkampf um die Produktion von Solarzellen. Auch wenn führende Ölkonzerne wie z. B. Shell begonnen haben, sich auf eine Führungsrolle auf dem Gebiet der Photovoltaik einzustellen, kann es ihnen nicht gelingen, die Produktion dieser Energieträger so zu beherrschen wie die Ölförderung, weil die Produktion von Solarzellen nicht an bestimmte Punkte der Erde gebunden ist. Im Konkurrenzkampf der Solarzellenproduzenten werden ständig neue Produktionsverfahren und Produkte entwickelt, die zu neuen Firmengründungen führen, bisherige Firmen insolvent werden lassen. Auf der ganzen Welt schießen neue Produktionsstätten für Solarzellen wie Pilze aus dem Boden. Dieser Prozess lässt sich nicht monopolisieren.

Die Wirkung regenerativer Energien auf die Atmosphäre ist sehr unterschiedlich. So entsteht bei der Umwandlung von Sonnenstrahlung und Wind in Elektroenergie kein CO₂ wie bei der Verbrennung von Kohle, Öl oder Gas. Lediglich beim Produktionsprozess von Photovoltaik- und Windkraftanlagen (z. B. bei der energieintensiven Fertigung des Reinstsiliziums für Photozellen) wird CO₂ frei. In Bezug auf die Produktion von Agrartreibstoffen gibt es jedoch »deutliche Anhaltspunkte, dass jegliche Einsparung an Emissionen durch die Reduzierung der Verbrennung fossiler Energieträger aufgehoben wird durch weit größere Emissionen infolge von Abholzung, Torfentwässerung und -verbrennung, andere Veränderungen der Bodennutzung, den Verlust an Kohlenstoff im Boden und die Emission von N₂O«.¹¹ N₂O ist ein fast 300-fach wirksames Treibhausgas als CO₂ und wird beim Einsatz von Stickstoffdünger für die Pflanzenproduktion freigesetzt. Das hat zur Folge, dass die Produktionskette vom Raps zum Agrardiesel bis zu 70 Prozent mehr klimaschädliche Gase erzeugt als die Produktion fossilen Diesels. Bei der Ethanolproduktion aus Mais beträgt die entsprechende Erhöhung bis zu 50 Prozent gegenüber der Benzinproduktion.¹²

Bisher vorliegende Einschätzungen zu Agrartreibstoffen kommen zu folgender übereinstimmend kritischen Gesamtwertung: Agrartreibstoffe, die großflächig durch das globale Agrobusiness produziert werden¹³, stellen keine der Menschheitsentwicklung dienliche Alternative zu fossilen Treibstoffen dar, weil sie klimaschädliche Emissionen nicht verringern, sondern vergrößern, weil sie in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion treten und sie jetzt schon zu

10 Vgl. Eric Holtz-Giménez: Displaced Peasants, Higher Food Prices and a Crutch for the Petrol Economy, in: Le Monde diplomatique, Juli 2007.

11 Agrofuels – Towards a reality check in nine key areas, Juli 2007, S. 9, www.corporateeurope.org/docs/agrofuelsrealitycheck.pdf.

12 P. J. Crutzen et al: N₂O release from agro-biofuel production negates global warming reduction by replacing fossil fuels, in: Atmospheric Chemistry and Physics Discussions 7/2007, <http://tinyurl.com/ywbft6>.

13 Davon zu unterscheiden sind Biokraftstoffe, die auf kleinen Flächen von Bauern produziert werden und in der lokalen Wirtschaft nützlich sein können.

14 Agrofuels, a. a. O., S. 6 f.; The False Promise of Biofuels, September 2007, www.ifg.org/pdf/biofuels.pdf.

15 Report of the Special Rapporteur on the right to food to the General Assembly of the UN, 22. 8. 2007, S. 22, www.righttofood.org/A62289.pdf.

16 Offener Brief: Wir rufen die EU dazu auf, Zielvorgaben für Biokraftstoffe in Europa fallen zu lassen, 31. 1. 2007, www.biofuelwatch.org.uk/2007Jan31-openletterbiofuels-german.pdf

17 Vgl. The EU's agrofuel folly, Juni 2007, www.corporateeurope.org/agrofuelfolly.html.

18 Trotz des riesigen Investbooms wird z. B. Agrardiesel niemals in der Lage sein, mehr als einen kleinen Teil der globalen Dieselnachfrage zu decken. So werden nach offiziellen Schätzungen im Jahre 2010 etwa 48 Mrd. Liter Agrardiesel weltweit produziert werden. Das ist etwa ein Fünftel des jährlichen Verbrauchs an Diesel nur in den USA.

19 Vgl. A sustainable energy future is possible now, New York 2006, www.abolition2000.org.

gefährden beginnen, weil sie die biologische Vielfalt durch Abholzung und Monokultur radikal reduzieren, weil sie die Macht der Agrarkonzerne gegenüber den Bauern vergrößern und die Macht der mit ihnen verbündeten Ölkonzerne festigen und weil sie schließlich den Widerspruch zwischen den Industriestaaten des Nordens und den Ländern des Südens verschärfen werden.¹⁴

Der UN-Berichtersteller für das Recht auf Nahrung fordert von allen Staaten ein fünfjähriges Moratorium für jegliche Initiative, Agrartreibstoffe durch die Umwandlung von Nahrung in Treibstoff zu entwickeln, weil es notwendig ist, die Perspektive der Agrartreibstoffe im internationalen Maßstab zu klären.¹⁵ Eine doppelte Verantwortung haben dabei die Linken in Europa. Einerseits sind sie angehalten, die Forderung von Nichtregierungsorganisationen und Persönlichkeiten aus der ganzen Welt an die EU zu unterstützen, Zielvorgaben für Agrartreibstoffe in Europa fallen zu lassen¹⁶, da sie für Europas Landwirtschaft unerreichbar sind und eine ökologisch und sozial zerstörerische Explosion der Agrartreibstoffproduktion in Entwicklungsländern hervorgerufen haben. Andererseits müssen die Linken für Europas Bauern Partei ergreifen gegen das Agrobusiness, das seine Interessen mit Hilfe der EU-Kommission bisher durchzusetzen versteht.¹⁷

Aus all dem folgt: Agrartreibstoffe vom Big Business sind kein notwendiger Bestandteil eines zukünftigen Energiesystems, da sie erstens nicht nur qualitativ keine Alternative zu den fossilen Treibstoffen darstellen, sondern sie auch quantitativ nicht ersetzen können¹⁸ und weil zweitens technische Möglichkeiten zur Ablösung des Verbrennungsmotors im Auto durch Elektroantrieb, Brennstoffzelle und zukünftig weitere Neuerungen heranreifen. Der Hybridmotor ist das klassische Beispiel für eine Übergangslösung.

Ob die Agrartreibstoffe im Transportwesen aber wirklich nur eine temporäre Erscheinung bilden und letztlich mit den fossilen Treibstoffen verschwinden werden, hängt vom Kräfteverhältnis zwischen der Allianz von Öl- und Agrarkonzernen und den sie unterstützenden politischen Kräften einerseits und einer sich erst auf lokaler Ebene in Afrika, Lateinamerika und Asien entwickelnden internationalen Bewegung gegen den Agrartreibstoffwahn, für wirklich nachhaltige regenerative Energien andererseits ab.

Die Konturen des zukünftigen Energiesystems sind noch sehr verschwommen, da sich seine Elemente im Rahmen des fossilen Energiesystems gegenwärtig erst herauszubilden beginnen und den Bedingungen dieses Systems unterliegen. Zwei Grundeigenschaften des postfossilen Energiesystems zeichnen sich jedoch schon ab. Erstens wird die zukünftig von der Menschheit zu nutzende Energie aus regenerativen Quellen kommen und zweitens wird das Energiesystem die natürliche Umwelt erhalten. Dieses Energiesystem kann m. E. am präzisesten mit dem Begriff »nachhaltiges Energiesystem« erfasst werden.¹⁹

Welche Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung wird ein solches Energiesystem aus heutiger Sicht haben?

Die für die weitere Existenz der Menschheit wichtigste Konsequenz ist die radikale Reduzierung klimaschädlicher Emissionen. Ein Gesamtvergleich der CO₂-Emission von nachhaltigem und fossil-ato-

marem Energiesystem ist noch nicht möglich. Es ist aber zu vermuten, dass er eindeutig zu Gunsten des Ersteren ausfällt, weil der Anteil der Verbrennungsvorgänge weitaus geringer sein wird.

Eine weitere wesentliche Konsequenz für die Gesellschaftsentwicklung lautet lapidar: Es wird keine Kriege um Erdöl und Gas mehr geben. Um Windräder und Solarzellen werden keine kriegerischen Auseinandersetzungen geführt werden, da sie nicht an bestimmte Bodenabschnitte gebunden sind, sondern an vielen Punkten des Erdkörpers produziert und installiert werden können. Das bedeutet nicht, dass Kriege damit aus dem Leben der Gesellschaft völlig verschwinden werden. Die Konflikte um Wasser, mineralische Rohstoffe und Nahrungsgüterressourcen bergen Zündstoff, auch im Zusammenhang mit Klimaveränderungen. Aber das Versiegen der fossilen und atomaren Energieressourcen entzieht den gegenwärtigen Weltkonflikten einen wesentlichen Bestandteil ihres ökonomischen Nährbodens.

Eine weitere grundlegende Konsequenz der Nutzung nachhaltiger Energien für die Gesellschaft ergibt sich aus der vorwiegend dezentralen Struktur ihrer Produktion und Nutzung. Dies eröffnet einem nicht geringen Teil der Menschheit vor allem in Afrika und Asien, dem der Zugang zu Elektroenergie auf Grund der Begrenztheit der Kraftwerksnetze bisher verschlossen war, die Chance, sich zukünftig mit Elektroenergie selbst zu versorgen und damit eine grundlegende Voraussetzung für ein besseres Leben zu schaffen.²⁰

Die in den nächsten Jahren zunehmende Präsenz von Elementen des nachhaltigen Energiesystems wird sicher weitere Auswirkungen dieses Systems auf die Gesellschaft vorhersehbar werden lassen, z. B. positive Wirkungen auf die Gesundheit der Menschen. Insgesamt lässt sich vorläufig sagen: Der Übergang vom fossil-atomaren zum nachhaltigen Energiesystem gibt der Menschheit die Chance zum schonenderen Umgang mit der Natur, vermindert die Gefahr großer Ressourcenkriege und eröffnet die Möglichkeit des Zugriffs auf Elektroenergie für alle Menschen. Wie die Produktions- und Lebensweise der Gesellschaft unter diesen Voraussetzungen im einzelnen verändert wird, hängt vom Kräfteverhältnis der gesellschaftlichen Gruppen ab, die für die Beibehaltung bzw. Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise eintreten.

Sozialismus ist ein transformatorischer Prozess, der im Kapitalismus unter den Bedingungen des fossil-atomaren Energiesystems begonnen hat und unter den günstigeren Bedingungen des nachhaltigen Energiesystems in eine sozialistische Gesellschaft münden kann²¹

Die gegenwärtigen westlichen Gesellschaften sind kapitalistisch, weil in ihnen die Kapitalverwertung dominiert, der Profit also das Maß in Wirtschaft und Gesellschaft ist. Die Merkmale der heutigen kapitalistischen Gesellschaft sind Zerstörung der Umwelt, imperiale Kriege, sozialer Raubbau und Aushöhlung der Demokratie. Trotzdem bleiben die bürgerlichen Gesellschaften janusköpfig. Technologische Leistungsfähigkeit und Bildungsstand sind entwickelter denn je. Rechtsstaatlichkeit und pluralistische Demokratie bieten trotz immer massiver werdender Versuche ihrer Einschränkung immer

20 Vgl. Hermann Scheer: Solare Weltwirtschaft, München 1999; Ders.: Energieautonomie, München 2005.

21 Die nachfolgende Argumentation zum Sozialismus als Transformationsprozess folgt Dieter Klein, Michael Brie: Elementare Fragen neu bedenken. Kapitalismus, Sozialismus, Eigentum und Wege der Veränderung, Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, Standpunkte 2/2007.

noch wichtige Entwicklungschancen. Die Dialektik des Verständnisses der heutigen westlichen Gesellschaften besteht darin, dass sie einerseits kapitalistisch sind. Doch sie sind andererseits nicht nur kapitalistisch, da durch die Kämpfe für Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Frieden, Nachhaltigkeit und Emanzipation zivilisatorische Entwicklungspotentiale der bürgerlichen Gesellschaft ausgeschöpft werden können. Dies eröffnet die Möglichkeit, Elemente einer über den gegenwärtigen Kapitalismus hinausgehenden Produktions- und Lebensweise im Rahmen heutiger gesellschaftlicher Verhältnisse zu entwickeln.

Neben dem Kampf um den Erhalt bzw. die Rückgewinnung öffentlichen Eigentums kommt der Durchsetzung nachhaltiger Energien gegen die Verteidiger des fossil-atomaren Energie-Regimes eine große Bedeutung zu, denn auf der Grundlage eines nachhaltigen Energiesystems sind aus heutiger Sicht bessere Bedingungen für gesellschaftliche Veränderungen als unter der gegenwärtigen Allmacht der Energie- und Rüstungskonzerne möglich. Dies bedeutet aber nicht, dass mit der Herausbildung des postfossilen Energiesystems automatisch der Kapitalismus abstirbt. Welche Kämpfe auszufechten sein werden, zeigt die oben skizzierte Vereinigung von Öl- und Agrobusiness zu einer gemeinsamen überaus starken Front gegen den sozialen Fortschritt.

Wie dargestellt, schaffen die Produktivkraftveränderungen jedoch einige grundlegend neue Voraussetzungen für die gesellschaftliche Entwicklung und auch günstigere Bedingungen für den Kampf der antikapitalistischen Kräfte. Wie dieser Kampf ausgehen und wie die postfossile Gesellschaft sich letzten Endes entwickeln wird, kann nicht vorausgesagt werden.

Prinzipiell kann jedoch gesagt werden, dass das nachhaltige Energiesystem eine solche Produktions- und Lebensweise ermöglicht, die die Natur erhält, nicht zu Ressourcenkriegen drängt und jedem Menschen Zugang zu Energie und damit zu einem besseren Leben eröffnet. Das heißt: Die dem nachhaltigen Energiesystem gemäße Gesellschaftsordnung ist nicht der Kapitalismus, sondern der Sozialismus. Die Hoffnung erscheint daher nicht unberechtigt, dass das postfossile Zeitalter letztlich zu einem sozialistischen Zeitalter werden wird.

JÜRGEN LEIBIGER

Chancengerechtigkeit, Entwicklung, Ausbeutung

Ausbeutung? Was war das doch gleich? Schon lange bevor die neu aufgeflamnte Wert-Preis-Debatte seit den 1970er Jahren dazu führte, dass sich selbst viele von Marx inspirierte Ökonomen von dessen Wert- und Mehrwerttheorie abwandten und den Ausbeutungsbegriff fürderhin vermieden¹, schien dieser Begriff obsolet geworden. Das im 20. Jahrhundert wachsende Realeinkommen und die Schaffung eines, wenn auch bescheidenen Vermögens der Arbeiter schien die Ausbeutungstheorie praktisch ad absurdum zu führen und Richard Gerster sprach bereits 1973 von der »Agonie eines Begriffs«². Heute erfolgt in weiten Teilen der Welt die Transformation zum Kapitalismus, und der wachsende Strom der Migration in die kapitalistischen Zentren mit hohem Wohlstand zeigt, dass vielen Menschen – falls sie davon überhaupt etwas verstehen – egal ist, dass dieses System auf Ausbeutung beruht. Viele, auch kritische Ökonomen konzentrieren sich auf die Analyse der funktionalen Zusammenhänge von Verteilung und Beschäftigung, Hauptsache, die Arbeitslosigkeit könne gesenkt werden.

Kam also mit dem Siegeszug des Kapitalismus der Ausbeutungsbegriff abhanden, so erlebt heute die Forderung nach Gerechtigkeit eine unerwartete Renaissance und der Diskurs über Fairness, Generationengerechtigkeit, Chancengerechtigkeit oder Teilhabegerechtigkeit hat die Wirtschaftswissenschaften erreicht. Es ist bemerkenswert, dass die Weltbank ihren Weltentwicklungsbericht 2006 den Fragen von »Chancengerechtigkeit und Entwicklung« widmet und in diesem Zusammenhang die Bedeutung von Macht und Eigentum, Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, Chancengleichheit und Ungleichheit einer breiten Analyse unterzieht.³

Wie ist der Ausbeutungsbegriff, falls er sozialanalytisch etwas hergibt, in diesem Diskurs zu verorten? Nicht wenige Ökonomen lehnen eine solche Verortung mit dem Hinweis auf Marx ab. Er hatte sich in der Tat über »ewige« Gerechtigkeitsbegriffe lustig gemacht und gefragt: »Ist (die heutige Verteilung) ...in der Tat nicht die einzige ›gerechte‹ Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise?«⁴ Aber er hatte sich nicht damit zufrieden gegeben, diese Frage zu stellen, sondern zeigt, dass diese »gerechte« Verteilung in einem historisch übergreifenden Kontext bewertet werden kann, anders sind theoretische Kritik und die Mobilisierung von Kritikern sowie die theoretische und praktische Entwicklung von Alternativen nicht möglich. Der Ausbeutungsbegriff hat den Vorteil, eine moralisch-ethische mit einer streng ökonomischen Dimension zu vereinen. Was wäre gewonnen, würde auf deren Thematisierung verzichtet?

Jürgen Leibiger – Jg. 1952; Dr. rer. oec. habil., Studium der Mathematik und Datenverarbeitung in Halle, 1985/86 Dozent für politische Ökonomie in Addis Abeba, seit 1992 als Referatsleiter und Dozent für Volkswirtschaftslehre an einer Fortbildungsakademie. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Demografische Wende und Finanzierung des Wohlfahrtsstaats, Heft 188 (Juni 2006).

1 Inzwischen ist die Debatte neu eröffnet und eine Reihe der damals vorgebrachten Argumente gegen die Marxsche Theorie haben sich als haltlos erwiesen. Vgl. den aktuellen Überblick bei Hans-Peter Büttner: Marx revisited. Geschichte und immanente Probleme der neoklassischen bzw. neoricardianischen Marx-Interpretation, in: Grundrisse 18, Wien 2006, S. 16-25.

2 Richard Gerster: Ausbeutung. Agonie eines wirtschaftswissenschaftlichen Begriffs, Zürich 1973.

3 Weltbank: Weltentwicklungsbericht 2006: Chancengerechtigkeit und Entwicklung. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Düsseldorf 2006.

4 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, MEW Bd. 19, S. 18.

5 John Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 1979, S. 28.

Gleichheit und Gerechtigkeit

Im Gerechtigkeits-Diskurs sind mindestens drei sich überschneidende Felder auszumachen, in denen nach Gerechtigkeit gesucht wird und auf die sich die folgenden Überlegungen beschränken: Gerechtigkeit im Austausch (Äquivalenzttausch), Gerechtigkeit in der Verteilung und Gerechtigkeit in der Grundstruktur der Gesellschaft, wenn diese auf allgemein anerkannten Grundsätzen oder Regeln beruht (prozedurale Gerechtigkeit, Fairness).⁵

Beginnen wir mit der Gerechtigkeit in der Einkommensverteilung. In der Geschichte hat immer eine Diskussion darüber stattgefunden, inwieweit die Verteilungswirklichkeit bestimmten Wertvorstellungen entspricht. Zwar sind die Normen teilweise selbst Resultat der Verteilung, weil das Denken von ihr mitbestimmt wird (z. B. weil die Einkommens- und Machteliten mittels medialer Dominanz die gegebene Verteilung als gerecht proklamieren), aber immer hat es auch Kritik an ihnen gegeben und immer wurden über sie hinausweisende Vorstellungen entwickelt. Heute stellt sich diese Frage nicht nur als eine historische Frage. Unter den Bedingungen der gleichzeitigen Existenz unterschiedlicher gesellschaftlicher und staatlicher Systeme sind vergleichende Analysen an der Tagesordnung, und politische Entscheidungen werden ganz selbstverständlich unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit bewertet. In der späten Sowjetunion entschied man sich (Die Frage, *wer* das entschied, soll hier offen bleiben.) trotz jahrzehntelanger Indoktrination mit dem Marxismus-Leninismus für einen Systemwechsel und damit faktisch für einen neuen Verteilungsmodus. Jeder Migrant trifft – mehr oder weniger frei und bewusst – eine Entscheidung darüber, wo er leben und arbeiten will und welcher Verteilungsnorm er sich damit unterwirft.

Wird Verteilungsgerechtigkeit mit Gleichheit identifiziert, konzentriert sich die Frage auf die Bestimmung dessen, *was* gleich sein soll. Geht man z. B. vom heutigen Welt-BIP pro Kopf, ca. 9 000 US-\$ in Kaufkraftparitäten, aus, wäre das eine Nivellierung auf das Niveau Brasiliens oder Rumäniens. Würden die Menschen der Länder mit höherem Pro-Kopf-Einkommen eine solche Nivellierung als gerecht empfinden? Wohl kaum, weil damit ihre Reproduktion unter den gegebenen nationalen Bedingungen im Durchschnitt gefährdet und das wichtige Gerechtigkeitsprinzip der Verteilung entsprechend der Leistung verletzt würde. Zwar ist die persönliche Leistung neben den individuellen Voraussetzungen und Bemühungen auch durch die allgemeine Arbeitsproduktivität, Naturbedingungen, historische und kulturelle Voraussetzungen, also gesellschaftlich bestimmt, aber vorläufig ist diese Gleichheit unrealistisch, weil die Menschen in diesen Ländern diese gesellschaftlichen Voraussetzungen auf nationaler Ebene als Resultat der gesellschaftlichen Anstrengungen in der Geschichte *ihres* Volkes und die natürlichen Bedingungen als Bestandteil *ihres* Nationalreichtums betrachten, auch wenn Teile hiervon aus kolonialer Ausbeutung oder ungleichen Formen des internationalen Austauschs stammen. Die Voraussetzung für diese Gleichheit wäre erst nach einem Wachstumsprozess mit unterschiedlichen Tempi (also einer Angleichung auf höherem Niveau) und der wirklich praktischen Erfahrung, dass der globale Reichtum

und das Welteinkommen Resultat *gemeinsamer* globaler Bemühungen ist, gegeben. Gleichmacherei wird selbst auf nationaler Ebene nicht akzeptiert und ihre demotivierenden Wirkungen sind kein unwichtiger Grund für den Untergang des Sozialismus.

Dies verdeutlicht, dass die Kriterien der Verteilungsgerechtigkeit eine historisch konkrete Dimension aufweisen. In der »Kritik des Gothaer Programms« fragt Marx, was »gerechte Verteilung« ist. Unter kapitalistischen Verhältnissen ist das diejenige, die dem Äquivalenzprinzip des Warenaustausches entspricht. Es ist demgegenüber bereits ein Fortschritt, wenn »der einzelne Produzent – nach den Abzügen – exakt zurück(erhält), was er (der Gesellschaft) gibt, ... (nämlich) sein individuelles Arbeitsquantum«, also Leistungsgerechtigkeit existiert. Erst in einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, gelte: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!«⁶ Da es unter absehbaren historischen, ökologischen und natürlichen Bedingungen Begrenzungen gibt, wird die Betrachtung des letzteren Prinzips hier nicht weiter behandelt und als dem Reich der Utopie angehörend künftigen Generationen überlassen.

Ein auch in der Gegenwart akzeptiertes Maß für Verteilungsgerechtigkeit ist die Leistungsgerechtigkeit: horizontale Gerechtigkeit (gleiche Leistung – gleiches Einkommen) und die vertikale Gerechtigkeit (höhere Leistung – höhere Einkommen). An diesem Maß darf auch die Grundstruktur des Kapitalismus gemessen werden. Wären Verhältnisse denkbar, die nach der einen Seite hin als gerecht, nach einem anderen Kriterium aber ungerecht wären? Unbedingt: Niemand würde Ausbeutung als gerecht bezeichnen, trotzdem beruhen Ausbeutungsverhältnisse auf einem Austausch, bei dem es »rechens« und »fair« zugeht. Das heißt, ein ökonomischer Gerechtigkeitsbegriff lässt sich nicht auf ein Kriterium allein und nicht auf die Einkommen reduzieren, sondern muss mindestens die Ungleichheit der Bedingungen, unter denen eine bestimmte Leistung erbracht und ein bestimmtes Einkommen erzielt wird, in Betracht ziehen.

Nach John Rawls Differenzprinzip müssen »soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten ...den am wenigsten begünstigten Angehörigen der Gesellschaft den größten Vorteil bringen.«⁷ Auch bei Marx sind Ausbeutungsverhältnisse unter bestimmten Verhältnissen von Vorteil. Der Übergang zum Kapitalismus, so gewaltsam er auch verlief, war Bedingung jener enormen Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums, die er und Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest als Errungenschaft der Bourgeoisieherrschafft feierten. Der Unterschied zu Rawls besteht darin, dass der Vorteilsbegriff nicht mit dem Gerechtigkeitsbegriff zusammengeworfen wird. Um einen Fortschritt in der Reichtumsproduktion oder beim Einkommen der Armen für vorteilhaft zu halten, muss man ihn nicht für gerecht erklären. Die scharfsinnige Rawlsche Denkfigur beansprucht Gültigkeit bei gleichen Grundfreiheiten aller Personen, weshalb er die Konzentration von Eigentum und Vermögen ablehnt und – bei Ablehnung von Gemeineigentum – *gleiches privates* Eigentum an Produktionsmitteln fordert.⁸ Dies ist faktisch ein den Prämissen der neoklassischen Allgemeinen Gleichgewichtstheorie bei vollkommener Konkurrenz analoges Konstrukt. Hieraus resultieren bei ihm der ab-

6 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, MEW Bd. 19, S. 21.

7 John Rawls: Gerechtigkeit als Fairness. Ein Neuentwurf, Frankfurt a. M. 2006, S. 78.

8 Ebenda, S. 80.

9 Ebenda, S. 89.

solute Vorrang der Freiheit sowie seine Ablehnung der Idee einer Verteilungsgerechtigkeit, denn das Befolgen der Grund- und Verhandlungsregeln ist an sich schon gerecht, »einerlei, welche Form diese Verteilungen annehmen.«⁹ Rawls ist sich darüber hinaus offensichtlich auch nicht im Klaren über die Konsequenzen für das Produktivkraftniveau, das unter solch atomisierten Eigentumsverhältnissen realisierbar wäre.

10 Ebenda, S. 216 f.

Obwohl Rawls sein Ideal einer »Demokratie mit Eigentumsbesitz« nicht mit dem real existierenden Kapitalismus gleichsetzt¹⁰, werden seine Argumente häufig unvermittelt und selektiv auf gegenwärtige Verhältnisse übertragen, in denen die Güter und Chancen schon mit der Geburt der Menschen ungleich verteilt sind und scharfe soziale Asymmetrien herrschen. Diese unkritische Übersetzung seines Ansatzes führt dazu, dass wachsende Ungleichheit, da sie Anreize schaffe und leistungsfördernd sei, als gerecht definiert werden könnte, z. B. in Form der »trickle down economics«: Je reicher die Reichen sind, um so mehr tröpfelt davon angeblich für die Armen ab, eine ziemlich alte Denkfigur des Liberalismus.¹¹

11 Besonders klar und unverstellt bei Bernard Mandevilles: »Private Laster als gesellschaftliche Vorteile« von 1723.

Amartya Sen hat einen anderen Begriff von Gerechtigkeit und Fortschritt. »Wenn die Reichen massiv reicher werden, die Armen aber nur ein ganz klein wenig, dann ist das kein gerechtes System«, erwidert er Rawls.¹² Er betrachtet die »Beseitigung gewichtiger Unfreiheiten als eine *grundlegende Voraussetzung* für die Entwicklung«¹³, wobei ihm besonders wichtig ist, Entwicklung nicht auf Einkommenswachstum zu reduzieren, sondern als die Ausweitung von »menschlichen Verwirklichungschancen« zu interpretieren. »Gerechtigkeitsvorstellungen haben ihre größte Bedeutung darin, dass auf diese Weise offensichtliches Unrecht ausgemacht wird... und nicht in der Ableitung irgendeiner Formel, wie genau die Welt betrieben werden sollte.«¹⁴ Ist die Entstehung kapitalistischer Ausbeutung, verbunden mit wachsender Reichtumsproduktion unter diesem Gesichtspunkt als Freiheitsgewinn einzuordnen? Unbedingt: Die Herausbildung des doppelt freien Lohnarbeiters war eine Befreiung, z. B. die Befreiung von der Leibeigenschaft, obwohl die eine Ungerechtigkeit und die eine Unfreiheit durch eine jeweils andere ersetzt wird. Wäre die Befreiung von Ausbeutung die Beseitigung eines Unrechts? Offenbar auch. Das heißt, der Zusammenhang von Gleichheit, Gerechtigkeit und Ausbeutung, von Freiheit und Fortschritt ist komplexer und widersprüchlicher Natur und bedarf einer historischen Analyse. Wenn also der Abbau »offensichtlichen Unrechts« als Fortschritt einzuordnen ist, lohnt es schon, die zugegeben begrenzten Kriterien der Tausch- und der Verteilungsgerechtigkeit mit Blick auf den Ausbeutungsbegriff zu untersuchen.

12 Amartya Sen: Markt und Moral, www.3sat.de/kulturzeit/themen/80112/index.html 2005.

13 Amartya Sen: Ökonomie für den Menschen, München 1999, S. 10.

14 Ebenda, S. 310.

Ausbeutung

Wie ist zu erklären, dass Vermögenseinkünfte in Form von Zins, Pacht, Dividenden usw. realisiert werden und zur Aneignung von Gütern durch Kauf führen, obwohl dafür offensichtlich keine eigene Arbeit geleistet worden ist? Diese Güter werden offensichtlich über die für die Reproduktion der Produzenten notwendigen Güterbündel hinaus geschaffen. Die beständige und systematische Reproduktion dieser Differenzen kann weder als Ergebnis glücklicher Umstände,

einer Lotterie, eines Diebstahls oder der Übervorteilung erklärt werden, d. h. alles geht nach Recht und Gesetz zu. Ausbeutung ist auch nicht nur die Tatsache, dass Einkommen entstehen bzw. Güter angeeignet und konsumiert werden, deren Produktion nicht auf eigener Arbeit beruht. Die Versorgung der Kinder in einer Familie, von Kranken und Rentnern in einer Gesellschaft ist ebenfalls unbezahlte Aneignung fremder Arbeit, aber niemand käme auf die Idee, dies als Ausbeutung zu bezeichnen.

Es muss also eine in Bezug auf die Reproduktionserfordernisse der Arbeitenden und der Produktionsmittel überschüssige Gütermasse geschaffen worden sein, ein Mehrprodukt, das nicht von denjenigen, die es geschaffen haben, angeeignet wird. Austausch zwischen Kapital und Arbeit wäre aus Sicht des Produktionsmitteleigentümers sinnlos, wenn Produktionsmittel oder Finanztitel oder seine persönliche Leistung Profit schaffen könnten.

Der Anspruch auf die Aneignung des Mehrprodukts liegt beim Eigentümer der Produktionsmittel, egal ob er mitgearbeitet hat oder nicht. Eignet er sich das Mehrprodukt an, ohne an dessen Produktion beteiligt zu sein, ist er ein Ausbeuter, obwohl diese Aneignung regelgerecht, also fair ist. Diese Feststellungen dürfen nicht verwechselt werden. Die Frage, wer die Gütermasse produziert, wie diese gemessen wird, wer unter welchen Bedingungen sie sich aneignet und wer unter welchen Bedingungen ein Anrecht auf Aneignung hat oder, auch wenn er kein Anrecht hat, diese gewaltsam durchsetzt, diese Fragen werden häufig in einen Topf geworfen.

Die Arbeit unter fremdem Kommando erfordert entweder äußeren Zwang oder einen Austausch, in den die Arbeitskraft des Produzenten auf der einen Seite und die Mittel zu ihrem Erhalt von der anderen Seite eingehen. In der Sklaverei waren die Sklaven zwar mittels äußeren Zwangs an den Grundeigentümer gebunden, aber der Sklave »tauschte« dafür auch etwas ein. Anders hätte die Sklaverei nicht existieren können, weil keine noch so große Armee in der Lage gewesen wäre, eine Massenflucht zu verhindern. Aber nur dort, wo freies Land sich in Reichweite befand, bestand eine reale und abwägenswerte Alternative, sich der Sklaverei durch Flucht zu entziehen und sich eine unsichere und armselige Existenz, wenn nicht als Bauer oder Jäger, dann als Dieb zu schaffen, aber frei zu sein. Diese Wahlmöglichkeit bestand nicht überall und meist wurden die Risiken der Freiheit höher als ihre Vorteile veranschlagt. Was den Sklaven band, war die Möglichkeit des Erhalts seiner Person sowie der Schutz vor Natureinflüssen und willkürlichen, physischen Angriffen. Kein Wunder, dass die Sklavenbefreiung in Nordamerika zunächst nicht überall auf ungeteilte Begeisterung der Sklaven stieß, zumindest so lange nicht, bis die befreiten Sklaven praktisch den Vorteil der Existenz als doppelt freie Lohnarbeiter, juristisch frei und frei von Produktionsmitteleigentum, erfuhren.

Kapitalistische Ausbeutung beruht auf dem Tausch der Arbeitskraft gegen einen Lohn, der ausreichend ist, das zur Reproduktion notwendige Güterbündel zu kaufen. Dieser Austausch bedingt eine spezifische Gleichheit. Ohne Vergleich, also Gleichheit, findet kein Austausch statt. Aber beide tauschen nicht nur, weil quantitativ Gleiches in diesen Austausch eingeht, sie tauschen auch nur, weil

qualitativ Ungleiches eingeht. Sie treten in den Austausch ein, weil sie Eigentümer von *verschiedenen* Dingen sind, die zudem für sie selbst jeweils nutzlos sind. Der Arbeiter kann ohne Produktionsmittel nicht mit ausreichender Produktivität arbeiten, und der Eigentümer der Produktionsmittel hat ohne den Kauf von Arbeitskräften keinen Nutzen von seinem Eigentum. Insofern ist der Austausch keineswegs so freiwillig, wie in Tauschmodellen zur Bestimmung fairer Löhne unterstellt ist. Beide Parteien treten als Ungleiche in die Verhandlung ein, zumal bei Existenz hoher Arbeitslosigkeit und sich global explosionsartig entwickelnder Exklusion der Arbeitssuchende sich in einer – spieltheoretisch formuliert – schwachen Position befindet, während der Vermögensbesitzer über eindeutige Positions- und Informationsvorteile verfügt.

Der Begriff der Fairness vermag diese Komplexität nur teilweise widerzuspiegeln. Fairness ist Regelgerechtigkeit, aber keine Gerechtigkeit im umfassenden Sinne. In den Tarifverhandlungen kann keine der beiden Parteien nach Verhandlungsabschluss sagen, es sei unfair zugegangen. Man hat kultiviert verhandelt, Streik oder Aussperrung waren einkalkuliert, das Tarifrecht wurde eingehalten und beide Seiten waren kompromissbereit. Aber trotz dieser Fairness existieren in Deutschland eine »Unterschicht« sowie wachsende Armut auf der einen und explodierende Einkommen und Vermögen auf der anderen Seite. Für jemanden, der lang arbeitslos war, ist unter diesen Bedingungen die Annahme eines 1-Euro-Jobs nur fair und regelgerecht. Aber diese Regeln beruhen auf struktureller Gewalt, auf dem Zwang, der mit der dreifachen Freiheit als doppelt freier Lohnarbeiter frei von Arbeit entsteht.

Trotz dieses zwanghaften Verhältnisses »gewinnen« beide Tauschpartner. Der Arbeiter gewinnt seinen Unterhalt, den er ohne diesen Austausch nicht bestreiten könnte und der Eigentümer das Mehrprodukt. Was soll dann die Frage der Gerechtigkeit, wenn beide Parteien gewinnen? Der gesellschaftliche Fortschritt und der individuelle Vorteil des Lohnarbeiters sind unter diesen Bedingungen an die Konstituierung von Ausbeutungsverhältnissen gebunden. Solange die Qualität der Produktionsmittel sowie die Organisations- und Entscheidungsstrukturen kapitalistischer Unternehmen unter gegebenen historischen Bedingungen die vergleichsweise höchste Produktivität ermöglichen und dem Arbeiter das vergleichsweise höchste Realeinkommen, solange wird diese Produktionsweise als vorteilhaft gegenüber anderen existierenden Produktionsweisen gelten.

Die DDR-Bürger betrachteten es vor 1990 trotz ihrer sozialen Sicherheit als ungerecht, dass sie weniger verdienten als vergleichbare westdeutsche Arbeiter, obwohl sie nicht weniger fleißig waren. Wenn sie zu hören bekamen, dass sie in volkseigenen Betrieben und nicht unter Ausbeutungsverhältnissen arbeiteten und in einer sozialistischen Demokratie lebten, konnten sie sich nur wundern. Zwar lebten sie besser, als die heutigen Sieger der Geschichte ihnen und der Welt weismachen wollen, und eine Reihe sozialer, kultureller und anderer Einrichtungen können auch heute noch als beispielhaft gelten, aber es herrschte keine Produktionsdemokratie und das so genannte Volkseigentum befand sich in der Verfügung einer Parteibürokratie und kein westdeutscher Kollege mochte mit ihnen tau-

schen. Soziale Zugeständnisse wurden nach Gutsherrenart verteilt. Von der Existenz eines tatsächlich *gesellschaftlichen* Eigentums kann nicht gesprochen werden. Das heißt, es existierte eine faktische Entfremdung, eine spezifische Form der Ausbeutung. Hinzu kommt, dass die Verteilung ungenügend mit der Leistungsdifferenzierung korrespondierte, d. h. eine vertikale und horizontale Gerechtigkeit nicht gegeben war und daraus resultierende Leistungsanreize fehlten. Der Anschluss der DDR an die BRD, der Übergang von relativ ausgeglichenen Verteilungsverhältnissen zu einem Zustand höherer Ungleichheit wurde in Ostdeutschland von der Mehrheit der Bevölkerung als ein Fortschritt begrüßt. Abgesehen vom politischen Freiheitsgewinn ist der Grund einfach der, dass im Durchschnitt und für die Mehrheit der Bevölkerung der materielle Wohlstand stieg. Trotz der hohen Arbeitslosigkeit erfuhr der Systemwechsel deshalb insgesamt breite Zustimmung. Auch heute noch halten viele, vielleicht sogar die meisten Ostdeutschen, das System in der DDR für in sich sozial gerechter; zurück zu diesem System will aber eigentlich niemand.

Auch ein anderes Beispiel verdeutlicht die Tatsache, dass Ungerechtigkeit unter bestimmten Verhältnissen in Kauf genommen wird. Der Bewohner einer afrikanischen Dorfgemeinschaft, in dem alle unter den gleichen ärmlichen Bedingungen leben, der sich entschließt, das Risiko einer illegalen Einwanderung nach Spanien auf sich zu nehmen, weiß wahrscheinlich, dass er unter Verhältnissen der Ausbeutung und Ungleichheit leben wird. Trotzdem betrachtet er wohl den Status quo im Vergleich zur Lage in Spanien als inakzeptabel und sucht ihn durch die riskante Überfahrt zu verändern, obwohl er viel verlieren wird: seine traditionelle soziale, kulturelle und sprachliche Bindung, Geborgenheit und Vertrautheit und vielleicht sogar sein Leben. Aber wenn er es schafft, ist das für ihn ein Fortschritt, wenn auch unter viel ungerechteren Verhältnissen. Natürlich werden nicht alle Afrikaner auswandern, was allerdings nur zeigt, dass es neben der auf eine bestimmte Art des materiellen Wohlstands gerichteten Rationalität weitere einem Rationalitätskalkül unterworfenen Präferenzen gibt.

Das globale Problem der Exklusion, also der Tatsache, dass wachsende Teile der Weltbevölkerung in den ärmeren Ländern keine Chance haben, dort ihren Unterhalt zu bestreiten, lässt sich nur lösen, indem diese Exklusion aufgehoben wird, entweder durch ihre Verwandlung in kleine Warenproduzenten mit eigenen, vielleicht auch genossenschaftlichen Produktionsmitteln mittels einer Bodenreform oder der Kreditierung von Kleinwirtschaften (ein Weg, den Amartya Sen vorgeschlagen hat und für den Muhammad Yunus aus Bangladesh 2006 den Friedensnobelpreis erhielt) oder durch ihre Verwandlung in doppelt freie Lohnarbeiter. Damit ist der Weg in Ausbeutungsverhältnisse mit all ihren sozialen Widersprüchen vorgezeichnet, aber es ist ein Fortschritt und befreit die exkludierte Bevölkerung aus ihrer hoffnungslosen Lage.

Die chinesische Wirtschaftsreform ist diesen Weg gegangen, als sie 1977 den Dorfkommunen das Recht zur Auflösung gab und später das Privateigentum auch in Industrie und Dienstleistung zuließ. Seitdem hat sich in China eine gewaltige ursprüngliche Akkumula-

tion mit ernststen sozialen Verwerfungen vollzogen. Aber welcher Fortschritt ist das gegenüber dem Prinzip der »eisernen Reisschüssel«! Sie waren vorher nicht freier, als sie in Kommunen ohne lebendige Demokratie lebten oder in »sozialistischen« Betrieben mit staatlich eingesetzten Leitern und zentralstaatlichen Vorgaben, auf die sie mangels Demokratie keinen Einfluss hatten. Die chinesischen Reformen ersetzen eine Form der Entfremdung durch eine andere, aber der Gewinn auch für die Arbeiter ist unübersehbar.

Die Existenz eines »Gewinns« beim Lohnarbeiter ist jedoch nicht gleichzusetzen mit Gerechtigkeit, wie es John Rawls Differenzprinzip nahe legen könnte. Die Höhe dieses Vorteils richtet sich auch nicht nach den Prinzipien der horizontalen und vertikalen Gerechtigkeit. Gemäß diesem Prinzip kann es nicht gerecht sein, dass unser afrikanischer Freund in derselben Tätigkeit, sagen wir als Küchenhilfe, in Spanien 3 € die Stunde, aber in Deutschland 4 € verdient, ganz davon abgesehen, dass sein spanischer Kollege in Spanien wahrscheinlich 3,50 € bekommt. Es ist nicht gerecht, dass ein Konzernmanager sein Gehalt am internationalen Spitzenwert, die Löhne aber am internationalen Tiefstwert ausrichtet. Das heißt, mit den Austauschprozessen von Lohnarbeit und Kapital ist mit dem Prinzip der Bestimmung des Lohns durch die Reproduktionserfordernisse der Ware Arbeitskraft zwar ein Schritt vorwärts getan, aber in jedem konkreten Fall bleibt die Leistungsgerechtigkeit, außer im Rahmen sehr streng definierter sektoraler, regionaler oder tariflicher Gruppen, in den von Angebot und Nachfrage bestimmten Marktprozessen und sozialen Einbettungen unverwirklicht.

Die Stellung des Lohnarbeiters ist somit durch eine Reihe von Eigentümlichkeiten gekennzeichnet. Sie schließt Tauschgerechtigkeit ein, aber keine Chancengerechtigkeit im Vergleich zum Vermögensbesitzer. Sie ist unter bestimmten Bedingungen mit Einkommensfortschritten für ihn verbunden, aber keineswegs notwendig mit Leistungsgerechtigkeit, weder im Vergleich zum Eigentümer der Produktionsmittel noch im Vergleich zu seinen Kollegen. Zwar können Lohnarbeiter mit einem bestimmten Einkommensniveau über verschiedene Formen des Sparens auch Vermögenseinkünfte beziehen und sich insofern einen kleinen Teil des entfremdeten Produkts zurückholen. Aus ihrer Stellung als Lohnarbeiter vermögen sie sich damit kaum zu entfernen und allzu häufig bleibt auch dieses kleine Vermögenseinkommen unter der Verfügung von Kapitalisten oder Kapitalverwaltern, wenn es aus der Form von Investivlöhnen, Fondsanteilen oder ein paar Aktien entspringt.

Ausbeutungsverhältnisse existieren nicht nur in kapitalistischen Unternehmen, sondern sie können auch in öffentlichen, staatlichen oder kommunalen Betrieben vorliegen. Selbst in den sozialistischen Ländern war das »Volkseigentum« keineswegs frei von Entfremdung, wie eben gezeigt wurde. Wäre es eine Diktatur des *Proletariats*, also der *Majorität* gewesen, hätte schon eher von ausbeutungsfreien Verhältnissen gesprochen werden können; da die Gesellschaft und die Betriebe aber weitgehend von Parteibürokraten regiert wurden, blieb es bei der Entfremdung und nach 1990 wurde nur die eine durch die andere Form ersetzt. Für die Existenz dieses *Verhältnisses* ist es kaum von Belang, ob eine Parteibürokratie oder ein Kapitalist

für das Wohl der Menschen eintritt, solange die Arbeiter nicht wirklich selbst über das Mehrprodukt verfügen und es ihrer gesellschaftlichen Kontrolle unterwerfen, auch wenn es für sie schon von Belang ist, ob der Kapitalist oder die Bürokratie auch ihr Wohl im Auge haben.

Wird in öffentlichen Unternehmen mit ausreichend hohem öffentlichen Nutzen produziert, ist die innerbetriebliche Demokratie entwickelt und unterliegt dieses Unternehmen einer wirklichen, nicht nur formalen öffentlichen Kontrolle, ist die Entfremdung vielleicht nicht völlig beseitigt, aber immerhin geringer als unter privatkapitalistischen Verhältnissen. Jedes öffentliche Eigentum aber als per se ausbeutungsfrei, demokratischer oder gerechter hinzustellen, führt in die Irre. Ein staatlicher oder kommunaler Betrieb kann in die Fänge einer Parteibürokratie, Kungelwirtschaft oder eines die Interessen seiner Eigentümer ignorierenden Vorstands geraten. In Ländern mit wenig entwickelter Demokratie oder in einer Diktatur besteht immer die Gefahr einer mehr oder weniger formal öffentlichen, aber tatsächlich privaten Verfügung und Aneignung.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass ein Land mit seiner *jeweils dominierenden* Eigentumsstruktur zwar als kapitalistisch, feudal oder sozialistisch eingeordnet werden kann, tatsächlich jedoch gemischte Ökonomien existieren. In den privatkapitalistischen Sektoren eines sozialistischen Landes existiert Ausbeutung, selbst wenn der sozialistische Sektor diesen Namen wirklich verdiente, weil dort wirklich *gesellschaftliche* Formen der Verfügung und Aneignung existieren. Daneben mögen genossenschaftliche Formen mit und ohne Ausbeutung existieren; ohne Ausbeutung soweit es die Genossenschaftler, mit, soweit es darüber hinaus beschäftigte Lohnarbeiter betrifft. Und im staatlichen oder kommunalen Sektor eines kapitalistischen Landes mag es weniger Ausbeutung geben als in staatlichen Betrieben Chinas ohne entwickelte Formen der Wirtschaftsdemokratie.

Die der Grundstruktur des Kapitalismus mit Ausbeutung und Entfremdung eingeschriebene soziale Asymmetrie durchdringt alle seine Teilstrukturen und Lebensbereiche. Die vielerorts angestrebten Korrekturen auf einzelnen Gebieten sind notwendig und sinnvoll. Aber ohne die Analyse ihrer Einbettung in die Grundstruktur des Kapitalismus können ihre Verwirklichungschancen, ihre Grenzen und ihre historische Reichweite kaum realistisch eingeschätzt werden. Im Weltentwicklungsbericht 2006 wird zwar die Frage der ungleichen Verteilung von Chancen infolge ungleich verteilter Vermögen thematisiert, aber letztlich wie bei Rawls auf unvollkommene Märkte zurückgeführt. »In einer Welt, in der Märkte perfekt funktionieren, hätten Investitionsentscheidungen wenig zu tun mit Einkommen, Reichtum oder sozialem Status... Wenn Menschen gute Investitionsmöglichkeiten hätten, wäre es unerheblich, ob sie selbst über Kapital verfügten – sie könnten sich jederzeit das nötige leihen und wenn sie Bedenken wegen des Risikos hätten, könnten sie jederzeit Anteile an ihrem Unternehmen verkaufen und den Erlös in sichere Vermögenswerte investieren.«¹⁵ Auch wenn es für eine ganze Reihe von armen Ländern zutrifft, dass die Schaffung von bestimmten Märkten und der freie Zugang zu Krediten Fortschritte ermöglicht,

16 Ebenda, S. 107 f.

kann die Begründung hierfür nur als wirklichkeitsfremd bezeichnet werden: »Das aufgrund der zu geringen Investitionstätigkeit der Armen freiwerdende Kapital wird von den Nichtarmen aufgesogen ..., weil die Märkte eben so sind, wie sie sind. Mit anderen Worten: Es sind letztlich die ›falschen‹ Firmen, die investieren«. ¹⁶ Das heißt, bei vollkommenen Märkten herrscht nach dieser Auffassung Chancengleichheit, jeder könnte selbst frei entscheiden, ob er investiert und Unternehmer oder Kapitalist wird oder ob er vom Verkauf seiner Arbeitskraft lebt. Wie bei Rawls wird der Begriff der Chancengleichheit hier faktisch aus dem Kontext der neoklassischen »Utopie« einer vollkommenen Konkurrenz, in der alle Marktteilnehmer ihre Entscheidungen unter gleichen Ausgangsbedingungen treffen, abgeleitet.

Fortschritt und wachsende Ausbeutung

Die Höhe der Ausbeutung, der privaten, unentgeltlichen Aneignung fremder Arbeit, wird als Ausbeutungsgrad bezeichnet. Lässt man die monetären Erscheinungsformen der Arbeitsergebnisse und die konkrete Form der Messung einmal außer Betracht, so ist dieser Ausbeutungsgrad offensichtlich das quantitative Verhältnis des Güterbündels, das sich die Ausbeuter aneignen zum Güterbündel, das die Arbeiter erhalten und das sich im Reallohn ausdrückt. Dieses Verhältnis steigt, wenn mit steigender Arbeitsproduktivität und -intensität und wachsender Arbeitszeit sich die gesamte produzierte Gütermenge erhöht und der Reallohn unverändert bleibt. Da die Arbeitszeit im 20. Jahrhundert insgesamt gefallen ist und erst in letzter Zeit wieder ansteigt, kommen angesichts gestiegener Realeinkommen für die Steigerung der Ausbeutung nur die wachsende Intensität der Arbeit und steigende Produktivität in Betracht. In der alltäglichen Wahrnehmung spielen Länge und Intensität der Arbeit eine bedeutende Rolle, weil hier, wenn sie erhöht werden, die Steigerung der Ausbeutung unmittelbar physisch und psychisch erfahrbar wird. Deshalb macht der Alltagsbegriff der Ausbeutung zumeist nur an dieser Erfahrung fest, während sich der Alltagsverstand schwer vorstellen kann, dass die Ausbeutung auch bei wachsenden Einkommen steigt.

Die Ausbeutung kann bei steigenden Reallöhnen wachsen, was physisch oder psychisch nicht erfahrbar ist – eine wichtige Ursache für die »Agonie« des Ausbeutungsbegriffs. Genau dieser Effekt macht die Anziehungskraft der hoch entwickelten Länder mit hoher Ausbeutung aus und widerspricht dem Resultat des Wachstums der Ausbeutung keineswegs. Die Erhöhung der realen Stundenlöhne fiel offensichtlich niedriger aus als die Steigerung der Stundenproduktivität. Diese Reallohnentwicklung ist auch notwendig, soll die Produktivität überhaupt erhöht werden. Die Unternehmer haben durchaus ein wohlverstandenes Interesse an dieser Erhöhung, auch wenn sie kein Interesse daran haben, dass diese Notwendigkeit sich in Lohnsteigerungen niederschlägt, und die notwendigen Aufwendungen gerne dem Staat oder unbezahlt dem Arbeitnehmer aufgebürdet werden. Die Erhöhung des technologischen Niveaus der Produktionsmittel führt nicht automatisch zu Produktivitätssteigerungen. Vielmehr erfordert sie höhere Fähigkeiten und Fertigkeiten und eine andere Reproduktion des Arbeiters; Bildung und Verantwortung ge-

winnen an Beutung, die Konsumerfordernisse erhöhen sich. Eine automatische Fabrik lässt sich nicht mit den uns nun schon bekannten Bewohnern jenes afrikanischen Dorfes betreiben, mögen diese noch so fleißig und diszipliniert in ihren traditionellen Verrichtungen sein. Die Produktivitätssteigerung ist damit verbunden, dass das notwendige Güterbündel sich nicht nur in der Struktur, sondern auch in seinem Umfang ändert. Dieses Bündel wächst auch in Abhängigkeit von den in einem gegebenen Territorium oder Milieu geltenden und sich verändernden durchschnittlichen Lebensgepflogenheiten.

Größe und Struktur dieses Güterbündels stehen in vielfältiger Form im Mittelpunkt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Ob es die Definition dessen ist, was einem Sozialhilfeempfänger an Gütern zusteht oder die Diskussion darüber, welche sozialen und kulturellen Leistungen für wen angemessen sind, faktisch erfolgt damit die Bestimmung des notwendigen Güterbündels und damit der Grundlage für den monetären Gegenwert der Arbeitskraft. Die Bestimmung dieses Güterbündels kann nicht darauf reduziert werden, was der Arbeiter braucht, um seine ökonomische Funktion erfüllen zu können. Dies wird auch durch die Auseinandersetzung über gesellschaftliche Werte mitbestimmt. In einer Gesellschaft, die eine Armutsquote von 13 Prozent für unvereinbar mit ihren kulturellen und ethischen Werten hält, wird das durchschnittlich notwendige Güterbündel anders bestimmt sein, als in einem Land, in dem hohe Armut zum Alltag gehört.

Wenn ein afrikanischer Einwanderer nach Deutschland kommt, um für 4 € die Stunde zu arbeiten, gewinnt er unendlich viel, weil der Wert seiner Arbeitskraft sich zunächst am durchschnittlichen Lebensniveau seines Herkunftslandes orientiert, vielleicht nach oben korrigiert dadurch, dass er Verkehrsmittel benutzen, zur Miete in einem Haus wohnen muss usw. Faktisch entsteht mit seiner Arbeit ein viel höheres Mehrprodukt als bei einem deutschen Arbeiter, ist er viel stärker ausgebeutet, obwohl er eine Verbesserung seiner Lage erlebt. Der gleiche Prozess findet statt, wenn Produktion verlagert wird. Im Zuge der Globalisierung werden sich angesichts des hohen Ausmaßes der bestehenden und sich wahrscheinlich noch ausweitenden Exklusion die Standardgüterbündel der Arbeiter nicht mehr im selben Tempo ausweiten wie bisher, weil in die Durchschnittsbildung Länder mit niedrigerem Lebensniveau eingehen, obwohl deren Arbeiter durchaus hoch entwickelte Technologien beherrschen. Dieser Effekt wird durch die Schwächung der Verhandlungsposition der Arbeiter, die sich mit dem Aufbrechen der Märkte ergibt, weiter verstärkt. Die rapide Steigerung der Ausbeutungsrate in Deutschland seit zwanzig Jahren signalisiert, dass diese Entwicklung im Gange ist.

Es gehört zum Grundkanon des ökonomischen Mainstreams, von einem trade off zwischen Gerechtigkeit und Effizienz auszugehen. Völlige Gleichheit untergrabe den Leistungsanreiz und führe zu Ineffizienz. Die Erfahrungen in den sozialistischen Ländern scheinen diese Regel zu bestätigen, obwohl es genügend Beispiele gibt, die das für den Kapitalismus nicht bestätigen. Ein erfolgreicher Spekulant, der per Computertastatur eine Summe Geldes richtig platziert und ein paar Millionen gewinnt, leistet ja nicht mehr als der Compu-

terspezialist, der diesen Computer programmiert hat und weit weniger verdient. Und die Schließung eines Betriebes, verbunden mit dem Einkommensverlust der dort beschäftigten Arbeiter, muss überhaupt nichts mit deren Leistung zu tun haben, sondern ist vielleicht der Entscheidung jenes Fondsmanagers geschuldet, der sein Portfolio neu sortiert, weil er irgendwo, vielleicht in Übersee, in einer anderen Finanzanlage, eine höhere Rendite realisieren kann oder sogar bloß *erwartet*.

Selbstverständlich braucht es Leistungsanreize, aber die unmittelbare Kopplung des Einkommens an die persönliche Leistung ist im Kapitalismus offensichtlich nicht gegeben und sie funktioniert auch immer weniger, wenn der Stand der Produktivkräfte die Abhängigkeit der Produktivität von der persönlichen Anstrengung verringert und die objektiven Bedingungen (natürlichen, technologischen und historisch kumulierte), unter denen sie erbracht wird, sich in ihrer Bedeutung erhöhen. Der bestens qualifizierte Arbeiter, der in einem Betrieb der DDR mit veralteten Maschinen arbeitete, staunte nicht schlecht, welchen Output er hatte, nachdem 1990 die alten durch neue Maschinen ersetzt worden waren. Auf einer bestimmten Stufe der Wissenskumulation und des technischen Standes spielen die Kreativität und Entdeckerfreude eine weit höhere Rolle für die Produktivitätsentwicklung als die individuelle physisch-psychische Leistungsentäußerung. Auf gesellschaftlicher Ebene oder auf Länderebene ist der behauptete Zusammenhang von Einkommensdifferenzierung und Effizienz bereits heute nicht mehr gegeben. Die Gegenüberstellung der von der UNO regelmäßig ermittelten Gini-Koeffizienten aller Länder mit der Entwicklung ihrer Economic Performance zeigt keine belastbare Korrelation in dieser Richtung.

Die Dynamik des Kapitalismus hängt also gar nicht mit der Einkommens-/Leistungsdifferenzierung zusammen, sondern ist durch die Triebkraft der Konkurrenz bedingt. Aber so sehr der Wettbewerb auch stimulierend wirkt (selbst die sozialistischen Länder wollten nicht darauf verzichten), so sehr ist zu fragen, ab wann die damit einhergehende dynamische Effizienz durch die Kosten und Verluste, die mit ihr verbunden sind, überkompensiert wird. Die ungerechte Grundstruktur des Kapitalismus schließt spezifische Effizienzverluste ein. Die durch Entfremdung gekennzeichnete Stellung des Lohnarbeiters bedingt, dass sein Interesse an und seine Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung begrenzt sind und er sein Potenzial nicht voll einbringt. Hinzu kommen die hohen, durch Konkurrenz verursachten Transaktionskosten (Kosten für Werbung, Eigentumssicherung, Information, Verhandlung usw.) und die mit den Prozessen der schöpferischen Zerstörung verbundenen ökonomischen Verluste in einer kapitalistischen Marktwirtschaft.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass ein höherer Grad an Freiheit und wachsender Wohlstand unter bestimmten Bedingungen mit Ausbeutung und Ungerechtigkeit vereinbar sind. Dies ist auch vom Typ der Produktivkräfte und damit der Art abhängig, wie effiziente Entscheidungs- und Verfügungsstrukturen sowie Anreizsysteme aussehen. Dieser Zusammenhang ist historisch gegeben,

aber nicht unabänderbar. Die Suche nach gesellschaftlichen Bedingungen und einem ihnen entsprechenden Regelwerk, unter denen das Wachstum an Wohlstand, Freiheit und Gerechtigkeit in höherem Maße als heute vereinbar ist, ist legitim und könnte folgende Aspekte einschließen:

Erstens: Wo Exklusion besteht, fehlen die meisten Voraussetzungen einer wie auch immer definierten Gerechtigkeit. Jeder Schritt zur Beseitigung dieses Zustands ist ein Fortschritt. Dazu gehört die Schaffung der Möglichkeit, sich den Lebensunterhalt wenigstens unter fairen, wenn auch nicht gerechten Bedingungen zu verschaffen. Dies kann durch die Schaffung von Kleineigentum, privat oder genossenschaftlich und von kapitalistischem oder öffentlichem Eigentum mit doppelt freien Lohnarbeitern erfolgen. Dies ist kein rein ökonomisches, sondern ein politisches Programm zur Schaffung eines verlässlichen Regelwerkes der Ökonomie, wie es in hoch entwickelten Ländern in Form der Eigentumsordnung bereits besteht. Dort, wo diese Verhältnisse existieren, muss die Beseitigung der Exklusion durch die Reduzierung der Arbeitslosigkeit erfolgen.

Zweitens: Faire Austauschverhältnisse zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter bedingen eine Entlohnung, die dem erreichten Stand der Arbeitsproduktivität und dem gesellschaftlichen Wertesystem entspricht. Dies ist keine sehr weit reichende Forderung, aber es ist das Mindeste, was erreicht werden muss und kann und wäre angesichts der wachsenden Asymmetrie in den Verhandlungspositionen ein großer Schritt vorwärts.

Drittens: Mit diesem Schritt ist die strukturelle Ungerechtigkeit der Ausbeutung und Entfremdung nicht beseitigt. Ihre Zurückdrängung erfordert, dass die abhängig Beschäftigten im Unternehmen und die Gesellschaft auch darüber hinaus auf den Prozess der Verfügung und Entscheidung Einfluss durch Demokratisierung der Verhältnisse gewinnen, freilich ohne dass deren Effizienz sinkt.

Viertens: Mit der Schaffung öffentlichen Eigentums ist die Ausbeutung und Entfremdung nicht unbedingt beseitigt, zumindest nicht, wenn die Demokratie unterentwickelt ist. In einer funktionierenden Demokratie jedoch kann eine qualitativ neue Art der gesellschaftlichen Verfügung mit einer geringeren Entfremdung geschaffen werden. Auch hier gilt freilich: Geht dieser Gewinn mit Wohlstandsverlusten einher, kann von einem Fortschritt schwerlich die Rede sein.

Fünftens: Ausbeutung ist aufgehoben, wenn die Arbeiter zugleich Eigentümer sind. Dies setzt voraus, dass eine effiziente Organisation und Leitung in der Wirtschaft nicht mehr wie heute primär auf zwanghaften, hierarchischen Entscheidungsstrukturen beruhen dürfte bzw. unter umfassend demokratischen Entscheidungsstrukturen möglich wäre. Diese Effizienz dürfte nicht mehr im selben Maß wie heute von individuell und persönlich zurechenbaren Leistungen und damit leistungs- oder wettbewerbsabhängigen Anreizsystemen geprägt sein. Dann wird auf einem höheren Stand des globalen Pro-Kopf-Einkommens die Freiheit und Gerechtigkeit in der Präferenzskala der Menschen weiter nach vorn rücken. Dies wird, wenn auch nicht als Automatismus, auf einem hohen Niveau der Befriedigung materieller Bedürfnisse eher der Fall sein.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

An jenem Tage, als der Streik der Berliner U-Bahner, Straßenbahnfahrer und Buschaffere in die zweite Woche ging, erklärte Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister, die BVGer sollten »den Nahverkehr nicht länger zu behindern«. Ein Sozialdemokrat, wie er (einst) im kommunistischen Lehrbuch stand, von dem wir uns in den letzten knapp zwanzig Jahren anzugewöhnen hatten zu glauben, es taue nur noch für den Papiercontainer. Von wegen. Es war eben – sozusagen – nicht alles falsch. Die in Berlin mitregierende *LINKE* mußte in den Wochen des Verkehrstreiks geradezu äquilibristische Fähigkeiten entwickeln. Ihr Vorschlag angesichts der Lohnforderungen der BVGer: Lohnerhöhungen, die für später vorgesehen seien, könnten doch vorgezogen werden. Klaus Wowereit sagte »Nein«. Und der Vorsitzende des BVG-Aufsichtsrates, der Genosse Sarrazin (ja, genau der!), widersprach natürlich nicht. Und *DIE LINKE*? Nein, von einem Bruch der Koalition war natürlich auch nicht die Rede, nicht einmal gerüchteweise oder in Hinterzimmern. Doch nicht wegen einer handvoll Straßen- oder U-Bahner!

Die Berliner Lokaljournaille mühte sich nach Kräften, den Streik in Mißkredit zu bringen. Nein, neues fiel ihr dazu nicht ein, es reicht ja seit eh und je, Leute auf der Straße zu fragen, was sie von dem Streik hielten. Vor allem die, die in den Streikwochen schlecht zur Arbeit kamen, waren natürlich sauer. Doch nicht einen Reporter las oder hörte ich, der einen Gedanken darauf verschwendet hätte, was das denn für ein Streik wäre, der niemanden stört, der niemanden behindert, der keinerlei Wirkung hat. Nichts ist leichter als Bürgerstimmungsmache gegen Streikende. Als am Fiesesten ist mir in dieser Hinsicht ein Hörfunk-Beitrag in Erinnerung geblieben, in dem einem 4-Euro-Jobber

das Mikrofon hingehalten wurde, und der dann sein Unverständnis äußern durfte, wo »doch die BVG-Leute schon so viel verdienen«. (Wenn der wüßte, was ein Journalist verdient – so er nach Tarif entlohnt wird ...) Im übrigen waren es schon immer Sternstunden der deutschen Arbeiterbewegung, wenn sozialdemokratische Regierungen bestreikt werden mußten.

Als letzgens *DIE LINKE* ihre das deutsche Parlamentsparteienspektrum anreichernden Wahlerfolge einfuhr und den Parteimanagern im Karl-Liebnecht-Haus darob der Kamm schwoll, kam mir der Gedanke, was uns wohl noch alles an Entwicklung bevorstehen könnte. Wird *DIE LINKE* das letzte Wort gewesen sein? Was entsteht, wenn sich links von ihr Räume auftun, wenn sie weiter auf die SPD zugeht (das ist doch nicht ausgeschlossen)? Stoff genug also für Spinnabende. Doch ob die noch Mode sind, darf getrost bezweifelt werden. In einer Analyse der Nachrichtensendung *RTL aktuell* im *Tagesspiegel* hieß es: »Kurt Beck ist interessant, Knut ist interessanter.« Ich fürchte, das trifft in gewisser Weise die allgemeine Stimmungslage des Fernsehpublikums.

In den Berichtszeitraum fiel der 90. Jahrestag des Vertrages von Brest-Litowsk (Lesern, die mit dem *Kurzen Lehrgang* großwurden, muß hier nichts erklärt werden, die anderen mögen nachlesen). Aus Anlaß dieses Jahrestages interviewte das einstige Zentralorgan einen einstigen Sowjetdiplomaten und jetzigen Professor an der *Russischen Akademie der Wissenschaften*. Ich weiß nicht, ob die Russen ob derartiger Karriere-Kontinuität zu beneiden sind, aber mir geht es hier um eine andere Art von Kontinuität: Nach Duktus und Argumentation währte ich nämlich, ein Interview aus »alten Zeiten« zu lesen, staatsfromm bis in die letzte Faser, ehedem und jetzt nicht anders – Breshnew, Putin, der Zar (wenn es denn so sein soll) – Hauptsache Großmacht ... Besonders apart fand ich eine Jugoslawien-Bemerkung des Gesandten-Professors; die ging – Ausgangspunkt war eine Frage der *ND*-Kollegin Vesper zum Kosovo gewesen – folgendermaßen:

»... Nach dem *Streit* (? W. S.) zwischen Tito und Stalin war Jugoslawien keinesfalls unser Verbündeter, im Gegenteil. *ND*: Ja, aber das war doch, welthistorisch gesehen, eine Episode. Der Westen hat Jugoslawien akzeptiert und unterstützt, weil dieser Staat eine *antisowjetische Politik* (Hervorh. W. S.) betrieb ...« Jugoslawien also betrieb eine antisowjetische Politik, und darum ... Unsereins reibt sich ob dieser gedanklichen Kongruenz von Stalin und Sowjetunion die Augen. Aber das dürfen wir heute getrost öffentlich tun, der Genosse Abrassimow kann nicht mehr intervenieren. Das Problem: Mir scheint, die Ansichten des *ND*-interviewten Sowjetmenschen sind mitnichten eine Seltenheit.

Kurz vor Redaktionsschluß lief eine Meldung ein, von der ich annehme, daß sich ihr Bestand erst noch erweisen muß – *dpa*: »Gregor Gysi will einigen *ARD*-Politmagazinen wegen einseitiger Berichterstattung über die Linke keine Interviews mehr geben. Die Form der Manipulation zum Nachteil der Linken sei zu deutlich, sagte der Bundestagsfraktionschef der Linken dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*. Er stehe den Sendungen *Fakt*, *Panorama* und *Kontraste* nicht mehr zur Verfügung. Zudem rief Gysi seine Kollegen zu einem ähnlichen Boykott auf.« Wir werden sehen.

Michael Heine, Hansjörg Herr,
Cornelia Kaiser:
Wirtschaftspolitische Regime
westlicher Industrienationen,
Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden 2006, 217 S. (39 €)

Der gegenwärtige konjunkturelle Aufschwung in Deutschland hat einen Glaubenskrieg etwas in den Hintergrund treten lassen, der über Jahrzehnte die wirtschaftswissenschaftliche Zunft in Atem gehalten hat. Im Kern ging – und geht – es darum, wie die unterschiedlich erfolgreichen Szenarien wirtschaftlicher Entwicklung (gemessen am Wirtschaftswachstum!) in den westlichen Industrieländern erklärt werden können und vor allem darum, wie dem »kranken Mann« (Kontinental) Europa, und hier insbesondere der wirtschaftlichen Wachstumsschwäche und ihren Folgen für Beschäftigung und Budgetdefizite in Deutschland, am besten beizukommen sei.

Das vorliegende Buch kann nun als eine keynesianisch inspirierte Replik auf jene die Auseinandersetzung dominierenden neoklassischen Argumentationsmuster angesehen werden, die schließlich in die rot-grüne Agenda 2010 geführt haben.

Dies erschließt sich bereits aus der erklärten Absicht der Autoren »der neoklassischen Allokationstheorie eine moderne keynesianische, makroökonomische Vision« (S. 197) entgegenzusetzen zu wollen. Und mit direktem Bezug zur Kontroverse ergänzen sie: »Wir versuchen ... zu belegen, dass es nicht die mikroökonomischen Deregulierungen sind, welche die unterschiedlichen Entwicklungen in den westlichen Industrieländern erklären können. Vielmehr sehen wir in einer positiven Ausgestaltung und Interaktion der zentralen ökonomischen Bereiche den Schlüssel zur Erklärung der unterschiedlichen Entwicklungen in den Industrieländern während der letzten Jahrzehnte« (S. 12). Mit anderen Worten: Nicht die einzelnen Maßnahmen zur Liberalisierung der Wirtschaft im allgemeinen und zur Entsicherung der Arbeitsverhältnisse im besonderen könnten Wachstum hier (in den USA und Großbritannien zum Beispiel) und Stagnation dort (unter anderem in Deutschland

und Japan) erklären, sondern die »Ausgestaltung und Interaktion der zentralen ökonomischen Bereiche« – diese werden als »makroökonomisches Regime« gefasst.

Im expliziten Gegensatz zum neoklassischen Paradigma, das von konkreten Räumen und historischer Zeit abstrahiert und Unsicherheit im ökonomischen Handeln aus ihren Modellen verbannt, gehen die Autoren davon aus, dass »Ökonomien durch Unsicherheiten und systemische Risiken geprägt sind« (S. 16), die von den jeweils spezifischen historischen Rahmenbedingungen abhängig sind. Dementsprechend bilden sich räumlich und historisch konkret jeweils spezifische Marktconstellationen (makroökonomische Regime) heraus, die die Grenzen und Spielräume wirtschaftlicher Entwicklung determinieren. Diese in einem gesellschaftlichen Umfeld verorteten ökonomischen Regime werden – so die Autoren – durch das in Raum und Zeit jeweils spezifische Zusammenspiel insbesondere der relevanten makroökonomischen Bereiche der Geldpolitik, der Fiskalpolitik und der Lohnentwicklung sowie der außenwirtschaftlichen Einbettung eines Landes charakterisiert. Aus der länderbezogenen Analyse dieser Regime, in denen unter den Bedingungen einer kapitalistischen Geldwirtschaft der zentralbankgesteuerten Geldpolitik (Zinspolitik) zentrale Bedeutung zukommt, wird im Buch anschließend versucht, die bemerkenswert unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der Länder USA, Deutschland, Japan und Großbritannien seit den 1980er Jahren zu erklären. Die Ergebnisse dieser Fallstudien sind durchaus bedenkenswert. Sie fördern neben jeweils länderspezifischen Einsichten auch eine Reihe allgemeiner Erkenntnisse zutage.

So zeigt die Analyse überzeugend, dass es nicht Allokationsverbesserungen und Liberalisierungsschritte sind, die die Wachstumsdynamik eines Landes zu erklären vermögen, sondern dessen makroökonomische Konstellation (vgl. S. 96 ff).

Ferner wird verdeutlicht, dass die Lohnpolitik keineswegs den insbesondere im merkantilistisch ausgerichteten Deutschland immer wieder beschworenen unmittelbaren Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes hat. Diese wird vielmehr unter den Bedingungen flexibler Wechselkurse im wesentlichen

durch Wechselkursveränderungen bestimmt, die von den nationalen Tarifparteien selbst beim besten Willen nicht kontrolliert werden können (vgl. S. 124 ff). Ein durch die Fixierung auf die Weltmarktkonkurrenz inspirierter Lohnverzicht vermag daher keine hinreichende Garantie für Wachstums- und Beschäftigungserfolge zu liefern, »vor allem dann nicht, wenn die Inlandsnachfrage schwach bleibt« (S. 158). Denn die »Lohnentwicklung determiniert eben das Preisniveau und nicht das Beschäftigungsniveau« (S. 200).

Schließlich plädieren die Autoren für eine konsequente Unterscheidung zwischen den politisch steuerbaren Elementen eines makroökonomischen Regimes und marktendogenen Prozessen, die sich prinzipiell politischer Gestaltung entziehen. Insbesondere wird dadurch die im Maastrich-Vertrag zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beschworene und von EZB und EU-Kommission vehement eingeforderte Kontrolle des Budgetdefizits ad absurdum geführt. Die Analyse zeigt nämlich, »dass die Entwicklung der Budgetsalden kurz- bis mittelfristig von der wirtschaftlichen Entwicklung geprägt ist und sich nicht politisch beliebig steuern lässt« (S. 169).

Das provoziert – und dessen sind sich die Autoren auch bewusst – die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung bzw. nach den politischen Spielräumen für die absichtsvolle Herstellung eines »wünschenswerten« makroökonomischen Regimes. Auch diesbezüglich haben die Autoren erstaunliches zu vermelden. Denn positive Regime sind nämlich weitgehend »Glücksache« (S. 96). »So können sich positive ... Regime ergeben, ohne dass dies das Resultat einer koordinierten makroökonomischen Politik sein muss. Bei einem negativen ökonomischen Regime ist sowieso nicht davon auszugehen, dass es das bewusste Resultat einer koordinierten Wirtschaftspolitik war« (S. 21). Damit wird allerdings ein wichtiges, wenn nicht gar das wichtigste Anliegen des Buches überhaupt zum einem Gutteil »entwertet«. Denn wenn die politischen Akteure positive wirtschaftspolitische Regime nicht bewusst schaffen können, dann ist es auch weitgehend gleichgültig, welche theoretischen Modellannahmen ihrem Handeln zugrunde liegen. Mehr noch,

es widerspricht elementar dem Wesen eines konkurrenzgetriebenen kapitalistischen Wirtschaftssystem, wenn sich die Autoren mehr politische Einsicht wünschen und mit überraschender Naivität fordern, »einzelne Länder sollten sich unseres Erachtens nach nicht auf Kosten anderer einen Wettbewerbsvorteil verschaffen, sondern alle Länder sollten sich gleichermaßen um eine funktionale Entwicklung in allen Bereichen des Regimes bemühen« (S. 54). Mit den Worten eines scharfsinnigen Analysten der auf den Wert gegründeten Produktionsweise aus dem 19. Jahrhundert kann diesen »frommen« Wünschen entgegengehalten werden: »Die kapitalistische Produktion könnte sich überhaupt nicht entwickeln, wenn sie sich in allen Sphären gleichzeitig und gleichmäßig entwickeln müsste« (Marx).

Schließlich muss leider noch angemerkt werden, dass der höchst bedenkenswerte und sorgfältig entwickelte Inhalt des Buches in einem bedauerlichen Missverhältnis zur Form steht. Dieses Buch hätte sicher mehr editorische Sorgfalt verdient.

ARNDT HOPFMANN

Bernd Greiner:
Krieg ohne Fronten – Die USA in Vietnam, Hamburger Edition 2007, 595 S. (35 €)

Materialreich beschreibt der Historiker Bernd Greiner, wie ein militärischer Konflikt zu einem Gewaltexzess eskaliert. Riesige Waldgebiete wurden durch »Agent Orange« vernichtet, Millionen Hektar Land durch Herbizide vergiftet. Der Anteil der Zivilisten unter den Kriegsoffern war extrem hoch und lag bei mindestens 40 Prozent. Tausende von Dörfern wurden dem Erdboden gleichgemacht. In der Regel wird über den Vietnam-Krieg geschrieben, »ohne dass der Krieg als solcher beschrieben wird«, kritisiert Greiner, Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung.

Greiner stützt sich auf Auswertungen aus Unterlagen der Peers-Kommission. Die Untersuchungskommission der US-Armee hat unter Leitung des Generals William Peers umfangreiche Dossiers über die Gewaltverbre-

chen in Vietnam erstellt. Die weit über hundert Archivboxen der US-Kommission hat Greiner als Erster systematisch ausgewertet. Der vierbändige Abschlussbericht wurde Ende der 70er Jahre zunächst nur in verkürzter Version veröffentlicht.

Schwerpunkt des Buches sind die von amerikanischen Bodentruppen verübten Kriegsverbrechen. Wobei das Abschlagen der gesamten Bevölkerung im vietnamesischen Dorf My Lai im März 1968 kein Einzelfall war. Vielmehr gab es viele kleine und größere Massaker. Hunderttausende Vietnamesen wurden überdies zwangsweise umgesiedelt und mussten jahrelang in Lagern vegetieren.

Der Krieg war nicht nur der längste Krieg im »Kalten Krieg«. Nirgendwo sonst wurden so viele Zerstörungsmittel eingesetzt. Über Vietnam warfen Kampfflugzeuge der US-Armee mehr Bomben ab als auf allen Schauplätzen des Zweiten Weltkriegs zusammen. Der Historiker Greiner setzt der Legendenbildung, die USA seien in den Guerilla-Krieg hineingeschlittert, Fakten gegenüber. Die antikommunistische Domino-Doktrin ging bei einer politischen Umwälzung Vietnams von einem Verlust ganz Südostasiens an den Kommunismus aus.

Warnungen, dieser Krieg sei nicht zu gewinnen, gab es reichlich. Die US-Administration verschärfte jedoch ihre Strategie gegen die Zivilbevölkerung. Wie Zwangsvorstellungen zu politischen Fehlern führen, zeigen nun wieder die Entscheidungen der Bush-Regierung zum Irak. Von daher ist das über 500 Seiten umfassende Werk ein sehr aktuelles Buch.

MARCUS SCHWARZBACH

Chris Holmsted Larsen:
Tiden arbejder for os – DKP og
Vietnamkrigen 1963-1973.
Multivers Kopenhagen 2007,
248 Seiten, 279 Dkk. (35 €)
(Die Zeit arbeitet für uns –
Die DKP und der Vietnamkrieg)

Die Zeit arbeitet für uns – im Zusammenhang der internationalen Bewegung gegen den Krieg in Vietnam hatte dieser Satz eine doppelte Bedeutung. Einerseits spiegelt er den überra-

schenden Optimismus, der in den vorgeblich »bleiern« Zeiten vor 1968 in der Linken existierte. Andererseits aber reflektiert er den Glauben an einen linearen Fortschritt, dessen Spuren selbst über zwanzig Jahre nach der Katastrophe des Nationalsozialismus in den kommunistischen Parteien Westeuropas noch existierten. Die dänische KP war in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Das eben erschienene Buch von Chris Holmsted Larsen über ihre Rolle in der Protestbewegung gegen den Krieg in Vietnam der 1960er und frühen 1970er Jahre analysiert die grundlegende Ambivalenz dieser beiden Hoffnungen auf andere Zeiten. Der Kampf zwischen einer jugendlich und aktionistisch geprägten »neuen« und einer an den Idealen der Arbeiterbewegung orientierten »alten« Linken brachte ihren Gegensatz auf den Punkt.

Das dänische Beispiel – und speziell die Bewegung gegen den Vietnamkrieg – ist in diesem Zusammenhang aus mehreren Gründen auch jenseits der Grenzen des kleinen südsandinavischen Staates interessant. Erstens existierte eine »neue« Linke in Dänemark verhältnismäßig früh. Es war vor allem die strikte Verortung der KP im »östlichen« Lager, die nach dem ungarischen Aufstand von 1956 einen Teil der Partei, einschließlich ihres damaligen Vorsitzenden Aksel Larsen zu einer »blockfreien« und linkssozialistischen Neugründung bewog. Die seit 1960 parlamentarisch außerordentlich erfolgreiche *Sozialistische Volkspartei* war eine im europäischen Maßstab bedeutende Erneuerung der linken Parteiszene, während die dänische KP in derselben Periode ein Schattendasein als vorläufig letztes Gehege der Anhängerschaft des »realen« Staatssozialismus östlicher Prägung sowie einer traditionalistischen Arbeiterpolitik zu führen gezwungen war.

Mit dem Bedeutungszuwachs und der öffentlichen Wirksamkeit der sozialen Bewegungen setzten sich seit Mitte der 1960er Jahre die Konflikte um die Orientierung der sozialistischen Parteien fort, die sich schon einige Jahre zuvor gezeigt hatten. Dabei war die Neuzusammensetzung der dänischen (und europäischen) Linken ein komplizierter Prozess, der schnell nicht mehr alleine auf den Konflikt zwischen KP und den neuen, linkssozialistischen Strömungen reduziert werden konnte. So gab es innerhalb der

dänischen KP durchaus Kräfte, für die der neue Internationalismus, der im Zuge der Befreiungsbewegungen und der Dekolonialisierung überall einen Aufschwung erlebte, eher die Richtschnur des Handelns waren als die Beschlüsse, die die kommunistischen Parteien der Welt auf ihren internationalen Foren fassten. Immer wieder kam es deshalb zum innerparteilichen Streit und zu Ausschlüssen, zuerst gegenüber der »maoistischen«, dann gegenüber der eher am Aktivismus der neuen Jugendbewegung orientierten Fraktion innerhalb der Partei.

Hinzu kam zudem, dass der Vietnamkonflikt auch »außenpolitisch« nicht einfach zu hantieren war. Die Sowjetunion entschied sich durchgehend gegen ein militärisches Eingreifen, eine Entscheidung, die einerseits der Logik der Aufteilung von »Einflusszonen«, andererseits der drohenden Gefahr einer atomaren Eskalation geschuldet war. Die Führung der dänischen KP unterstützte diese Politik grundsätzlich. Ihr Beharren auf der Einhaltung des Genfer Abkommens von 1954, die damit verbundene Verurteilung des Eingreifens der USA, die Kritik am immer mehr sich zuspitzenden Vernichtungskrieg und die Forderung nach der Anerkennung Nordvietnams entsprang aus dieser Position der »Nicht-Einmischung«. Die Forderung eines Teiles der inner- und außerparteilichen »neuen« Linken nach der Einrichtung von »internationalen Brigaden« und die – eher als Letzteres auch praktisch umgesetzte – »einseitige« Sammlung von Geld zugunsten der FNL, dass unspezifisch als »nicht alleine zu humanitären Zwecken« gespendet wurde, stand dauernd in einer mehr oder weniger offenen Spannung zu den Mehrheitspositionen, die sich innerhalb des Apparates der KP geltend machen.

Larsen betont, dass sich diese Politik gerade nicht – wie es auch in der dänischen Forschung gerne verbreitet wird – einseitig aus der Außenpolitik der SU ableitete. Vielmehr erzeugte gerade die relative Offenheit der Politik der SU gegenüber Vietnam die Chance, aber auch das Problem, dass die westeuropäischen kommunistischen Parteien ihre Position gegenüber der jeweiligen nationalen Regierung relativ eigenständig bestimmen konnten und mussten. Die dänische KP versuchte etwa nicht ohne Erfolg, den Widerspruch zwischen »neutralistischen« Stimmungen und einer offen US-freundlichen Außenpolitik innerhalb der regierenden So-

zialdemokratie Mitte der 1960er Jahre zu betonen und auszunutzen. Dabei half ihr die nach wie vor starke Verankerung in der Gewerkschaftslinken, den Druck auf die Sozialdemokraten zu erhöhen. Der Aufschwung der Antikriegsbewegung in den USA und Westeuropa, der in Dänemark durch Massendemonstration am 21. Oktober 1967 und durch die Abhaltung der zweiten Sitzung des internationalen Russel-Tribunals im November/Dezember markiert wurde, brachte zusätzlichen Rückenwind.

Die Spaltung der Antikriegsbewegung, die 1968 immer offensichtlicher wurde und am Ende dazu führte, dass der neu gegründeten parteinahen Kampagne *Vietnam 69* schließlich eine militante und, was die aktivistische Seite betrifft, weitaus erfolgreiche Gruppierung namens *De danske Vietnamkomiteer* (DDV) gegenüberstand, wirkte schließlich doppelt: Einerseits artikuliert sich in ihr der Konflikt zwischen der Orientierung auf die Praxis der Bewegungen und der Orientierung auf Gewerkschaften, Institutionen und das Parlament. Andererseits ergab sich, wie Larsen hervorhebt, auch eine Art sinnvoller Arbeitsteilung, die allerdings unter den zeitgenössischen Akteurinnen und Akteuren angesichts von Verrats- und Vasallen-Vorwürfen sowie Ausschlüssen und, last but not least, den üblichen linken Eitelkeiten, kaum gesehen wurde. Am Ende standen drei bemerkenswerte Resultate, die sich die dänische Antikriegsbewegung als Ganze zuschreiben kann: etwa 1969 bis 1971 kam es zu einer auch im transnationalen Maßstab bemerkenswerten Welle der Mobilisierung – Zehntausende beteiligten sich an Demonstrationen, Besetzungen usw., die nicht selten in heftigen Konflikten mit der Polizei endeten. Nach 1971 erkannte die sozialdemokratische Jørgensen-Regierung, die ihr Mandat zwei Jahre lang durch die Tolerierung der Sozialistischen Volkspartei erhielt, als eine der ersten westeuropäischen Staaten Nordvietnam an und folgte damit in der Fußspur Olaf Palmes.

Was die kommunistische Partei betrifft, so geriet deren auf den ersten Blick für eine nicht im Parlament vertretene Gruppierung insgesamt recht effektive Positionierung in eine Krise, als die Truppen des Warschauer Paktes im August 1968 die reformsozialistisch regierte ČSSR überfielen. Larsen schildert, wie der Schock, der die Besetzung auslöste, dazu führte,

dass sich die kommunistische Tageszeitung *Land og Folk* sowie zunächst sogar die Parteispitze offen distanzieren. Allerdings änderte diese Distanzierung letztlich nichts daran, dass die dänische KP sich weiterhin dem Staatssozialismus verschrieb. In der ersten Hälfte der 1970er Jahre schien diese Positionierung noch durchaus Erfolg zu versprechen, denn nach einer nationalistisch angehauchten Kampagne gegen den Eintritt in die Europäische Gemeinschaft gelang es der KP nach 1973 tatsächlich, wieder für einige Jahre einen Platz im dänischen Parlament zu erobern.

Insgesamt bringt Larsens Arbeit Fragen auf die Tagesordnung, die für die Historiografie der europäischen Linken bedeutend sind; die Konflikte zwischen Partei und Bewegung, zwischen Innen- und Außenpolitik oder zwischen Aktivismus und »Diplomatie«. Auch in der Praxis der aktuellen sozialen Bewegungen existieren diese Konfliktfelder. Es ist eine Stärke der vorliegenden Arbeit, dass Larsen historiografisch genau argumentiert und einen zugespitzten Fokus hat, der eine genaue Rekonstruktion ermöglicht. Das Buch argumentiert auf einer Quellenbasis, die neben einer Analyse der Berichterstattung in den kommunistisch orientierten dänischen Printmedien die internen Parteiquellen systematisch und gründlich einbezieht. Es handelt sich um eine der ersten Arbeiten, die auf dieser Grundlage entstanden sind, seitdem das Archiv der DKP 1991 an das Archiv der Arbeiterbewegung in Kopenhagen übergeben wurde. Zugleich jedoch schreibt sich die Studie in eine eher unbefriedigende Forschungssituation ein. Die Fragen, die sie stellt, werden leider nicht unbedingt beantwortet. In der Tat gibt es auch in Dänemark eine Polarisierung der Forschung über die »1968er Jahre«, die zwischen mitunter durchaus sehr interessanten Texten, die von Zeitzeugen verfasst werden, und der »offiziellen«, oft sowohl oberflächlichen als auch wenig innovativen Debatte über die Verschwörungen des »Kalten Krieges« wenig Raum lässt.

Immerhin sind in den letzten Jahren einige wichtige und interessante Texte entstanden, die den Zusammenhang zwischen der Antikriegsbewegung der frühen 1960er und den Protesten gegen den Vietnamkrieg (Hein Rasmussen/Nordentoft) ebenso beleuchten wie die Kampagne *Vietnam '69* (Nyboe Jensen) oder die Geschichte der DDV (Johansen/Gluud; Magnus-

sen et al.). Und auch ein Projekt der Universität Roskilde über die Geschichte der »1968er Jahre«, das unter anderem mit systematischen Zeitzeugeninterviews arbeitet, gibt Anlass zur Hoffnung, dass die Reproduktion älterer Vorurteile über die sozialen Bewegungen auch in Dänemark nicht das letzte Wort ist.

PETER BIRKE

Michael Eckardt:
Medientheorie vor der
Medientheorie. Überlegungen im
Anschluß an Georg Klaus.
Reihe: Network; Cultural Diversity
and New Media, Bd. 4, trafo verlag
Berlin 2005, 107 S. (12,80 €)

Das von dem jungen Nachwuchswissenschaftler Michael Eckardt vorgelegte Buch ist, gleichviel, ob man dem Autor in seinen Aussagen folgt oder ihnen kritisch gegenübertritt, zur Lektüre empfehlenswert. Der bekannte Philosoph Georg Klaus wird mit einer Vielzahl von Texten (in Buch- und in Zeitschriftengestalt) – teils bejahend, teils kritisierend – zitiert, um seine Vorreiterrolle in der Entwicklung einer Medienwissenschaft aufzuzeigen und zugleich den Werdegang des Klauschen Gedankengebäudes über den Verlauf von etwa 20 Jahren sichtbar zu machen. Damit wird der Leser animiert, zu den Werken selbst zu greifen. Die gründliche Erfassung der einschlägigen Veröffentlichungen von Georg Klaus und die nachgezeichnete Geschichte sind lobenswert.

Selbstverständlich kann eine Beurteilung des Beitrags von Georg Klaus zu einer Medientheorie nicht vorgenommen werden, ohne auf den gegenwärtigen Stand der und den Diskurs zur Medienwissenschaft Bezug zu nehmen. Der Verfasser stellt beides in konzentrierter, aber auch wünschenswert ausführlicher Weise dar. Dies leisten die Kapitel »2. MEDIUM UND MEDIENTHEORIE« mit den Hauptabschnitten »2.1 Begriffsbestimmung »Medium – Medien«; »2.2 Medientheorie(n)« sowie »2.3 Medientheoretische Ansatzpunkte im Werk von Georg Klaus« und »3. ZENTRALE KATEGORIEN BEI GEORG KLAUS« mit den Hauptabschnitten »3.1 Der Komplex Sprache – Semiotik –

Zeichen als Grundlage und Mikroebene der Kommunikation« und »3.2 Das kybernetische Modell der Makroebene der Kommunikation«. Der wissenschaftstheoretische und wissenschaftsgeschichtliche Umgang mit dem Gedankengut Georg Klaus' wird im Kapitel »5. Schlußbetrachtung und Ausblick« in die Zukunft weisend abgerundet, indem auf eine Reihe Ansätze und Anregungen im Klaus'schen Werk für anstehende wissenschaftliche Untersuchungen zur Weiterentwicklung der Medientheorie verwiesen wird (S. 89 f.).

Auf zwei Schwierigkeiten, denen der Verfasser gegenübersteht, ist noch hinzuweisen. Dies nicht nur deshalb, weil er ihnen zwar teils souverän, teils aber auch unzureichend gegenübertritt, sondern weil sie auch anderen Denkern gegenwärtig entgegentreten.

Einerseits muss er die am naturwissenschaftlichen Denken orientierte Modellbildungen von Georg Klaus in seine geisteswissenschaftliche übersetzen. Andererseits braucht er eine differenzierte Kenntnis der ideologischen Arbeit der SED ab 1945, um sich überhaupt in die politischen Intentionen von Georg Klaus, z. B. in »Sprache der Politik«, hineindenken zu können. Stellenweise unterliegt Michael Eckardt bezüglich des Geschichtlichen in seinem Urteil nachteilig Einflüssen von Veröffentlichungen zur »Aufarbeitung der SED-Diktatur« (W. Bergsdorf, N. Kapferer, P. Ch. Ludz u. a.), die Themen zur ideologischen Arbeitsweise in den DDR-Medien und in der alltäglichen Agitation gewidmet sind. So entgeht ihm aus daraus folgender selektiver Unaufmerksamkeit an vom Verfasser kritisierten Klaus'schen Textstellen dessen Betonung des humanistischen Anspruchs an die sozialistischen Medien, die eine Manipulation der Menschen verbieten (z. B. »Sprache der Politik« S. 16 und 28).

Ein Beispiel für die erstgenannte Schwierigkeit ist das von Georg Klaus in »Sprache der Politik« (S. 144 f.) herangezogene »Gesetz der Informationseinengung und -erweiterung«. Dieses – als objektiv real gefasste – Gesetz betrifft die Informationsverarbeitung in hochkomplexen kybernetischen Systemen. Der Autor interpretiert es wie eine politische subjektive Vorgabe für die ideologische Arbeit, indem er formuliert: »das so programmierte kybernetische System« (S. 69). Dagegen erläutert Georg Klaus die Gesetzeskenntnis als Herausforderung zu einer

angemessenen Verhaltensweise in der Medientätigkeit bzw. der Agitation. Er wendet damit den allgemeinen materialistischen Grundsatz an: »Freiheit entspringt der Einsicht in die Notwendigkeit«. Klaus geht es um eine wissenschaftlich begründete Agitation bzw. Medienarbeit.

Im Kapitel »4: Ziel der Klaus'schen Theoriebildung und die Eignung als Medientheorie« gibt Michael Eckardt (S. 60) eine Aussage von Georg Klaus wieder, die die seinerzeitige Zielstellung der SED-Führung für die politische Agitation beinhaltet. Diese kann man nicht gleichsetzen mit dem Anliegen von Georg Klaus bei »Sprache der Politik«, nämlich der Herausarbeitung einer politischen Wissenschaft. Dadurch, dass Michael Eckardt diese beiden Zielstellungen nicht deutlich trennt, gleiten ihm Gedanken von »Diktatur-Aufarbeitern« aus deren Darstellung über politische Agitation in der DDR in seine Untersuchung Klaus'scher Ergebnisse. Die Überschrift von 4.1 macht dies schon deutlich: »Normierung der Sprache – Normierung des Denkens«. Der Verfasser rückt mit Zitaten entsprechender Autoren (S. 69) hier in die Nähe einer Gleichsetzung von ideologischer Arbeit in der DDR mit Orwells Konstruktionen in dessen Buch »1984«. Georg Klaus ging es bei seinen sich auf Logik, Semiotik und Kybernetik stützenden Darlegungen nie um eine »Neusprache« im Orwellschen Sinn, mittels derer Sprache und Denken der Bevölkerung normiert werden könnten. Dergleichen Modellvorstellungen erledigen sich für Georg Klaus schon alleine durch seine Orientierung an der Kybernetik (Regulation statt Steuerung).

Wie der Titel der Reihe, in der Michael Eckardt sein Buch veröffentlichen konnte, »Network; Cultural Diversity and New Media« offeriert, verdeutlicht der Verfasser, dass für die Entwicklung der Medientheorie die Diversität hinsichtlich des Beitrags von dem sich als Kommunist und DDR-Bürger verstehenden Georg Klaus im Wechselverhältnis zu Beiträgen aus der Bundesrepublik fruchtbar erweist. Wünschenswert ist in diesem Zusammenhang eine kommentierte Neuauflage von »Sprache der Politik«, eventuell erweitert um den Vergleich zweier Zeitungen aus dem zweigeteilten Berlin, wie er als Anhang in einer nicht erschienenen früheren Fassung dieses Werkes beigegeben war.

HELMUT METZLER

ANDREAS HEYER
 The Utopia of Eternal Life
 Condorcet's Self-Determination between
 Enlightenment and Revolution

The author describes Marie-Jean-Antoine-Nicolas Caritat, Marquis de Condorcet (1743-1794) as one of the few participants of the French Revolution, who were well-known already before 1789 and analyses the philosopher and mathematician's main oeuvre – »Esquisse d'un tableau historique des progrès de l'esprit humain« (»Sketch for a Historical Picture of the Progress of the Human Mind«) – as a unique link between historical-philosophical reflection and contemporary utopian discourse.

KOLJA MÖLLER
 Inspired by Gramsci: Politics of Hegemony
 and Today's Left

Gramsci's concept of hegemony enjoys certain popularity among the Left, maintains the author, a leading member of the socialist students' organization (DIE LINKE.SDS), but this concept has yet to be seriously seen as a connecting thread for left strategic work. Taking up the post-Marxist discourse to help in overcoming this lack, he suggests Gramsci-inspired policy proposals for the party to awaken the political center of the new left from, what he calls, its »strategic long slumber«.

ISABEL RAUBER
 Power and Hegemony
 A Latin American Perspective

Gramsci sees »hegemony« as the kind of socio-cultural political link that is imposed, stabilized and renewed by the reigning form of power. The author discusses the developments in Venezuela and Bolivia as expressions of the possibility that anti-neo-liberal social, economic and cultural transformations could be successfully initiated by the political superstructure, if they are comprehensively instigated and supported »from below« by the social movements and the socio-political organizations of the popular masses.

KLAUS MARETZKY
 Adventism: An Element of Unmastered
 Marxist History?
 About Fredrich Tomberg's Concept of Socialism

The author reflects upon Tomberg's book »Habermas und der Marxismus. Zur Aktualität einer Rekonstruktion des historischen Materialismus« (Habermas and Marxism. On the Topicality of a Reconstruction of Historical Materialism) and discusses in particular how the deep rift between the wealthy North and the poverty stricken South can be overcome. He argues that China could represent a successful link between »Western« individualism and »Eastern« communitarism.

MARIO KESSLER

**Between Geneva Exile and Post War Germany
Hans Mayer, Ossip Flechtheim and
Ernst Engelberg On January 30th, 1933**

This is in honor of the German historian Ernst Engelberg – who turns 99, April 5, 2008 – Hans Mayer (1907-2001) and Ossip Flechtheim (1909-1998), who were among those on the political Left, who were persecuted by the Nazi's and forced into exile. They all found refuge in Geneva, worked at the College of the League of Nations and became outstanding representatives of the political culture of 20th century Germany. The author presents their views of Hitler's coming to power on January 30th, 1933.

MARCEL BOIS, FLORIAN WILDE

**»Many Questions are Still Important«
Interview with PHILIPP KUFFERATH and
JAN SCHALOUSKE, Authors of a Recently
Published Book on the SDS – the Socialist
German Students' Union**

Philipp Kufferath and Jan Schalauske are members of the newly founded DIE LINKE.SDS. Questioned about their reasons for publishing a book on the »old« SDS, founded in 1946 and politically active in the Federal Republic of Germany before 1989, they point to the SDS' 1961 exclusion from the SPD, its role in 1968 and the need to revive some of the ideas of this students' organization.

HUBERT FETZER

A System of Sustainable Energy and Socialism

Critically examining the discourse on socialism, which, the author finds, underestimates changes in the forces of production – particularly the necessary energy basis – and the dialectics between these forces of production and the relations of production, he concludes that the possibility of breaking the monopolies of the fossil-atomic energy regime and the union of oil and agribusiness lies in sustainable energy sources.

JÜRGEN LEIBIGER

**Equality of Opportunity, Development,
Exploitation**

The word »exploitation«, the author says, has lost its meaning because of the worldwide victory of capitalism, but there is an unexpected renaissance of the demand for justice, and the discussion of fairness, justice between generations, justice in opportunities, justice of participation has reached the science of economy. He concludes that the struggle for more justice, freedom and wellbeing has to be concentrated on the struggle against exclusion, for fair wages, for democratization and for new forms of public ownership.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit,

Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6 000 Zeichen, Annotationen 3 000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der

Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, GERD KURZE, ULLA PLENER,

MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,

MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE ,

DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.)

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-127/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,

10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 170:	je	1 €
Heft 171 bis 182	je	2,50 €